

Journalistik

Zeitschrift für Journalismusforschung

Herausgegeben von Stine Eckert, Gabriele Hooffacker, Horst Pöttker,
Gunter Reus, Tanjev Schultz, Martina Thiele und Mandy Tröger

1 | 2025 | 8. Jahrgang

www.journalistik.online

1 Editorial

Nachruf

- 3 Horst Pöttker
**Trauer um Prof. Dr. sc. pol.
Hans Poerschke**
(5.3.1937 – 19.1.2025)

Aufsatz

- 7 Alfred J. Cotton III / Jeffrey Layne Blevins
Narrative zu polizeilichem Vorgehen
Eine kritische Diskursanalyse
der Berichterstattung über die
#BlackLivesMatter-Bewegung in den
sozialen Medien
- 30 Teodora Trifonova / Joy Jenkins
Die Wahrheit ans Licht bringen
Selbstverständnis und
Berufspraktiken mitteleuropäischer
Auslandskorrespondent:innen, die über
den Krieg in der Ukraine berichten
- 49 Roxane Biller / Seraina Cadonau /
Marion Frank
Diversity im Journalismus
Eine empirische Analyse von Geschlecht,
Alter und Herkunft im deutschen
Zeitungsjournalismus

Essay

- 76 Thomas Hauser
**Gefährdeter Journalismus,
gefährdete Demokratie**
Anmerkungen zur Medienentwicklung in
Zeiten der Digitalisierung
- 95 Fred Vultee
Im Kulturkampf
Rechte Medien und die Bedeutung von
Sicherheitsthemen bei den
US-Wahlen 2024

Debatte

- 103 Mandy Tröger / Hendrik Theine
**Zum Einfluss der Trump-Regierung auf
Medien und Medienregulierung
in Europa**

Initiative Nachrichtenaufklärung

- 117 **Top Ten der Vergessenen Nachrichten**
Medial unterrepräsentierte Themen 2025

122 Rezensionen

HW

Impressum

Journalistik.
Zeitschrift für Journalismusforschung

Heft 1/2025

8. Jahrgang

<http://www.journalistik.online>

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Stine Eckert
Prof. Dr. Gabriele Hooffacker
Prof. Dr. Horst Pöttker
Prof. Dr. Gunter Reus
Prof. Dr. Tanjev Schultz
Prof. Dr. Martina Thiele
Dr. Mandy Tröger

Redaktion

Verantwortlich für den Inhalt
(gem. § 55 Abs. 2 RStV)
Anna Berneiser, B. A. (v.i.S.d.P.)

Dank

Wir danken der Stiftung Presse-Haus NRZ in Essen für die freundliche Unterstützung. Unser Dank gilt außerdem der Ludwig-Delp-Stiftung für die finanzielle Förderung der Übersetzungen.

Disclaimer

Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber*innen oder Redaktion wieder.

Verlag

Herbert von Halem Verlagsgesellschaft
mbH & Co. KG
Boisseréestr. 9-11
50674 Köln
Telefon: +49(0)221-9258290
Telefax: +49(0)221-92582929
E-Mail: info@halem-verlag.de

Vertreten durch:
Herbert von Halem Verlagsges. mbH
Geschäftsführer: Herbert von Halem
Registergericht: Köln
Registernummer: HRB 25647

Registereintrag:
Eingetragen im Handelsregister.
Registergericht: Köln
Registernummer: HRA 13409

Umsatzsteuer-ID:
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer nach
§27a Umsatzsteuergesetz:
DE 172 714 183

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

drei Fragen vorab: In welchem Land werden Bücher in öffentlichen Schulen verboten, weil sie angeblich Moralvorstellungen nicht entsprechen? In welchem Land erhalten Journalistinnen und Journalisten keinen Zugang zu Pressekonferenzen, wenn sie Sprachregelungen der Regierung nicht befolgen? In welchem Land stützt sich die Regierung auf milliarden schwere Tech-Oligarchen, streicht aber humanitären Organisationen die Mittel, überzieht Zeitungen und Sender mit Klagen und nennt Medien »Feinde des Volkes«?

Wenn Sie jetzt auf Russland tippen, liegen Sie natürlich nicht falsch. Wir haben aber eigentlich an die USA gedacht. Denn es steht nicht gut um die Schutzmacht der westlichen Welt. In bemerkenswerter Skrupellosigkeit legt die Regierung Trump gerade die Axt an Medien- und Kommunikationsfreiheit im eigenen Land – um dieses Grundrecht dann aber, wie unlängst auf der Münchner Sicherheitskonferenz, von anderen einzufordern. Und nicht nur bei Medien wird geholt. Kulturelle Errungenschaften und Freiheitsrechte insgesamt sind in den USA auf nie gekannte Weise bedroht. Für uns Grund genug, in dieser Ausgabe der *Journalistik* über den Atlantik zu schauen.

Fred Vultee zeigt in seinem Debattenbeitrag auf, wie das soziale Klima durch gezielte Irritation der Bevölkerung ins Inhumane kippen kann. Dies ist für unseren Autor von der Wayne State University der Fall, wenn die Menschen bei allen möglichen gesellschaftlichen Problemen das Gefühl überkommt, ein Notstand sei erreicht, dem sich nur mit rigorosen Mitteln begegnen lasse. Als Rettung bietet sich dann eine rechtsgerichtete Politik an (Einwanderungsstopp, Ausweisung von Fremden oder Unterdrückung von Gendervielfalt). Treibende Kraft in diesem Prozess aber, so Vultee, sind in den Vereinigten Staaten Medien wie Fox News oder Internet-Plattformen, die über negative Einzelereignisse pausenlos schrill, falsch oder verallgemeinernd berichten – bis sich die Vorstellung nationaler Bedrohung einstellt.

Die »zunehmende Oligarchisierung der US-Politik« und den Einfluss von Technologiekonzernen auf die Medien in den USA beschreiben *Journalistik*-Herausgeberin Mandy Tröger und Hendrik Theine (Linz/University of Pennsylvania). Ihre

Analyse ist ebenso umsichtig wie nüchtern. Sie führt vor Augen, welchen Einfluss Mega- (und »MAGA«-) Unternehmer wie Elon Musk auch auf die journalistische Arbeit und die Medienregulierung in Europa nehmen. Der Debattenbeitrag lässt keinen Zweifel daran, dass das Vorgehen der Trump-Regierung die Kontrollfunktion des Journalismus und damit die Demokratie diesseits wie jenseits des Atlantiks bedroht. Träger und Theine skizzieren aber auch Gegenmaßnahmen, die Journalismus und Kommunikationsforschung hierzulande ergreifen könnten.

Einen Spot auf die mediale Berichterstattung in den USA noch vor der zweiten Amtszeit von Donald Trump werfen Alfred Cotton und Jeffrey Blevins (University of Cincinnati). In einer kritischen Diskursanalyse belegen sie, wie unterschiedlich vier große Tageszeitungen die Proteste der »Black Lives Matter«-Bewegung nach der Ermordung von George Floyd in Minneapolis dargestellt haben – je nachdem, welche (Online-)Quellen die Redaktionen für ihre Recherchen nutzten. Die Studie macht deutlich, wie gegensätzlich die mediale Interpretation der Unruhen vom Sommer 2020 in einer schon damals tief gespaltenen Nation ausfiel.

In weiteren Aufsätzen dieser ersten Ausgabe 2025 unserer Zeitschrift beleuchten Teodora Trifonova und Joy Jenkins (University of Missouri) Recherchewege und Rollenverständnis rumänischer, bulgarischer und ungarischer Berichtersteller über den Ukraine-Krieg. Die personelle Zusammensetzung deutscher Zeitungsredaktionen thematisieren Roxane Biller, Seraina Cadonau und Marion Frank (Hamburg Media School). Sie können belegen, dass dort immer noch zu wenige Frauen, zu wenige Personen mit Migrationshintergrund und zu wenige junge Journalistinnen und Journalisten arbeiten, was sich negativ auf eine einfühlsame und adäquate Berichterstattung auswirkt. Grundsätzlicher setzt sich Thomas Hauser mit der Entwicklung des Journalismus in Deutschland auseinander. Ökonomisierung und Digitalisierung gefährdeten ihn in seiner Substanz, warnt der ehemalige Chefredakteur und Herausgeber der *Badischen Zeitung* in seinem Essay. Die einstige »Symbiose« von Journalismus und Gesellschaft sieht Hauser zerstört. Alarmismus und Anprangerung im Nachrichtenangebot verstärkten Aggressionen und Hysterie in der politischen Auseinandersetzung. Hausers Beobachtungen lenken den Blick zurück auf Fred Vultees Analyse des »Kulturkampfes« in den USA – und damit schließt sich der Themenkreis unserer neuen Ausgabe.

Alle Beiträge unserer Autorinnen und Autoren erinnern daran, worauf es immer und immer wieder ankommt: Vielfalt, Unabhängigkeit und Qualität des Journalismus zu sichern. Das ist unsere Aufgabe als Zeitschrift für Journalismusforschung, und es ist die Aufgabe der gesamten Zivilgesellschaft – gerade in der augenblicklichen historischen Situation.

Ihr Gunter Reus

Nachruf

Horst Pöttker

Trauer um Prof. Dr. sc. pol. Hans Poerschke

(5.3.1937 – 19.1.2025)

Wir trauern um einen außergewöhnlichen Wissenschaftler, in dessen Lebenslauf sich die Brüche der deutschen Zeitgeschichte und besonders des Universitätsfachs Journalistik abzeichnen.

Hans Poerschke ist in Berlin in einfachen Verhältnissen zur Welt gekommen. Sein Vater, der nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, war Hausmeister und später Hilfsarbeiter in der Reichsdruckerei, seine Mutter war Näherin und hat ihre Familie nach dem Krieg mit Heimarbeit, als Erntehelferin und schließlich Gütekontrolleurin durchgebracht. Dank Stipendien im Rahmen der anfangs arbeiterfreundlichen Bildungspolitik der DDR, die später einer Selbstrekrutierung der privilegierten Funktionärsschicht wich, konnte er die Oberschule besuchen und hat – ungeachtet musikalischer Begabung – nach dem Abitur 1955 an der Fakultät für Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig studiert. Das Studium schloss er 1959 mit einer Diplomarbeit über Analyse in journalistischen Beiträgen ab und kehrte – nach einer kurzen Zwischenphase als FDJ-Funktionär – an die Journalistik-Fakultät zurück. Die wurde von den Studierenden ironisch »rotes Kloster« genannt, woraus später der Titel des Buchs wurde, mit dem Brigitte Klump pauschal mit der akademischen Einrichtung abgerechnet hat, in der die allermeisten Journalisten und Journalistinnen der DDR ausgebildet wurden. Unter dem Dekan (bzw. Sektionsdirektor) Emil Dusiška wurde Hans Poerschke 1969 mit einer Dissertation zum selbstgewählten Thema »des Begriffs der gesellschaftlichen Information in der Journalistikwissenschaft« promoviert und stieg in der Folge zum Oberassistenten, Dozenten und nach der B-Promotion (entsprach der Habilitation) 1983 zum ordentlichen Professor und Leiter des Wissenschaftsbereichs Theorie und Geschichte des Journalismus auf.

Nach der Wende wurde Hans Poerschke von den Studierenden frei zum letzten Direktor der Leipziger Sektion Journalistik in der noch existierenden DDR gewählt, bevor er – im Rahmen der Evaluationen von Kurt Koszyk als »bedingt bildungsfähig« eingestuft – unter dem Gründungsdekan Karl Friedrich Reimers 1991 das Studienprogramm Publizistik geleitet und in der Gründungskommission des neuen Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft mitgewirkt hat. Da ihm klar war, dass er darin keinen Platz haben würde, hat er sich dort nicht mehr um eine Professur beworben und ist 1992, nachdem sein letzter Arbeitsvertrag ausgelaufen war, mit frischen 55 für fünf Jahre in den Altersübergang gegangen. Die damit verbundene materielle Sicherheit verschaffte ihm die Möglichkeit, im »Ruhestand« wissenschaftlich, aber auch politisch und vor allem medienpolitisch aktiv zu bleiben: für die PDS in der Bundestags-Enquête-Kommission »Neue Medien« und für sechs Jahre im Rundfunkrat des MDR. Außerdem hat er den Landesverband Sachsen des Deutschen Journalisten-Verbandes mitgegründet sowie (zusammen mit anderen früheren Mitgliedern der Leipziger Sektion Journalistik) den Verein »Diskurs«, der in Dresden über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme eine Arbeitslosenzeitung herausgab; er war Abgeordneter im Kreistag Anhalt-Bitterfeld und Stadtrat von Bitterfeld-Wolfen; Ende der 1990er-Jahre ist er einige Male der Einladung zu Lehraufträgen am Institut für Journalistik der Universität Dortmund gefolgt.

Hans Poerschke war vor allem deshalb ein vorbildlicher Wissenschaftler, weil er die selbstkritische Distanz zur eigenen Person mit ihren lebenspraktischen Interessen gewahrt hat, die es erlaubt, sich Irrtümer einzugestehen und problematische Positionen zu korrigieren. Nicht aufgegeben hat er dabei den ideologiekritischen Gedanken an die Möglichkeit falschen, dem Sein der Verhältnisse nicht angemessenen Bewusstseins. Gut möglich, dass es ihm nicht gefallen hätte, aber man kann darin die von Karl Popper empfohlene Methode des mühsamen wissenschaftlichen Voranschreitens durch Falsifikationsbemühungen sehen.

Für Hans Poerschke war ein wichtiger Gegenstand seines Erkenntnisfortschritts die Auffassung, die Lenin von Parteipresse und Journalismus gehabt hat. 1983 erschien das von einem Autorenkollektiv unter seiner Leitung verfasste, für die damalige Leipziger Journalistik maßgebliche Grundlagenwerk. Darin hat er Lenin mit kräftigem Beifall zu Wort kommen lassen:

»Nur die Schaffung eines gemeinsamen Parteiorgans kann jeden ›Teilarbeiter‹ der revolutionären Sache mit dem Bewußtsein erfüllen, daß er ›in Reih und Glied‹ marschiert, daß seine Arbeit für die Partei unmittelbar notwendig ist, daß er ein Glied jener Kette bildet, die den schlimmsten Feind des russischen Proletariats [...] erdrosseln wird.« (POERSCHKE 1983: 36f.)

Der hier und an vielen anderen Stellen, z. B. der berühmigten, oft zitierten Aufgabenbeschreibung für Journalisten als kollektiven Propagandisten, Agitatoren und Organisatoren zum Ausdruck kommende diktatorische Charakter der

Auffassungen Lenins wurde von Poerschke und seiner Umgebung zu dieser Zeit gern mit vorübergehenden taktischen Notwendigkeiten erklärt, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts aus der Entwicklung der sozialistischen Parteipresse im zaristischen Russland ergaben.

Ende 1988, unter dem Vorzeichen der Perestroika Gorbatschows und angesichts des sozioökonomischen Verfalls der DDR, der ein Jahr später zur Wende führte, wurde ein Manuskript Hans Poerschkes in der Sektion Journalistik vervielfältigt und verteilt, in dem kaum noch, wie zuvor, vom Herstellen *öffentlicher Meinung*, sondern nun von *Öffentlichkeit* als Aufgabe des Journalismus die Rede war. Er hat darin die journalistische Arbeit als den Weg beschrieben, wie aktuelle gesellschaftliche Probleme, noch etwas allgemein und verklausuliert mit dem Begriff der »aktuellen gesellschaftlichen Situation« gefasst, durch ihre Bekanntgabe der Bearbeitung und Veränderung zugeführt werden (können):

»Aneignung der aktuellen gesellschaftlichen Situation [durch den sozialistischen Journalismus] als Handlungssituation des Volkes verlangt nicht nur, Möglichkeiten und Erfordernisse aufzudecken und zu bewerten, die sich aus dieser Situation für sein [des Volkes] weiteres Handeln ergeben, sondern auch, konkrete Ziele und Mittel für die Nutzung der Möglichkeiten und die Berücksichtigung der Erfordernisse zu unterbreiten und zu erörtern«. (POERSCHKE 1988: 158)

In den Quellenangaben der getrennt voneinander gehefteten Kapitel des Manuskripts tauchen nun Schriften von Karl Marx, einem Vorkämpfer der Pressefreiheit in Deutschland, vermehrt auf.

Nach der Wende hat Hans Poerschke deutlicher den Wandel der Auffassungen von Öffentlichkeit in den letzten Jahren der DDR aus Schriften von Michael Brie, Wolfgang Lutz und sich selber rekonstruiert. In einem Aufsatz von 2010 ist zu lesen:

»War früher die Führung der Gesellschaft durch die Partei, ihre Leitung durch den Staat, das Hineintragen sozialistischen Bewusstseins in die Massen der Ausgangspunkt für die Betrachtung der Öffentlichkeit, gewann nun eine neue Betrachtungsweise den Vorrang. Öffentlichkeit wurde nun durchgängig als »Verkehrsform«, als »eine gesellschaftliche Form sozialer Kommunikation«, als »gesellschaftliche Kommunikationsweise« begriffen, die zu den Bedingungen gesellschaftlicher Existenz der Menschen in der modernen Gesellschaft gehört und von deren Funktionieren es abhängt, ob und wie diese ihr Zusammenleben gestalten können.« (POERSCHKE 2010: 49)

Hans Poerschke hat auch wieder die Auffassungen von Parteipresse und Journalismus untersucht, die Lenin in seinen zahlreichen Schriften geäußert hat. In seinem 2020 erschienenen Buch dazu hat er Lenins Journalismuskonzept als von Anfang bis Ende öffentlichkeitsfeindlich und repressiv erkannt und scharf kritisiert:

»Das von Lenin inspirierte und unter seiner Führung verwirklichte Regime des Umgangs der Partei mit der Presse war durch und durch undemokratisch. Das war kein behebbarer,

fehlender Erfahrung oder widrigen Umständen geschuldeter Mangel. Vielmehr konnte nur ein umfassendes System geistiger und politischer Knebelung und Gängelung des Volkes die von einer Parteilite diktatorisch ausgeübte Macht sichern. Das Prinzip der Parteiliteratur zerstörte – wie auch alle anderen Seiten der Herrschaft der Partei Lenins – die Voraussetzungen für die Erreichung des emanzipatorischen Ziels, unter dem die Partei angetreten war. [...] Unter Lenin wurde die Praxis der Reglementierung etabliert, Stalin konnte sich auf sie als eine unbestreitbare Selbstverständlichkeit stützen.« (POERSCHKE 2020: 216)

Hans Poerschke ist in einem langen und gründlichen Forschungsprozess zu dieser Einsicht gelangt. Das ist ihm nicht leicht gefallen, er hat bei Podiumsdiskussionen von seinem Unbehagen gesprochen, aufgrund besserer Einsicht den jüngeren Mann verraten zu müssen, der er selbst gewesen ist. Mit ihm verlieren Kommunikationswissenschaft und Journalistik einen Kollegen, der den »Beruf zur Wissenschaft« verkörpert hat wie kaum ein anderer. Dass er im deutschen Hochschulwesen nach der Wiedervereinigung keinen Platz gefunden hat, spricht ebenso gegen dessen pluralistische Vielfalt wie der Umstand, dass seine Universität sich in den 1990er-Jahren des Namens von Karl Marx geschämt und entledigt hat. Auch deshalb sollten wir den redlichen Marxisten Hans Poerschke in lebendiger und ehrender Erinnerung behalten. Er – und wir mit ihm – haben es verdient.

Literatur

- POERSCHKE, HANS u. a. (1983): *Theoretische Grundfragen des sozialistischen Journalismus*. Leipzig: Karl-Marx-Universität, Sektion Journalistik.
- POERSCHKE, HANS (1988): *Sozialistischer Journalismus. Ein Abriß seiner theoretischen Grundlagen*. Kapitel 3: Der journalistische Gegenstand im Prozeß seiner Aneignung. Abschnitt 3.1: Erschließung der aktuellen Situation. Leipzig: Karl-Marx-Universität, Sektion Journalistik (Manuskriptdruck).
- POERSCHKE, HANS (2010): Öffentlichkeit als Gegenstand gesellschaftswissenschaftlicher Diskussion in der DDR. In: EBERWEIN, TOBIAS; MÜLLER, DANIEL (Hrsg.): *Journalismus und Öffentlichkeit. Eine Profession und ihr gesellschaftlicher Auftrag*. Festschrift für Horst Pöttker. Wiesbaden: vs, S. 43-56.
- POERSCHKE, HANS (2020): *Das Prinzip der Parteiliteratur. Partei und Presse bei und unter Lenin 1899 – 1924*. Köln: Herbert von Halem.

Aufsatz

Alfred J. Cotton III / Jeffrey Layne Blevins

Narrative zu polizeilichem Vorgehen

Eine kritische Diskursanalyse der Berichterstattung über die #BlackLivesMatter-Bewegung in den sozialen Medien

Abstract: Die Ermordung George Floyds durch den Polizeibeamten Derek Chauvin am 25. Mai 2020 führte im Sommer 2020 weltweit zu Protesten. Bereits zwei Monate zuvor war Breonna Taylor bei einem Einsatz des Louisville Metro Police Department durch Polizeischüsse zu Tode gekommen. Der Hashtag #BlackLivesMatter wurde in den sozialen Medien zum Trend und entfachte eine landesweite Bewegung für soziale Gerechtigkeit neu – und das alles zeitgleich zu einer globalen Pandemie. Wir untersuchen in einer kritischen Diskursanalyse, wie Mitglieder der Black-Lives-Matter-Bewegung in Berichten vier US-amerikanischer Zeitungen zitiert, als Quellen genannt oder (mis-)identifiziert wurden.

Keywords: Black Lives Matter, Kritische Diskursanalyse, journalistische Quellen

Nach der Tötung George Floyds durch den Polizeibeamten Derek Chauvin am 25. Mai 2020, kam es im Sommer 2020 weltweit zu Protesten. Auf einem von Passanten aufgenommenen Video ist zu sehen, wie Chauvin neun Minuten und 29 Sekunden lang auf Floyds Hals kniet, bevor dieser stirbt. Vier andere Beamte stehen daneben, ohne einzugreifen. Das Video zeigt, wie Floyd vor seinem Tod ganze 27 Mal den Beamten zu sagen versucht, dass er nicht atmen kann.

Vor Floyds Ermordung erschossen zivile Polizeibeamte am 13. März 2020 in Louisville, Kentucky, Breonna Taylor, eine junge Schwarze, bei einer unangekündigten Hausdurchsuchung (*no-knock search-warrant*). Tragischerweise befanden sich die Beamten an der falschen Adresse, mehrere Meilen von ihrem eigentlichen Einsatzort entfernt. Am 15. Mai 2020, zehn Tage vor Floyds Ermordung, reichte Taylors Familie Klage wegen fahrlässiger Tötung ein,

wodurch die Medien auf den Fall aufmerksam wurden. Obwohl Floyd nach Breonna Taylor starb, schien sein Tod, weil er von Passanten gefilmt wurde, größere Aufmerksamkeit in den überregionalen Medien zu erregen.

Beide Fälle lösten eine Reihe von US-weiten Protesten aus, deren Bandbreite von friedlichen Demonstrationen bis hin zu gewalttätigen Ausschreitungen mit Plünderungen und Brandstiftung reichte. Die meisten Demonstrationen blieben gewaltlos. Trotzdem stellten viele prominente US-Nachrichten- und Kabelfernseher in ihrer Berichterstattung einzelne Fälle von Sachbeschädigung in den Vordergrund, statt sich auf das gewalttätige Vorgehen zu konzentrieren, mit dem die Polizei versuchte, die Demonstrant:innen zum Schweigen zu bringen (vgl. CHENOWETH/PRESSMAN 2020). Diese Diskrepanz zwischen Ereignissen und Berichterstattung ist insofern signifikant, als dass Nachrichtenmedien die soziale Realität bestimmter Situationen durch ihre Berichterstattung für ihr Publikum definieren (ADONI/MANE 1984). Diese Realität wird in erster Linie durch die Quellen beeinflusst, die Journalist:innen auswählen und nutzen. Die hier vorgestellte Analyse untersucht die soziale Realität der Proteste in den USA im Sommer 2020 anhand der journalistischen Quellenauswahl und -nutzung.

Wie Journalist:innen soziale Situationen beschreiben, welche Quellen und Sprache sie in ihrer Berichterstattung verwenden, welche Fakten sie auswählen und platzieren – all das ist entscheidend für den breiteren öffentlichen Diskurs sowie dafür, wie das Publikum diese Ereignisse interpretiert, diskutiert und versteht (vgl. TRACY 2001). Durch eine kritische Diskursanalyse der Nachrichtenberichterstattung über die politischen und rassistischen Unruhen in den USA im Sommer 2020 können wir die journalistische Informationsbeschaffung (wer interviewt und zitiert wurde) in erster Linie zur Black-Lives-Matter-Bewegung (BLM) und damit verbundenen sozialen Aktivitäten kontextualisieren.

Hall et al. (1978) argumentieren mit ihrer Theorie der Primärdefinition, dass hochrangige und offizielle Quellen (z. B. Vertreter:innen aus Polizei, Politik, Wissenschaft) in der Regel primäre Informationsquellen für Mainstream-Journalist:innen sind. Das ermöglicht diesen Quellen, bei der Gestaltung von Medienberichten über dieses Thema mitzureden. Wie Herman und Chomsky (1988/2002) in ihrem Propagandamodell feststellen, sind die Mainstream-Nachrichtenmedien an der Aufrechterhaltung des Status quo insofern beteiligt, als sie von dessen Fortbestand profitieren. Durch die strategische Auswahl, wessen Stimme im breiteren Diskurs zu einem Thema hervorgehoben wird, können Medienschaffende gezielt beeinflussen, welche Botschaften in den Vordergrund rücken, und so die soziale Realität für die Öffentlichkeit definieren. Speziell bei der Berichterstattung über Proteste und soziale Bewegungen haben Wissenschaftler:innen festgestellt, dass Nachrichtenmedien den Kontakt zu Aktivist:innen und unabhängigen Quellen eher meiden (ATTON/WICKENDEN 2005). Dies ermöglicht es Strafverfolgungsbehörden und Politiker:innen, die Wahrheit

öffentlich für sich zu beanspruchen und zugleich die Sichtweise der Gegenseite zu marginalisieren. Wir untersuchen, welche Quellen der Berichterstattung über die Proteste im Sommer 2020 zugrunde liegen. Außerdem gehen wir der Frage nach, ob Journalist:innen in vier Städten, in denen im Sommer 2020 Proteste aufkamen, im Zeitraum eines Monats Aktivist:innen, Stimmen aus sozialen Medien oder andere alternative Quellen zitierten und ob diese Quellen die Black-Lives-Matter-Bewegung unterstützten oder ablehnten.

Literaturübersicht: Propaganda, neue Medien und Quellen-Beschaffung

Wie Proteste, Demonstrant:innen und andere Personen, die institutionelle Normen (in diesem Fall: Polizeiarbeit) infrage stellen, in den Medien dargestellt werden, kann entscheidenden Einfluss auf die Durchsetzbarkeit ihrer Anliegen haben.

Wie Kilgo und Harlow (2019) gezeigt haben, führt die Nennung von antischwarzem Rassismus dazu, diese Anliegen durch Merkmale des Framing und der Quellenauswahl zu delegitimieren. In ähnlicher Weise zeigt Umamaheswar (2020) widersprüchliche Erzählungen auf: Während die Aktivist:innen ihre Ziele gegenüber den Nachrichtenmedien positiv darstellten, konzentrierte sich deren Berichterstattung auf die vermeintlich negativen Auswirkungen der Proteste. Darüber hinaus gibt es lokal ansässigen Black-Lives-Matter-Aktivist:innen in Cincinnati zufolge die Tendenz, dass »in etablierten Nachrichtenmedien Menschen, Aktivitäten und Aussagen fälschlicherweise mit Mitgliedern einer bestimmten Gruppe in Zusammenhang gebracht werden« (BLEVINS/LEE 2022: 41). Dazu kam es, obwohl die Gruppe vor Ort gezielt versuchte, mit ihren Social-Media-Plattformen die eigenen Botschaften zu kontrollieren. Während sich die Studie von Blevins und Lee (2022) auf eine konkrete Gruppe an einem spezifischen Ort beschränkte, wollen wir hier die Untersuchung auf mehrere Zeitungen und Städte in den USA ausdehnen und uns dabei auf einen bestimmten Teil des von Herman und Chomsky (1988/2002) beschriebenen Propagandamodells konzentrieren – auf die Informationsbeschaffung.

Das Propaganda-Modell

In *Manufacturing Consent* erläutern und diskutieren Herman und Chomsky (1988/2002) die Unterschiede zwischen Nachrichten und Propaganda. Mit der Herausarbeitung dieser Unterschiede legen die Autoren dar, dass das amerikanische Ökosystem der Kommunikationsmedien von einem Propagandamodell getragen und unterstützt wird. Ziel ist die Beibehaltung des Status quo, insbesondere hinsichtlich der Handlungen von staatlichen und privaten Akteuren

(DEMUYAKOR 2021). Die Thesen des Propagandamodells werden durch fünf Filter gestützt, mit denen große Medienunternehmen die Zustimmung der Bürger:innen zum demokratischen Prozess herstellen (BROUDY/KLAEHN 2019). Diese Filter – Medieneigentum und -größe, Werbung, Quellenauswahl, mediales Störfeuer (im Sinne von politischer Meinungsmache) und Antikommunismus als Ideologie – prägen die Wahrnehmung einer überwiegend passiven Bürger:innenbasis. Zusammengefasst argumentieren Herman und Chomsky (1988/2002), dass die wirtschaftliche, politische und sprachliche Macht, die große Medienunternehmen inne haben, es ihnen ermöglicht, die »druckreifen Nachrichten« auf eine Weise zu filtern, mit der sie die soziale Realität (ADONI/MANE 1984) ihrer Konsument:innen definieren. In diesem Modell können Menschen in Machtpositionen die vorherrschenden Ideologien des öffentlichen Diskurses formen. Das bedeutet, dass der angeblich freie Markt der amerikanischen Mainstream-Massenmedien in Wirklichkeit ein Markt ist, der von den Kräften dieser mächtigen Organisationen manipuliert wird. Alle Akteure im Mediensystem (z. B. Journalist:innen und Reporter:innen, Redakteur:innen, Manager:innen, Verleger:innen, Werbetreibende und Verbraucher:innen), die im Propagandamodell beschrieben werden, passen zu einem dieser Filter und tragen dazu bei, den Status quo aufrecht zu erhalten.

Propaganda und neue Medien

In der jüngeren Vergangenheit haben Wissenschaftler:innen versucht, das Modell von 1988 auf neue Medien wie das Internet und soziale Medien zu übertragen. Herman stellte in einem Rückblick (2000) auf *Manufacturing Consent* fest, dass sich das Internet wahrscheinlich nicht als die sprachlich und politisch befreiende Veränderung erweisen würde, die andere prophezeit hatten.

Fuchs (2019) hebt mehrere Faktoren hervor, die das Propagandamodell für das Verständnis der Diskurse in den sozialen Medien nützlich machen. Er verweist dabei auf den besonderen Kontext, insbesondere, »dass in Computernetzwerken und auf vernetzten Computern die Produktion, die Verbreitung und der Konsum von Informationen zusammenlaufen. Das Publikum wird zu Nutzern und Prosumenten – anders als beim Rundfunkmodell der Kommunikation« (FUCHS 2019: 86). Fuchs' Online-Propagandamodell verweist auf die Konsolidierung des Eigentums an Online-Inhalten, wie zielgerichtete Werbung die gesamte Struktur stützt, auf traditionelle Nachrichtenquellen, die als mächtige Akteure bestehen bleiben, Bots, Accounts von Politiker:innen und Hate Speech sowie Ideologien (oft in Form von Memen), die durch Algorithmen im Internet verstärkt werden. Fuchs schlussfolgert, dass das Propagandamodell »für die kritische Untersuchung des Internets, der sozialen Medien und von Big Data relevant« ist (FUCHS 2019: 88).

Das Propagandamodell von Herman und Chomsky (1988/2002) hat sich von Anfang an mit der Dominanz und der Prävalenz von Eliten und deren Narrativen im öffentlichen Diskurs befasst (vgl. HERMAN 2000). Der Rückgriff auf privilegierte Informationsquellen ist einer der wichtigsten Treiber für die Verbreitung von Propaganda. *Manufacturing Consent* betonte, welche wichtige Rolle abweichende Meinungen bei der Eindämmung von Propaganda spielen:

»It is a model of media *behavior* and *performance*, not of media *effects* [emphasis in original]. We explicitly pointed to the existence of alternative media, grassroots information sources and public scepticism [*sic*] about media truthfulness as important limits on media effectiveness in propaganda service, and we urged the support and more vigorous use of the existing alternatives.« (HERMAN 2000: 103)

Dass Eliten Narrative über sich selbst mitgestalten, zeigt, dass es sich um ein sich selbst erhaltendes System (*self-protecting system*) (HERMAN 2000: 108) handelt, in dem Eigentümer:innen, Geldgeber:innen und Quellen alle zu ein und demselben Umfeld gehören. Unabhängig davon, ob man sich bei der Analyse auf individuelle »Mikrostrategien zur Beeinflussung der Medien« (HERMAN 2000: 108) oder auf die Makroanstrengungen globaler Konglomerate, ihrer PR-Agenturen und Spin-Rooms konzentriert, haben sowohl die Informationsquellen als auch die von ihnen angewandten Strategien tiefgreifende Auswirkungen auf den Fortbestand herrschender Ideologien.

Quellenbeschaffung in Communities und sozialen Medien

Ein besonderes Anliegen dieser Studie ist die Frage, welche Quellen journalistische Medien für ihre Berichterstattung über die Black-Lives-Matter-Bewegung nutzten. Die Möglichkeit, online an unterschiedliche Informationsquellen zu gelangen, sollte die Nachrichten »demokratisieren« (VAN LEUVEN et al. 2018), insbesondere die Berichterstattung, die Minoritäten direkt betrifft. Dass dieses Versprechen nicht eingelöst wurde, haben Deprez und Van Leuven (2018) empirisch belegt: Twitter wurde in erster Linie dazu genutzt, den Kontakt zu denselben Elite-Quellen aufrechtzuerhalten, nur über einen anderen Kanal.

Die Theorie der Primärdefinition von Hall et al. (1978) geht davon aus, dass soziale Hierarchien der entscheidende Faktor dafür sind, wieviel Glaubwürdigkeit Journalist:innen einer Quelle zuschreiben (z. B. gelten Polizei und Eliten im Vergleich zu Aktivist:innen und normalen Bürger:innen als glaubwürdiger). Hall et al. argumentierten, dass es diese »primären Definierer« (*primary definers*) sind, die Begriffe (sowohl implizit als auch explizit) setzen, mit denen abweichende Deutungen und alternative Sichtweisen in den Nachrichten dargestellt werden.

Forschungsfragen

Dadurch, dass sich traditionelle Nachrichtenberichterstattung weitestgehend auf einen begrenzten Pool offizieller und elitärer Quellen stützt, sind diese Instanzen in der privilegierten Position, festzulegen, was die primäre und vorherrschende Interpretation eines Themas ist. Unsere Studie stellt jedoch die Frage, ob die Nutzung von Social-Media-Plattformen als journalistische Quelle dazu beigetragen hat, die Narrative der BLM-Aktivist:innen zu verbreiten. Dementsprechend untersucht unsere Diskursanalyse folgende Forschungsfragen:

- RQ1: Wie hat sich die Berichterstattung von Zeitungsjournalist:innen über die BLM-Bewegung im Sommer 2020 auf Social-Media-Konten offizieller und elitärer Quellen sowie auf die von BLM-Aktivist:innen und -Anhänger:innen bezogen?*
- RQ2: Gab es Unterschiede in der Art und Weise, wie sie sich auf offizielle Quellen im Vergleich zu aktivistischen Quellen bezogen?*
- RQ3: Welchen Tenor hatte die Berichterstattung, wenn Aktivist:innen als journalistische Quellen genannt wurden?*

Kritische Diskursanalyse

Die in dieser Studie aufgeworfenen Fragen zur Nachrichtenberichterstattung über die BLM und die sozialen Medien sind in den theoretischen Rahmen des Propagandamodells von Herman und Chomsky (1988/2002) und der Primärdefinition von Hall et al. (1978) eingebettet und eignen sich dementsprechend für eine kritische Diskursanalyse. Für Journalismus- und Kommunikationswissenschaftler:innen stellt die Diskursanalyse eine qualitative Methode zur »Untersuchung von Gesprächen (oder Texten) im Kontext [dar], wobei in Forschungsberichten Auszüge und deren Analyse als zentrales Mittel zur Darstellung eines wissenschaftlichen Arguments verwendet werden« (TRACY 2001: 726). Tracy (2001) führt aus, dass für die Interpretation der Kontext entscheidend ist, um »Kommunikation als eine sozial situierte Aktivität« (727) zu verstehen. Der Kontext der politisch und rassistisch motivierten Unruhen in den USA im Sommer 2020 bildet den Hintergrund der Kontroverse. Mit den Texten, die über diese Kontroverse berichteten (Zeitungsartikel, die zugrundeliegenden Daten dieser Analyse), können wir unserer Forschungsfragen beantworten. Tracy (2001) argumentiert, dass die Diskursanalyse es Forscher:innen ermöglicht, »zu untersuchen, wie Menschen sich selbst darstellen, ihre Beziehungen gestalten, Verantwortung und Schuld zuweisen, Organisationen gründen, Kultur schaffen, andere überzeugen, die sozialen Umgangspraktiken verstehen und so weiter« (734). Unsere Forschungsfragen zielen darauf ab, zu verstehen, welche Quellen

Journalist:innen in welchem Kontext für ihre Berichterstattung über BLM verwendet haben und damit verbundene Aktivitäten in den sozialen Medien.

Der Rahmen für unsere Analyse stammt von Fairclough (2001). Er skizziert folgende fünf Schritte, die für die kritische Diskursanalyse (CDA) notwendig sind: (1) Fokus auf ein Ereignis in den Medien, das einen semiotischen Aspekt aufweist; (2) Identifizierung der narrativen Elemente der Geschichte sowie der inneren Widersprüche durch Analyse (a) der argumentativen und semiotischen Praktiken innerhalb der Geschichte und (b) Erörterung der Frage, inwiefern diese sich von anderen medial vermittelten Sekundärtexten unterscheiden; (3) Überlegung, welche alternativen Narrative es gibt, um die ursprüngliche Darstellung in dem und durch das Medienereignis zu hinterfragen; (4) Diskursverschiebungen über die Zeit aufzuspüren und, wenn möglich, herauszufinden, wodurch diese bedingt sind; und (5) kritische Reflexion der Analyse (in Anlehnung an FAIRCLOUGH 2001: 125). Die kritische Diskursanalyse ermöglicht mithilfe dieser fünf Schritte einen tieferen Einblick in den situationsgebundenen Kontext.

Die kritische Diskursanalyse ermöglicht die Neubewertung von Texten und ihres Entstehungskontexts, um »alternative Lesarten oder Lektüre« (KRIPPENDORFF 2012: 65) zu ermöglichen. Krippendorff (2012) zufolge eignet sich CDA besonders gut, um die Wirkungsweise von Mainstream-/Status-quo-Lesarten von Texten zu hinterfragen. Indem wir erörtern, welche spezifischen Informationsquellen in der Berichterstattung genutzt wurden, ermöglichen wir eine alternative Lesart der untersuchten Texte. CDA erlaubt es uns, »alle Praktiken als Produktionspraktiken« (FAIRCLOUGH 2001) zu verstehen. Nachrichtenberichte können einerseits als Mittel betrachtet werden, mit dem Mainstream-Medien marginalisierte Stimmen weiter an den Rand drängen oder andererseits als Möglichkeit, den Stimmlosen eine Stimme zu verleihen – letzteres eine gängige journalistische Maxime. Was die CDA zu einer kritischen Technik macht, liegt in ihrer Betonung der »Divergenz, der Abstände, der Gegensätze, der Differenzen, der Beziehungen der verschiedenen wissenschaftlichen Diskurse« (FOUCAULT 1991: 55; zitiert in LOCKE 2004). Mit anderen Worten: Der Schwerpunkt unserer Analyse liegt darauf, wie die Praktiken der Quellenselektion in den Medien der Aufrechterhaltung des Status quo dienen, obwohl die gängige Lesart diese Texte bereits aus dem Grund als subversiv ansieht, weil die BLM-Bewegung und ihre Proteste überhaupt Beachtung finden.

Wir folgen dem Ansatz von Fairclough (2001) und analysieren darüber hinaus, in Anlehnung an Dawsons (2018) ethnografische Inhaltsanalyse von Leitartikeln, wie Lokalzeitungen in Städten mit nennenswerten BLM-Protestaktivitäten während des Protestsommers darüber berichtet. Ziel ist es, herauszufinden, wie die jeweilige lokale Berichterstattung BLM-Aktivist:innen in sozialen Medien

dargestellt hat: als friedliche Demonstrant:innen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, oder als randalierende, plündernde Banden?

In Anlehnung an Dawsons (2018) Analyseverfahren wurde eine bewusste Auswahl getroffen. In das Sample aus einigen wenigen us-amerikanischen Zeitungen wurden gezielt auch Zeitungen aus urbanen Gegenden mit aufgenommen, da in Ballungsräumen die Wahrscheinlichkeit für Demonstrationen im Untersuchungszeitraum am größten war. Ausgeschlossen wurden jene Städte (z. B. Minneapolis und Louisville), in denen sich die auslösenden Ereignisse (»focusing events«, BIRKLAND 1997) ereignet hatten (d. h. die Ermordung von George Floyd bzw. Breonna Taylor). Ziel war dabei, zu erfahren, wie Lokaljournalist:innen über die BLM-Organisation in den sozialen Medien berichteten, die sich *nicht* in unmittelbarer Nähe der Ereignisse befanden. Darüber hinaus war es wahrscheinlicher, dass Zeitungen in Minneapolis und Louisville, in denen die örtlichen Strafverfolgungsbehörden selbst in die auslösenden Ereignisse involviert waren (lokale Polizeibeamte waren für die Tötung von Floyd und Taylor verantwortlich), offizielle Regierungsquellen in ihre Berichterstattung über die BLM-Bewegung einbeziehen. Wir beschränkten unsere Analyse auf Zeitungen, da sich lokale Fernsehnachrichten eher auf visuelle Eindrücke und aktuelle (live-)Berichterstattung konzentrieren, bei der sich die Quellenauswahl ggf. darauf reduziert, wer in dem Augenblick vor Ort ist.

Unsere bewusste Auswahl von us-Zeitungen beinhaltete Tageszeitungen aus jeder der vier vom us Census Bureau (n.d.) anerkannten geografischen Regionen (Nordosten, Mittlerer Westen, Süden und Westen), die von Muck Rack als die größten in Bezug auf einzelne Nutzer:innen pro Monat ermittelt wurden (MERCIER 2019). Dazu gehörten die *New York Times* (Nordosten), die *Los Angeles Times* (Westen), der *Houston Chronicle* (Süden) und die *Chicago Tribune* (Mittlerer Westen). Mit Hilfe von ProQuest wurden die Zeitungen *New York Times*, *Los Angeles Times* und *Chicago Tribune* sowie die Website des *Houston Chronicle* hinsichtlich ihrer Berichterstattung zu BLM durchsucht. Suchbegriffe waren »Black Lives Matter«, »Social Media«, »Facebook«, »Instagram« und »Twitter«. Untersuchungszeitraum war der Monat Juni 2020, kurz nach dem Mord an George Floyd am 25. Mai 2020, der wahrscheinlich die Berichterstattung in der unmittelbaren Zeit danach dominieren würde. Dies fällt zeitlich zusammen mit sich landesweit ausbreitenden organisierten Protesten. Der Schwerpunkt lag dabei nicht auf der Berichterstattung über die Ermordung von Floyd, sondern auf der Darstellung der BLM-Bewegung und damit verbundener Aktivitäten in den sozialen Medien.

In unserer Analyse zählten wir, wie oft die Berichte Bezug auf die Social-Media-Aktivitäten der BLM-Bewegung nahmen und verglichen das mit der Anzahl der Verweise auf offizielle/elitäre Quellen. In Anlehnung an Dawsons (2018) ethnografische Inhaltsanalyse, bei der die »Bedeutung des Inhalts – und nicht die Quantität der Daten – während der gesamten Analyse im

Vordergrund« (302) stehen sollte, erstellen wir lose strukturierte Kodierungsschemata, um »offizielle/elitäre« Quellen und »Aktivisten/Alternativen« zu kategorisieren. In Tabelle 1 beschreiben wir, wie sich soziale und kulturelle Normen in der journalistischen Berichterstattung widerspiegeln.

Tabelle 1

Soziale und kulturelle Normen, die sich in der journalistischen Berichterstattung widerspiegeln

Offizielle/Elite-Quellen	Aktivist/Alternativ
Beispiele: Behördenvertreter:innen (Bürgermeister, Stadträtin, Polizeibeamter, Geschäftsinhaberin usw.).	Beispiele: BLM-Mitglieder, Mitglieder anderer Gruppen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, oder Personen, die als Organisatoren, Demonstranten usw. identifiziert werden).
Offizielle/elitäre Quellen neigen dazu, traditionelle soziale und kulturelle Normen zu vermitteln oder zu implizieren, z. B. Recht und Ordnung, geschäftliche und wirtschaftliche Belange, öffentliche Sicherheit sowie Vertrauen in die Polizei und die Stadtverwaltung, um soziale Belange zu regeln.	Aktivistische/alternative Quellen neigen dazu, soziale und kulturelle Normen (implizit) zu vermitteln, wie z. B. das Versagen von Polizei und Stadtverwaltung, marginalisierte und zu Minderheiten gehörende Mitglieder ihrer Gemeinschaft zu schützen. Sie betonen die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit gegenüber geschäftlichen und wirtschaftlichen Belangen.

Zu den als »offiziell« oder »Elite« geltenden Quellen gehörten alle Personen, die als Behördenvertreter:innen identifiziert wurden, darunter Polizei, Bürgermeister, Stadtratsmitglieder, Geschäftsinhaber usw. Quellen wurden als »Aktivist« oder »alternativ« kodiert, wenn sie als Mitglied von BLM oder einer anderen Gruppe für soziale Gerechtigkeit, Organisator, Demonstrant, usw. identifiziert wurden. Außerdem haben wir darauf geachtet, wie BLM-Mitglieder in den Berichten beschrieben wurden (z. B. als Vorkämpfer für soziale Gerechtigkeit oder als Randalierer, Plünderer usw.).

Das Narrativ überwachen: Die Berichterstattung über BLM im Sommer 2020

Im Folgenden präsentieren wir eine kritische Diskursanalyse zu den Berichten der untersuchten Zeitungen, wobei wir von Ost nach West vorgehen. Im folgenden Abschnitt diskutieren wir relevante Aspekte der Berichterstattung in den vier Zeitungen, bevor wir unsere Analyse abschließen.

New York

In den 27 Artikeln der *New York Times* (NYT) kamen sowohl Elite- als auch alternative Quellen zu Wort. Wenn sich die Berichterstattung unmittelbar auf die Proteste bezog, sprachen die Reporter:innen der NYT häufig mit Aktivist:innen vor Ort. Diese unterstützten in der Regel die Proteste und die Demonstrant:innen.

Was die Informationsbeschaffung über soziale Medien angeht, nutzten die Reporter:innen der NYT sowohl direkte als indirekte Quellen. Die Journalist:innen der NYT nutzten Twitter, Instagram und Facebook, um Informationen sowohl von Eliten als auch von alternativen Quellen zu sammeln. In der *Times* verwiesen die Reporter:innen auf Tweets und Instagram-Posts von BLM-Demonstranten, die Eliten kritisierten (POGREBIN 2020a). Diese Aktivist:innen nutzten soziale Medien als Plattform, um ihrer Frustration über den Status quo sowie über die Art und Weise, wie die Eliten sie und ihre Sache darstellen, Ausdruck zu verleihen. Die Reporter:innen der *Times* stellten auch fest, dass die Aktivist:innen soziale Medien sowohl zur Rekrutierung von Mitgliedern (vgl. KIM 2020) als auch zum Sammeln von Spenden (GOLDMACHER 2020) nutzten.

Die *New York Times* brachte im Juni 2020 mehrere Artikel über Demonstrationen und Aktivist:innen. Viele davon konzentrierten sich auf die Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen an der Bewegung (BENNETT 2020; GOLDBERG 2020). Die Reporter:innen nahmen sowohl auf traditionellem Weg und über soziale Medien Kontakt zu diesen jungen Frauen auf.

Bei der Berichterstattung über Eliten gingen die NYT-Autor:innen in einigen Fällen ungewohnte Wege: Sie nutzten soziale Medien, um Informationen und Aussagen von Menschen zu sammeln, die zwar klassischerweise als Eliten eingestuft werden würden, die aber die Bewegung entweder unterstützten oder ihr zumindest nicht feindlich gegenüber traten. Ein Beispiel ist der Artikel von Southall und Sandoval (2020), der sich auf Facebook-Posts schwarzer Beamter des New Yorker Police Department bezog, die Derek Chauvin anprangerten und »gute Polizist:innen« ermutigten, sich öffentlich zu äußern. Ein Artikel (RUBINSTEIN 2020) widmete sich Jumaane Williams, New Yorker Anwalt und ehemaligen Stadtrat, der während der Proteste zum Medienliebling avancierte, und beschreibt, wie eine Menschenmenge seinen Namen skandiert:

»You all ready for this?« Linda Sarsour, a prominent activist, said to the crowd of hundreds, shortly before they were to march across the Brooklyn Bridge. »When I say ›mayor,‹ you say ›Jumaane.‹ «

The crowd heartily obliged.

There's just one catch: Williams was not running for mayor in 2021.

In ähnlicher Weise verwies die NYT auf Facebook- und Twitter-Videos, in denen Polizeichefs an der Seite von Demonstrant:innen (SANDOVAL/

BOGEL-BURROUGHS 2020) und Staatsvertreter:innen marschierten, die sich für die Entmilitarisierung der Polizeikräfte einsetzten (EDMONDSON 2020). In dem Artikel, der sich auf das Video bezog, ging es allerdings um die Erschießung eines Mannes durch die Polizei, nachdem der Mann eine Waffe auf sie gerichtet hatte. Der Schusswechsel stand dem Artikel zufolge (unter Berufung auf die Polizei) nicht im Zusammenhang mit den Demonstrationen in der Stadt.

Einige wenige negative Kommentare konzentrierten sich in der Regel auf Plünderungen und Sachbeschädigungen während der Proteste. Ein Artikel, der die Proteste im Allgemeinen unterstützte, wies auf den Unterschied zwischen Plünderern und Demonstranten hin und befand die Rechtfertigung, die die Plünderer für Sachbeschädigung und Diebstahl anführten, als dürftig (MACFARQUHAR et al. 2020).

Die Berichterstattung der *New York Times* über die Proteste war im Allgemeinen positiv. Sie hielt eine angemessene Balance bei der Nutzung von Eliten- und alternativen Quellen für ihre Berichterstattung. Wenn Politiker:innen, Geschäftsinhaber:innen oder Polizeibeamte abfällige Bemerkungen über Demonstrant:innen oder die Bewegung machte, lieferten die *NYT*-Reporter:innen oft den zusätzlichen Kontext für diese Aussagen aus alternativen Quellen (FEUER/SANDOVAL 2020; POGREBIN 2020a, 2020b). Die Darstellung des Juni 2020 in der *New York Times* war nicht einseitig. Die *Times* stellte die Proteste in New York City als aus der Sicht der Demonstrant:innen notwendig dar, differenzierte dabei aber zwischen denjenigen, die Sachbeschädigungen, Gewalt und Plünderungen verübten, und anderen Demonstranten (HONG/RASHBAUM 2020). Diese Daten deuten darauf hin, dass es eine aktive redaktionelle Entscheidung der Reporter:innen gewesen sein könnte, ihre Quellen zu diversifizieren, indem sie mit alternativen Quellen sprachen und soziale Medien für ihre Berichterstattung nutzten.

Chicago

Die *Chicago Tribune* verwendete in ihren 24 Artikeln, die über die Proteste in Chicago im Juni 2020 berichteten, mehr elitäre als alternative Quellen, trotzdem war die Darstellung der Demonstrationen immer noch vergleichsweise positiv. Akademiker:innen (YIN 2020), Polizeibeamte und lokale Politiker:innen (HINKEL/SWEENEY 2020; PEARSON 2020; PRATT et al. 2020) als Quellen waren charakteristisch für die Berichterstattung der *Tribune*. Die Berichterstattung war zwar nicht so positiv wie die der *New York Times*, stand den Protesten und Demonstrant:innen aber auch nicht feindselig gegenüber.

Die *Tribune* nutzte häufig sowohl offizielle als auch alternative Social-Media-Accounts als Quellen, um über die Proteste vor Ort zu berichten. Chicagoer Künstler:innen zeigten auf Instagram ihre von den Protesten inspirierten

Kunstwerke, die sie auf vernagelte Schaufenster malten (BORRELLI 2020). Dort äußerten sie sich auch zu Gegendemonstrant:innen, die ihre Wandbilder übermalten (RODRÍGUEZ PRESA 2020). Kommunalpolitiker:innen nutzten soziale Medien, um sich über Demonstrant:innen und Entscheidungen politischer Gegner:innen zu beschweren (PEARSON 2020). Ein weiterer häufiger Vorwurf von Politiker:innen aus dem Großraum Chicago war die empfundene Heuchelei darüber, dass COVID-19-bezogene soziale Abstandsregeln während der Demonstrationen nicht durchgesetzt wurden (PEARSON 2020). Ungeachtet dieser Vorwürfe hoben die Reporter:innen der *Tribune* häufig hervor, dass die Demonstrant:innen während der Demonstrationen Schutzmasken trugen (BORRELLI 2020; CREPEAU 2020b; PRATT et al. 2020; SCHMICH 2020). Einige trugen sogar Masken mit politischen Statements, z. B. mit dem Aufdruck »I can't breathe« (STEVENS et al. 2020), und versuchten, Abstandsregeln einzuhalten (BUCKLEY 2020; CREPEAU et al. 2020; SCHOENBERG 2020).

Die Autor:innen der *Tribune* verwiesen auch auf Social-Media-Beiträge von Demonstrant:innen, in denen diese über die Proteste berichteten oder dazu aufriefen, sich den Protesten anzuschließen. Menschen berichteten in den sozialen Medien, wie die BLM-Bewegung es ihnen ermöglichte, auf ganz neue Weise über Hautfarbe und Rassismus zu sprechen. Restaurantangestellte eines Chicagoer Restaurants posteten auf Instagram über ihre Erfahrungen mit Rassismus in der Branche und seitens der Geschäftsinhaber (CREPEAU et al. 2020; WONG 2020). Die Social-Media-Posts einiger Entscheidungsträger legitimierten die BLM-Bewegung zusätzlich. In einem Beitrag auf Facebook beleidigten und bedrohten Polizeibeamte die Demonstrant:innen (CREPEAU 2020a).

Negative Artikel der *Tribune* konzentrierten sich in der Regel auf Sachbeschädigungen und Plünderungen als zentrales Merkmal ihrer BLM-Berichterstattung. Ein Artikel erwähnte den Tweet eines anderen Tribune-Reporters, der »Plünderer« (SULLIVAN 2020) beim Tausch von T-Shirts beobachtet hatte. Ein anderer Artikel bezog sich auf ein Facebook-Video. In dem Video ging es um den Tod eines pensionierten Polizeibeamten, der versucht hatte, die Plünderung eines Ladens zu verhindern, der einem seiner Freunde gehörte (KASS 2020a). Gleichzeitig berichtete die *Tribune* jedoch auch, dass die Demonstrant:innen auf Facebook dazu aufriefen, bei den Aufräumarbeiten nach den Plünderungen zu helfen (SCHMICH 2020).

Nicht alle offiziellen Quellen, auf die sich die *Chicago Tribune* bezog, waren gegen die Proteste und die Bewegung. Die Bürgermeisterin von Chicago, Lori Lightfoot, und der Gouverneur von Illinois, J.B. Pritzker, wurden mit Solidaritätsbekundungen für die Demonstrant:innen zitiert. Lightfoot tweetete Unterstützung für ihre eigene Initiative zur Polizeireform und kritisierte Polizeigewalt durch Beamte des Chicago Police Department (HINKEL 2020). Die *Tribune* wies auch auf die Sorgen von Aktivist:innen hin, die befürchteten, Lightfoot

würde Geld aus dem CARES-Gesetz¹⁾ der Polizei zur Verfügung stellen (BYRNE/PRATT 2020). Pritzker kritisierte Donald Trump für dessen Tweets, in denen er dazu aufrief, auf Plünderungen mit Waffengewalt zu reagieren. Allerdings forderte Pritzker zeitgleich mehr Polizei und den Einsatz der Nationalgarde als Reaktion auf die Plünderungen in Chicago und dem Bundesstaat Illinois (PRATT et al. 2020).

Die Berichterstattung der *Chicago Tribune* war insgesamt positiv. Reporter:innen der *Tribune* stützten sich auf Online- und traditionelle Quellen und nutzten sowohl Elite- als auch alternative Quellen. Der Kontext der Coronavirus-Pandemie spielte in der Berichterstattung ebenfalls eine große Rolle: In zahlreichen Artikeln wurden Abstandsregeln, das Tragen von Masken sowie steigende Fallzahlen in Chicago und ganz Illinois erwähnt (PRATT et al. 2020; STEVENS 2020). Ein weiterer wichtiger Kontext war die häufige Erwähnung von Gewaltanwendung der Polizei bei der Verhaftung und dem Angriff auf Demonstrant:innen. *Tribune*-Reporter:innen sprachen mit Demonstrant:innen, die behaupteten, von der Polizei während der Demonstrationen angegriffen worden zu sein, und mit vielen, die das Gefühl hatten, während der Proteste zu Unrecht festgenommen worden zu sein (ANDERSON et al. 2020; CREPEAU 2020a; ELEJALDE-RUIZ 2020; KASS 2020b; MARX 2020).

Houston

Im *Houston Chronicle* erschienen nur vier Artikel, die den Suchkriterien für unsere Studie entsprachen. Das ist besonders bemerkenswert angesichts der Tatsache, dass George Floyd aus Houston stammte und sein Tod und die anschließenden Proteste im ganzen Land stattfanden – und in der überregionalen Berichterstattung eine wichtige Rolle spielten. Darüber hinaus ist es bei lokalen Nachrichtenagenturen üblich, nach lokalen Themen für überregionale oder internationale Nachrichten zu suchen (BUTTRY 2016).

Von den vier Artikeln im *Houston Chronicle* wurde nur eine einzige Informationsquelle als aktivistisch/alternativ kodiert: ein Highschool-Sportler gab auf seinem Twitter-Account bekannt, bei seiner Highschool-Abschlussfeier während der Nationalhymne als Zeichen des Protests niederzuknien. Die anderen acht Quellen in den Artikeln wurden als offiziell/elitär kodiert.

Vielleicht noch bemerkenswerter ist, dass keiner der Artikel direkt über die BLM-Demonstrationsmärsche oder Social-Media-Aktivitäten in Houston berichtete. Dies könnte daran liegen, dass es nur wenige Proteste gab. Dennoch ist die fehlende Berichterstattung insofern interessant, als dass lokale

1 Der Coronavirus Aid, Relief, and Economic Security (CARES) Act soll Kommunen bei den von der COVID-Pandemie beeinträchtigten Stadtteilen finanziell unterstützen.

Nachrichtenmedien oft versuchen, einen lokalen Bezug zu nationalen Themen zu finden. Zu den vier Beiträgen gehörten stattdessen die folgenden: ein Bericht vom 5. Juni über einen ortsansässigen Restaurantbesitzer, der dafür kritisiert wurde, in einem Facebook-Post einen BLM-Marsch als »Parade« bezeichnet zu haben; ein Bericht vom 9. Juni über den Highschool-Sportler, der während der Nationalhymne bei seiner High-School-Abschlussfeier als Zeichen seines Protests auf ein Knie ging; ein Bericht vom 12. Juni über drei Personen, die verhaftet und beschuldigt wurden, Teil der »Antifa« zu sein; und eine Geschichte vom 24. Juni über den Mangel an Diversität in den CrossFit-Fitnessstudios in Houston nach den unsensiblen Kommentaren des (mittlerweile ehemaligen) CrossFit-CEO auf Twitter zu BLM.

Obwohl in keinem dieser Artikel Mitglieder der BLM-Bewegung explizit als Plünderer:innen oder radikaler Mob dargestellt wurden, fehlte die Perspektive der BLM-Aktivist:innen merklich. Zum Beispiel enthielt der Bericht über drei Verhaftete, die beschuldigt wurden, »Antifa« -Mitglieder zu sein, keine Interviews mit BLM-Mitgliedern. Die hätten sich wahrscheinlich davon distanziert, da die Antifa häufig in rechten Medien wie Fox News, OAN und Newsmax (negativ) dargestellt wird. Stattdessen bezog sich der Artikel auf das texanische Ministerium für öffentliche Sicherheit als Quelle und leitete mit einem Zitat des texanischen Senators Ted Cruz aus einer Fox-News-Sendung ein. Im weiteren Verlauf des Artikels wurden ein Kriminologe der University of Maryland und ein Historiker der Rutgers University zitiert, die Bedenken hinsichtlich der Bezeichnung »Antifa« äußerten, aber auch hier kam niemand aus der BLM-Bewegung zu Wort, um deren eigene Sichtweise darzulegen.

Los Angeles

In der *Los Angeles Times* gab es elf Artikel, die den Suchkriterien entsprachen. Die *Times* zeigte jedoch eine ähnliche Unausgewogenheit zwischen aktivistischen/alternativen und offiziellen/elitären Quellen, insbesondere aus den sozialen Medien. Nur bei zwei als »aktivistisch/alternativ« kodierten Quellen wurde auf ihre Social-Media-Posts verwiesen (beide in einem einzigen Artikel), während 18 offizielle/elitäre Quellen mit Social-Media-Inhalten zitiert wurden. In der Gesamtbetrachtung waren die Quellen ausgewogener: 17 Aktivist:innen/alternative und 23 offizielle/elitäre Quellen wurden zitiert. Allerdings wurden neun der aktivistischen/alternativen Quellen in einem einzigen Beitrag genannt, einer Geschichte über ältere weiße Menschen, die die BLM unterstützten. Gleichzeitig wurden von den neun in dieser Geschichte zitierten Demonstrante:innen nur zwei als Schwarze Amerikaner:innen identifiziert, die zu »einer Handvoll Schwarzer Amerikaner:innen bei dem Protest« gehörten.

Die oben beschriebene Geschichte vom 17. Juni – »[s]eniors risk virus to march for social justice« – war die einzige, die direkt über die Straßenmärsche aus der Perspektive von Aktivist:innen berichtete. Vier Berichte befassten sich mit der Medien- und Unterhaltungsindustrie: darunter ein Bericht vom 2. Juni über Facebook-Mitarbeiter:innen, die ihrem CEO mangelnde Haltung vorwarfen angesichts eines hetzerischen Posts von Präsident Trump, der die Zeile enthielt »when the looting starts, the shooting starts« (Wenn die Plünderung beginnt, beginnt das Schießen); ein weiterer Artikel darüber, wie sich beliebte Medienunternehmen wie Amazon, CBS und Netflix mit der BLM-Bewegung solidarisierten; sowie am 5. Juni eine Analyse darüber, wie die lokalen Fernsehnachrichten in Los Angeles über die Proteste berichtet haben.

Ein Artikel vom 9. Juni befasste sich mit der Reaktion der Theater Community auf die BLM-Bewegung. Dabei konzentrierte er sich darauf, dass ein:e Theaterproduzent:in auf der Facebook-Seite »Theater Folks of Color« eine »Not Speaking Out List« erstellte, um herauszufinden, welche Theatergruppen die BLM nicht unterstützen.

Fünf weitere Berichte befassten sich mit der Polizeiarbeit vor Ort sowie Reaktionen der Bürgermeister während der Proteste, darunter ein Bericht vom 19. Juni über den Rücktritt eines Bezirksbürgermeisters nach Druck in den sozialen Medien und ein Bericht vom 23. Juni über Kritik am Bürgermeister von Los Angeles wegen seines Umgangs mit den Protesten. Drei dieser Berichte über die Polizeiarbeit verdienen eine genauere Betrachtung.

Ein weiterer Bericht vom 23. Juni berichtet über die Verhaftung von drei Personen wegen Vandalismus an einem Black-Lives-Matter-Schild. Das ist insofern besonders interessant, weil einer der Verdächtigen Mitarbeiter des Ventura County Sheriff's Department und ein anderer Mitarbeiter der Bezirksstaatsanwaltschaft war. Der einzige direkte Bezug zu BLM bestand darin, dass der Eigentümer des Schildes auf seiner Facebook-Seite ein Überwachungsvideo veröffentlichte, mit dem die Polizei die mutmaßlichen Täter:innen identifizieren konnte. Der Eigentümer des Schildes, ein BLM-Anhänger, wurde im Artikel selbst jedoch nicht zitiert.

Ein dritter Artikel vom 23. Juni berichtete, dass ein Gremium des Stadtrats empfahl, das Budgets des Los Angeles Police Department (LAPD) um 133 Millionen Dollar zu kürzen. Obwohl der Artikel einen Vorschlag von »Black Lives Matter-Los Angeles und anderen Graswurzelgruppen« mit dem Titel »The People's Budget« erwähnte, wurde niemand aus der BLM-Bewegung interviewt oder zitiert. In ähnlicher Weise bezog sich ein Bericht vom 28. Juni allgemein auf einen »von Black Lives Matter vorangetriebenen Vorschlag«, der »die LAPD praktisch abschaffen und das Geld in den Wohnungsbau, die psychiatrische Versorgung, die Verbrechensbekämpfung und andere Dinge stecken würde«. Es wurde jedoch niemand von BLM interviewt oder zitiert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Berichterstattung der *Los Angeles Times* Anfang Juni 2020 eher auf die Reaktion der Nachrichten- und Unterhaltungsindustrie auf die BLM-Bewegung konzentrierte als auf die Bewegung selbst. Im späteren Teil des Untersuchungszeitraums lag der Schwerpunkt mehr auf den offiziellen Reaktionen der Regierung auf die Proteste. Dabei scheint es eine starke Tendenz dazu zu geben, sich auf lokale Regierungsquellen zu verlassen, sogar wenn diese im Artikel selbst kritisiert wurden. Vorschläge seitens der BLM-Organisator:innen wurden nur allgemein erwähnt, aber nicht direkt zitiert, womit der Kontext der vorgeschlagenen Maßnahmen hätte verdeutlicht werden können.

Schlussfolgerungen: Diskurs und Realität in der Berichterstattung über die BLM

In allen vier Zeitungen hat unsere Analyse gezeigt, dass die Informationsbeschaffung nach wie vor eine entscheidende Komponente des Propagandamodells darstellt, insbesondere wenn wir die kontextuelle Bedeutung von Quellen innerhalb der breiteren Erzählungen der Nachrichtenmedien berücksichtigen. Die Ergebnisse fielen je nach Stadt unterschiedlich aus. Die *New York Times* und die *Chicago Tribune* wiesen eine proportional höhere Anzahl alternativer Quellen auf, was mit einer positiveren Berichterstattung über die BLM-Demonstrant:innen korrelierte. In Houston und Los Angeles untermauerte die Quellenselektion den Status quo der Berichterstattung, da die Aktivist:innen vor Ort und in den sozialen Medien von den großen Zeitungen praktisch ignoriert wurden. In Los Angeles organisierten sich BLM-Unterstützer:innen in den sozialen Medien, wurden vor Ort aktiv und unterbreiteten konkrete politische Vorschläge. Doch ihre Stimmen fanden in der Berichterstattung nicht genug Gehör, um es mit den etablierten Eliten aufnehmen zu können. Vielmehr waren es die Social-Media-Botschaften von Regierungsvertreter:innen, Wirtschaftsführer:innen, Prominenten und anderen Eliten, die die BLM-Bewegung in ihrer Stadt primär bestimmten – unabhängig davon, ob diese Botschaften aufrührerisch oder unterstützend waren.

Die Ergebnisse legen nahe, dass Praktiken, Motivationen und Redaktionsroutinen ethnografisch weiter erforscht werden könnten: Während einige Journalist:innen sich dazu entschlossen, Aktivist:innen, Befürworter:innen und Verbündete der Black-Lives-Matter-Bewegung zu befragen, bildeten andere Journalist:innen primär die Perspektive der Strafverfolgungsbehörden und Eliten ab. Redaktionsleiter:innen und Redakteur:innen, Verleger:innen und Reporter:innen zu ihren Beweggründen zu befragen, könnte genauer herausarbeiten, wie Propaganda funktioniert.

Die Frage, welchen Tenor der journalistische Diskurs über BLM-Aktivist:innen hatte, die nicht der Elite angehören, fällt wenig ins Gewicht, wenn deren Stimmen in den Mainstream-Nachrichten im Wesentlichen ignoriert werden. Selbst im dezentralisierten Umfeld der sozialen Medien, das Journalist:innen eine Reihe von alternativen Quellen bietet, scheint das Geschäft der Nachrichtenmedien immer noch in erster Linie auf Eliten ausgerichtet zu sein. Dies könnte erklären, warum die Ergebnisse von Stadt zu Stadt unterschiedlich waren. Aus den Ergebnissen könnte man kritisch schlussfolgern, dass Reporter:innen und Mitarbeiter:innen der *New York Times* und *Chicago Tribune* erkannt haben, dass eine differenzierte Berichterstattung über die BLM-Bewegung wirtschaftlichen Nutzen bringt: wenn diese positivere Darstellung mit höheren Auflagen und Zugriffszahlen korreliert. Die Zeitungen in Houston und Los Angeles boten den Eliten Plattformen, auf denen sie teils ihre eigenen Verdienste für soziale Gerechtigkeit hervorhoben, teils für ihre hetzerischen, hasserfüllten oder rassistischen Ansichten an den Pranger gestellt wurden. Was im Juni 2020 über die BLM-Bewegung als berichtenswert galt, wurde in erster Linie durch die Perspektive der Medien, der Wirtschaft, der Prominenz, der Regierungsvertreter:innen und anderer weißer Eliten definiert.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Redaktionsroutinen, die bestimmen, ob Journalist:innen bei der Berichterstattung über die Black-Lives-Matter-Bewegung alternative oder Elite-Quellen verwenden, mit dem Propagandamodell (HERMAN/CHOMSKY 1988/2002) im Einklang stehen. Wir leben in einer Zeit, in der Redaktionen schrumpfen und Zeitungen in größeren Konzernen aufgehen. Unternehmen preisen in diesen Zeitungen ihre Unterstützung von Black Lives Matter und anderen Initiativen für soziale Gerechtigkeit an. Oder sie schweigen, wenn dies als strategisch besser erachtet wird. Internet-Troll-Farmen und Desinformations-Organisationen arbeiten aktiv an der Desinformation der Öffentlichkeit über BLM, Polizeibrutalität und systemischen Rassismus (O'SULLIVAN 2008). Diese Studie liefert Belege dafür, dass die Informationsquellen in der journalistischen Berichterstattung den Diskurs über BLM beeinflussen und somit die Realität dessen definieren, was die Black-Lives-Matter-Bewegung verkörpert.

Über die Autoren

Alfred J. Cotton III, PhD, ist Assistenzprofessor an der Fakultät für Journalismus der Universität von Cincinnati, wo er Kurse über Ethnie und Berichterstattung unterrichtet. Kontakt: cottonaj@ucmail.uc.edu

Jeffrey Layne Blevins, PhD, ist Professor an der Fakultät für Journalismus und an der School of Public and International Affairs der Universität von Cincinnati. Seine Forschungsschwerpunkte sind soziale Medien, soziale Gerechtigkeit und Politik. Kontakt: Jeffrey.Blevins@UC.edu

Literatur

- ADONI, HANNA; MANE, SHERRILL (1984): Media and the social construction of reality toward an integration of theory and research. In: *Communication Research*, 11, S. 323-340.
- ANDERSON, JAVONTE; MEISNER, JASON; CREPEAU, MEGAN (2020): »Authorities and activists react to a wave of arrests.« In: *Chicago Tribune*, 2. Juni 2020, S. 2.
- ATTON, CHRIS; WICKENDEN, EMMA (2005): Sourcing routines and representation in alternative journalism: A case study approach. In: *Journalism Studies*, 6, S. 347-359.
- BENNETT, JESSICA (2020): »These Teen Girls Are Fighting for a More Just Future.« In: *The New York Times*, 26. Juni 2020, S. 8.
- BIRKLAND, THOMAS A. (1997): *After disaster: Agenda setting, public policy, and focusing events*. Washington, D.C.: Georgetown University Press.
- BLEVINS, JEFFREY LAYNE (2019): Social media and social justice movements after the diminution of Black-owned media in the United States. In: BANJO, OMOTAYO (Hrsg.): *Media across the African diaspora: Content, audiences, and global influence*. New York, NY: Routledge, S. 191-203.
- BLEVINS, JEFFREY LAYNE; LEE, JAMES JAEHOON (2022): *Social media, social justice and the political economy of online networks*. Cincinnati, OH: University of Cincinnati Press.
- BLEVINS, JEFFREY LAYNE; LEE, JAMES JAEHOON; MCCABE, ERIN E.; EDGERTON, EZRA (2019): Tweeting for social justice in #Ferguson: Affective discourse in Twitter hashtags. In: *New Media & Society*, 21, S. 1636-1653.
- BORRELLI, CHRISTOPHER (2020): »Creative statement [Corrected 06/05/2020]: Chicago artists use boarded-up storefronts to make a difference.« In: *Chicago Tribune*, 5. Juni 2020, S. 1.
- BUCKLEY, MADELINE (2020): »Cyclists blanket North Side streets to protest police brutality.« In: *Chicago Tribune*, 21. Juni 2020, S. 15.
- BROUDY, DANIEL; KLAHEHN, JEFFERY (2019): Chomsky and Herman's »Propaganda Model« foretells a weaponized Facebook. In: *Truthout*, 3. Juni 2019. <https://truthout.org/articles/chomsky-and-hermans-propaganda-model-foretells-a-weaponized-facebook/> (26. September 2024).

- BUTTRY, STEVE (2016): The voiceless have a voice. A journalist's job is to amplifying it. In: *Columbia Journalism Review*, 18 Mai 2016. https://www.cjr.org/first_person/buttry_story.php (26. September 2024).
- BUTTRY, STEVE (2016): How to find local stories in national and world news. In: *National Press Foundation*, 24. Mai 2016. <https://nationalpress.org/newsfeed/how-to-find-local-stories-in-national-and-world-news/> (26. September 2024).
- BYRNE, JOHN; PRATT, GREGORY (2020): »Council approves Lightfoot's \$1.1B plan: Some aldermen voice concern relief money could help fund police.« In: *Chicago Tribune*, 18. Juni 2020, S. 1.
- CARLSON, MATT (2009): Dueling, dancing, or dominating? Journalists and their sources. In: *Sociology Compass*, 3, S. 526-542.
- Census Bureau Regions and Divisions with State FIPS Codes. https://www2.census.gov/geo/pdfs/maps-data/maps/reference/us_regdiv.pdf (26. September 2024)
- CHENOWETH, ERICA; PRESSMAN, JEREMY (2020): Black Lives Matter protesters were overwhelmingly peaceful, our research finds. In: *Harvard Radcliffe Institute*, 20. Oktober 2020. <https://www.radcliffe.harvard.edu/news-and-ideas/black-lives-matter-protesters-were-overwhelmingly-peaceful-our-research-finds> (26. September 2024).
- COLEMAN, ROY (2005): Surveillance in the city: Primary definition and urban spatial order. In: *Crime, Media, Culture*, 1, S. 131-148.
- CREPEAU, MEGAN (2020a): »Public defender seeks inquiry into handful of sheriff's deputies.« In: *Chicago Tribune*, 14. Juni 2020a, S. 8.
- CREPEAU, MEGAN (2020): »Public defenders march around jail.« In: *Chicago Tribune*, 9. Juni 2020, S. 4.
- CREPEAU, MEGAN; LEE, WILLIAM; EDQUIST, KAITLIN (2020): »»This does not represent me« : 2 black women denounce Black Lives Matter protests outside deli.« In: *Chicago Tribune*, 8. Juni 2020, S. 3.
- DAWSON, AKIV (2018): A space for countering colorblind discourse: constructions of police-perpetrated homicides of African-American males. In: *Critical Studies in Media Communication*, 35, S. 300-313.
- DEPREZ, ANNELORE; VAN LEUVEN, SARAH (2018): About pseudo quarrels and trustworthiness. In: *Journalism Studies*, 19, S. 1257-1274.
- DEMUYAKOR, JOH (2021): The Propaganda Model in the digital age: A review of literature on the effects of social media on news production. In: *Humanities*, 8, S. 1-7.
- EDMONDSON, CATIE (2020): »Lawmakers begin bipartisan push to cut off police access to military-style gear.« In: *The New York Times*, 1. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/01/us/politics/police-military-gear.html> (26. September 2024).

- ELEJALDE-RUIZ, ALEXIA (2020): »Can you get fired for protesting?« In: *Chicago Tribune*, 16. Juni 2020, S. 1.
- FAIRCLOUGH, NORMAN (2001): Critical discourse analysis as a method in social scientific research. In: RUTH WODAK; MICHAEL MEYER (Hrsg.): *Methods of critical discourse analysis*. Thousand Oaks, CA: Sage, S. 121-139.
- FEUER, ALAN; SANDOVAL, EDGAR (2020): »It was a disgrace: De Blasio and police official faulted over looting.« In: *The New York Times*, 2. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/02/nyregion/nyc-looting-protests-nypd.html> (26. September 2024).
- FUCHS, CHRISTIAN (2019): Propaganda 2.0: Herman and Chomsky's propaganda model in the age of the internet, big data and social media. In: JOAN PEDRO-CARAÑANA, DANIEL BROUDY; JEFFERY KLAHN (Hrsg.): *The Propaganda Model today: Filtering perception and awareness*. London: University of Westminster Press, S. 71-91.
- GOLDBERG, EMMA (2020): »I can't focus on abortion access if my people are dying« In: *The New York Times*, 30. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/30/us/politics/abortion-supreme-court-gen-z.html> (26. September 2024).
- GOLDMACHER, SHANE (2020): »Racial justice groups flooded with millions in donations in wake of Floyd death.« In: *The New York Times*, 14. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/14/us/politics/black-lives-matter-racism-donations.html> (26. September 2024).
- GUESS, ANDREW; NYHAN, BRENDAN; REIFLER, JASON (2018): Selective Exposure to Misinformation: Evidence from the consumption of fake news during the 2016 U.S. presidential campaign. <http://www.dartmouth.edu/~nyhan/fake-news-2016.pdf> (26. September 2024).
- HALL, STUART; CRITCHER, CHAS; JEFFERSON, TONY; CLARKE, JOHN; ROBERTS, BRYAN (1978): *Policing the crisis: Mugging, the state and law and order*. London: Palgrave.
- HERMAN, EDWARD S. (2000): The propaganda model: A retrospective. In: *Journalism Studies*, 1, S. 101-112.
- HERMAN, EDWARD S.; CHOMSKY, NOAM (1988/2002): *Manufacturing consent: The political economy of mass media*. New York, NY: Pantheon Books.
- HINKEL, DAN (2020): Police under scrutiny: As activists call for wide-ranging reform of department's procedures, court-appointed monitor will investigate allegations of abuse of protesters. In: *Chicago Tribune*, 6. Juni 2020, S. 1.
- HINKEL, DAN; SWEENEY, ANNIE (2020): »Ideas for change may face challenge: In Chicago, »defund the police« hasn't rerouted policing money yet.« In: *Chicago Tribune*, 14. Juni 2020, S. 1.
- HONG, NICOLE; RASHBAUM, WILLIAM K. (2020): »The 2 lawyers, the anti-police protests and the Molotov cocktail attack.« In: *The New York Times*, 7. Juni 2020.

- <https://www.nytimes.com/2023/01/26/nyregion/lawyers-sentenced-molotov-police-car.html> (26. September 2024).
- ISAAC, MIKE; NICAS, JACK (2020): Facebook cuts ties with Washington firm that sought to discredit social network's critics. In: *The New York Times*, 15. November 2018. <https://www.nytimes.com/2018/11/15/technology/facebook-definers-soros.html> (26. September 2024).
- KANG, CECILIA; ROSENBERG, MATTHEW; ISAAC, MIKE (2018): Mark Zuckerberg defends Facebook as furor over its tactics grows. In: *The New York Times*, 15. November 2018. <https://www.nytimes.com/2018/11/15/technology/zuckerberg-facebook-sandberg-tactics.html> (26. September 2024).
- KASS, JOHN (2020a): David Dorn was slain. Will anyone take a knee? In: *Chicago Tribune*, 4. Juni 2020, S. 2.
- KASS, JOHN (2020b): Lightfoot redirects anger to a new foe – the CPD. In: *Chicago Tribune*, 12. Juni 2020, S. 2.
- KILGO, DANIELLE K.; HARLOW, SUMMER (2019): Protests, media coverage, and a hierarchy of social struggle. In: *The International Journal of Press/Politics*, 24 (4), S. 508-530.
- KIM, JUNI (2020): »How the Floyd protests turned into a 24-hour ›Occupy City Hall.« in N.Y.« In: *The New York Times*, 28. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/28/nyregion/occupy-city-hall-nyc.html> (26. September 2024).
- KRIPPENDORFF, KLAUS (2012): *Content analysis: An introduction to its methodology*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- LINVILL, DARREN L.; WARREN, PATRICK L. (2018): *Troll factories: The internet research agency and state-sponsored agenda building*. http://pwarren.people.clemson.edu/Linvill_Warren_TrollFactory.pdf (26. September 2024).
- LOCKE, TERRY (2004): *Critical discourse analysis*. London: Bloomsbury Publishing.
- LUKIN, ANNABELLE (2013): Journalism, ideology and linguistics: The paradox of Chomsky's linguistic legacy and his ›propaganda model.« In: *Journalism*, 14, S. 96-110.
- MACFARQUHAR, NEIL; FEUER, ALAN; GOLDMAN, ADAM (2020): »Federal arrests show no sign that antifa plotted protests.« In: *The New York Times*, 11. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/11/us/antifa-protests-george-floyd.html> (26. September 2024).
- MARX, GARY (2020): »Thousands flood streets: Police accountability focus of Union Park rally, march.« In: *Chicago Tribune*, 7. Juni 2020, S. 1.
- MERCIER, ANDREW (2019): The top 25 U.S. daily newspapers of fall 2019. In: *Muck Rack*, 24. Oktober 2019. <https://muckrack.com/blog/2019/10/24/the-top-25-us-daily-newspapers-of-fall-2019> (26. September 2024).
- O'SULLIVAN, DONNIE (2018): The biggest Black Lives Matter page on Facebook is fake. In: *CNN Business*, 9 April 2018. <http://money.cnn.com/2018/04/09/>

- technology/fake-black-lives-matter-facebook-page/index.html (26. September 2024).
- PEARSON, ROBERT (2020): »State Republicans, Pritzker exchange jabs over issues Governor called social distancing hypocrite by GOP.« In: *Chicago Tribune*, 10. Juni 2020, S. 8.
- POGREBIN, ROBIN (2020a): »Upheaval over race reaches Met Museum after curator's Instagram post.« In: *The New York Times*, 24. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/24/arts/design/met-museum-staff-letter-racism.html> (26. September 2024).
- POGREBIN, ROBIN (2020b): »Warren Kanders says he is getting out of the tear gas business.« In: *The New York Times*, 9. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/09/arts/design/tear-gas-warren-kanders.html> (26. September 2024).
- POPKAN, BEN (2018): Twitter deleted 200,000 Russian troll tweets. Read them here. In: *NBC News*, 14. Februar 2018. <https://www.nbcnews.com/tech/social-media/now-available-more-200-000-deleted-russian-troll-tweets-n844731> (26. September 2024).
- PRATT, GREGORY; RUTHHART, BILL; ANDERSON, J.; FRY, PAIGE; VILLAGOMEZ, JESSICA; LEONE, HANNAH; GREENE, MORGAN (2020): »A shattered city: Pritzker battles Trump on national stage.« In: *Chicago Tribune*, 2. Juni 2020, S. 1.
- PRATT, GREGORY; RUTHHART, BILL; WONG, GARY; GREENE, MORGAN; VILLAGOMEZ, JESSICA (2020): »Opening despite unrest: Businesses dealing with curfew, aftermath of looting.« In: *Chicago Tribune*, 3. Juni 2020, S. 1.
- RODRÍGUEZ PRESA, LAURA (2020): »Chicago unity mural painted over: Local artists tied communities; art was covered night after completion.« In: *Chicago Tribune*, 12. Juni 2020, S. 4.
- RUBINSTEIN, DANA (2020): »Protests upend mayor's race, and eyes turn to Jumaane Williams.« In: *The New York Times*, 11. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/11/nyregion/jumaane-williams-mayor-2021.html> (26. September 2024).
- SANDOVAL, EDGAR; BOGEL-BURROUGHS, NICHOLAS (2020): »Police fatally shoot armed man after standoff in Brooklyn.« In: *The New York Times*, 3. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/03/nyregion/police-shooting-nypd-brooklyn.html> (26. September 2024).
- SCHLESINGER, PHILLIP (1990): Rethinking the sociology of journalism: Source strategies and the limits of media-centrism. In: MARJORIE FERGUSON (Hrsg.): *Public communication: The new imperatives*. London: Sage, S. 61-83.
- SCHMICH, MARY (2020): »After the looting: »We're investing in ourselves.«« In: *Chicago Tribune*, 3. Juni 2020, S. 3.

- SCHOENBERG, NARA (2020): »No Pride Parade scheduled for this summer: But a drag queen’s Black Lives Matter march in Boystown on Sunday is drawing interest.« In: *Chicago Tribune*, 13. Juni 2020, S. 1.
- SOUTHALL, ASHLEY; SANDOVAL, EDGAR (2020): »How Black NYPD officers really feel about the Floyd protesters.« In: *The New York Times*, 17. Juni 2020. <https://www.nytimes.com/2020/06/17/nyregion/black-hispanic-officers-nypd-protests.html> (26. September 2024).
- STEVENS, HEIDI (2020): »It’s a human rights issue. It’s a health care issue.«: Hundreds of health care workers in Chicago take a silent knee in demonstration.« In: *Chicago Tribune*, 6. Juni 2020, S. 3.
- STEVENS, HEIDI; HERRERA GREENSPAN, HANNAH; CHEUNG, ARIEL; JOHNSON, C. A.; SYREK, DAVID (2020): »Art speaks: What young Chicago-area artists thought and created amid George Floyd protests.« In: *Chicago Tribune*, 21. Juni 2020, S. 4.
- SULLIVAN, PAUL (2020): »Stick to sports? No. Not now: It’s time for all Chicagoans to speak out against the violence of Saturday night.« In: *Chicago Tribune*, 1. Juni 2020, S. 7.
- TIMBERG, CRAIG (2018): »The strange birth, death and rebirth of Russian troll account ›AllForUSA.«« In: *The Washington Post*, 7. August 2018, S. A4.
- TRACY, KAREN (2001): Discourse analysis in communication. In: DEBORAH SCHIFFRIN, DEBORAH TANNEN; HEIDI E. HAMILTON (Hrsg.): *The handbook of discourse analysis*. Thousand Oaks, CA: Sage, S. 725-749.
- UMAMAHESWAR, JANANI (2020): Policing and Racial (In)Justice in the Media: Newspaper Portrayals of the ›Black Lives Matter‹ Movement. In: *Civic Sociology*, 1, S. 1.
- WONG, GARY (2020): »Restaurants reckon with racism claims: With nation at flashpoint, accusations fly on social media.« In: *Chicago Tribune*, 11. Juni 2020, S. 1.
- VAN LEUVEN, SARAH; KRUIKEMEIER, SANNE; LECHELER, SOPHIE; HERMANS, LIESBETH (2018): Online and newsworthy: Have online sources changed journalism? In: *Digital Journalism*, 6, S. 798-806.
- YIN, ALICE (2020): »To strike blow against racism, US scientists launch a strike: #Strike4BlackLives was organized in part by U. of C. physicist.« In: *Chicago Tribune*, 11. Juni 2020, S. 4.

Aufsatz

Teodora Trifonova / Joy Jenkins

Die Wahrheit ans Licht bringen

Selbstverständnis und Berufspraktiken mitteleuropäischer Auslandskorrespondent:innen, die über den Krieg in der Ukraine berichten

Abstrakt: Untersucht werden die Berufspraktiken von Auslandskorrespondent:innen, die für mitteleuropäische Medien über den Krieg in der Ukraine berichten. Ausführliche Interviews mit Vertreter:innen führender Medienorganisationen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn (N=11) zeigen, dass die Korrespondent:innen den ukrainischen Behörden als Informationsquelle misstrauen und lokalen ukrainischen Fixern skeptisch gegenüberstehen. Sie sehen sich in einem Konflikt zwischen ihren persönlichen Überzeugungen und journalistischen Standards, da sie dem Krieg gegenüber nicht neutral sind, aber versuchen, in ihrer Berichterstattung objektiv zu bleiben. In allen drei Ländern sei der Einfluss Russlands seit Kriegsbeginn spürbar.

Keywords: Auslandskorrespondent:innen, Fixer, Propaganda, Ukraine, Russland, Ost- und Mitteleuropa, Interviews

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurden mehr als 12.000 ausländische und ukrainische Journalist:innen akkreditiert, um über den Krieg in der Ukraine zu berichten (RWB 2024a). Die Liste der verletzten oder getöteten Berichterstatter:innen wird täglich länger (RWB 2025). Unter den ausländischen Journalist:innen sind auch Korrespondent:innen mittel- und osteuropäischer Medien. Während jene Auslandskorrespondent:innen, die für große, internationale Medien arbeiten, in der Ukraine über professionelle Teams verfügen, arbeiten die Journalist:innen kleinerer ausländischer Medien selten mit mehr als zwei Personen: sie selbst und eine Fotografin bzw. ein Kameramann. Manche haben nicht die finanziellen Mittel, um ein Auto zu mieten,

einen Übersetzer oder eine Übersetzerin zu engagieren oder auch nur eine Arm-binde zu kaufen, auf der »Presse« steht.

Wir fragen im Folgenden: Was beeinflusst die Berichterstattung bulgarischer, rumänischer und ungarischer Auslandskorrespondent:innen, die über die Ukraine berichten, und wie definieren sie ihre Rolle als Journalist:innen, die für Medien in ihrer Heimat über den Krieg in der Ukraine berichten?

Literaturübersicht

Sogenannte »Fallschirm-Journalist:innen« (HAMILTON/JENNER 2004), die nur kurz kommen, um über ein Land weit entfernt von ihrem Heimatland zu berichten, neigen zu stereotypen Darstellungen (LUNDSTROM/MITCHELL 2002; NOTHIAS 2020). Ethnozentrismus und »Wir«- versus »Sie«-Narrative sind bei ihnen häufig (FONDREN/HAMILTON/MCCUNE 2019). Solche wenig differenzierenden Berichte entstehen aufgrund des Termindrucks, der unzureichenden Kenntnisse über das Land und aufgrund der Restriktionen, denen Journalist:innen bei der Kontaktaufnahme mit lokalen Akteuren und Behörden ausgesetzt sind (HANNERZ 2004). Vielgereiste und erfahrene Korrespondent:innen legen aber im allgemeinen Wert auf Nähe, Empathie und eine realistische Einschätzung der bestehenden Risiken (HANNERZ 2007). Sie möchten helfen, sich ein umfassendes Bild von der Situation vor Ort zu machen, und bemühen sich um eine genaue und faire Berichterstattung, in der verschiedene Perspektiven und Personen vorkommen (ZHANG/JENKINS 2023).

Kriegsberichterstattung wird nach wie vor von Männern dominiert und ist sexistisch geprägt. Die Zahl der Kriegsberichterstatterinnen ist zwar gestiegen, aber sie werden von ihren Kollegen häufig nicht akzeptiert und in ihrer Arbeit behindert (PALMER/MELKI 2016). Fast alle berichten von Benachteiligungen, einige von sexuellen Übergriffen (STEINER 2017).

Auslandsberichterstattung hängt sowohl logistisch als auch inhaltlich von der Arbeit lokaler Zuarbeiter:innen (»Fixer«) ab. Die Rollen, Motivationen und Grundsätze von Fixern sind bereits untersucht worden (GRYTSAI 2023; ERICKSON/HAMILTON 2006; TUMBER/WEBSTER 2006; PALMER/FONTAN 2007; MURRELL 2014; PALMER 2019). Zu ihren Aufgaben gehören Fahrdienste, Hotelbuchungen, Sicherheitsmanagement, Quellenbeschaffung, Interview-Organisation, Telefonanrufe usw. Fixer sind insofern direkt an der Berichterstattung beteiligt, als sie Themen und Interviewpartner:innen vorschlagen, übersetzen und internationale Medienteams mit Hintergrundinformationen versorgen (BISHARA 2006; MURRELL 2010; PALMER 2018, 2019; PALMER/FONTAN 2007; PLAUT/KLEIN 2019; KOTIŠOVÁ/DEUZE 2022). Die Auslandsberichterstattung hängt sowohl logistisch als auch redaktionell entscheidend von ihrer Arbeit ab.

Journalismus in Mittel- und Osteuropa

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes Anfang der 1990er-Jahre entwickelten sich die mittel- und osteuropäischen Länder in Richtung Demokratie. Russland versucht jedoch weiterhin, Politik und Medien in diesen Ländern zu beeinflussen. Vier Medienmodelle stehen heute beispielhaft für die Region: ein *politisiertes* Modell in Bulgarien, Ungarn und Rumänien; *Medien im Übergang* in Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Moldawien; ein *liberales Hybridmodell* in Polen, den baltischen Ländern, Slowenien und der Tschechischen Republik; und ein *autoritäres* Modell in Russland und Belarus (BOSHNAKOVA/DANKOVA 2023; DOBEK-OSTROWSKA 2015). In den Ländern im Übergang oder mit politisiertem Medienmodell gelten zwar demokratische Standards, doch ist z. B. der politische Einfluss auf den öffentlichen Rundfunk in Ungarn stark. In Ländern mit liberalem Hybridmodell ist die Medienfreiheit größer. Das autoritäre Modell gilt wiederum als stark politisiert. In diesen Ländern sind Medien zumeist Propagandainstrumente der Machthaber (DOBEK-OSTROWSKA 2015).

Trotz mancher Gemeinsamkeiten unterscheiden sich Ungarn, Bulgarien und Rumänien in vielerlei Hinsicht: In Ungarn sind Medien starkem politischen Einfluss ausgesetzt. Überwiegend verbreiten sie die Auffassung der Regierung. Auch die privaten Medienunternehmen sind eng mit der Regierung verbandelt. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán ist selbst an verschiedenen Medien beteiligt und unterhält gute Beziehungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die bulgarischen Medien sind ebenfalls stark von Politik und Geschäftsinteressen beeinflusst. Kritische Berichterstattung etwa über Korruption findet kaum statt (BOSHNAKOVA/DANKOVA 2023). In Rumänien ist das Medienangebot vielfältiger, allerdings folgen die öffentlich-rechtlichen und privaten Sender häufig der Regierungslinie und es herrscht wenig Transparenz bei der Medienfinanzierung. Soziale Medien wie TikTok und Telegram haben sich bei den Wahlen Anfang Dezember 2024 als Einfallstor für russische Propaganda erwiesen, weswegen die Europäische Kommission ein Verfahren nach dem Gesetz über digitale Dienste gegen TikTok eingeleitet hat (EU KOMMISSION 2024).

Die Freiheit der Medien ist also in allen drei Ländern gefährdet. Ökonomische Interessen verhindern eine umfassende und unabhängige Berichterstattung. Inseratenkorruption ist gang und gäbe (LAUK 2008). Bis heute sind die mittel- und osteuropäischen Mediensysteme stark von der Regierung, politischen Parteien, Einzelpersonen und Wirtschaftsunternehmen kontrolliert; zivilgesellschaftliche Organisationen, religiöse und ethnische Minderheiten haben deutlich weniger Einfluss (GROSS 2004). Laut Reporter ohne Grenzen belegt Rumänien Platz 49 auf der Rangliste der Pressefreiheit, Bulgarien Platz 59 und Ungarn Platz 67 (RWB 2024b).

Theoretischer Rahmen

Der Ansatz der »hierarchy-of-influences« (REESE 2001; SHOEMAKER/REESE 1996) bietet einen geeigneten Rahmen für die Untersuchung all jener Faktoren, die die Nachrichtenbeschaffung der Auslandskorrespondent:innen und ihr Rollen(selbst-)verständnis prägen. Shoemaker und Reese (1996) haben fünf Ebenen des Einflusses auf die Nachrichtenproduktion identifiziert: die *individuelle*, die *routinemäßige*, die *organisatorische*, die *außermediale* (später umbenannt in »soziale Institutionen«) und die *ideologische* Ebene. Diese Ebenen wirken getrennt und sind zugleich in einem »web of interconnected forces« (REESE 2001: 179) miteinander verschränkt.

Die *individuelle* Ebene des Einflusses umfasst Faktoren wie Demografie, Bildung, Ausbildung, Berufserfahrung, Kreativität, Einstellungen, berufliche Werte und Normen sowie den Grad der Autonomie von Journalist:innen. Sie verdeutlicht, dass sich Journalist:innen in ihrer Berufsauffassung unterscheiden und dass es unterschiedliche Berufsverständnisse innerhalb und jenseits nationaler Kulturen gibt. Sie lässt auch erkennen, wie sich Journalist:innen an die existierenden Bedingungen anpassen, um ihren Job machen zu können (REESE/SHOEMAKER 2018). Auf der *individuellen Ebene* wirksam ist die Objektivitäts-Norm. Sie soll zu einer Trennung von Fakten und Meinungen führen und Journalist:innen dazu bringen, verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen und gerade auch in politischen Auseinandersetzungen fair zu berichten (SCHUDSON 2001).

Die Ebene der *Routinen* berücksichtigt den Einfluss beruflicher Regeln, Normen und Verfahrensweisen sowie Bedingtheiten durch Raum, Zeit und Technik. Letztere können Journalist:innen nicht immer kontrollieren. Erforscht werden »those unstated rules and ritualized enactments that are not always made explicit« (REESE/SHOEMAKER 2018: 399).

Auf der *organisatorischen* Ebene beeinflussen die redaktionelle Linie, die Größe des Unternehmens, Führungsstile und Finanzierungsmöglichkeiten die Art und Weise der Nachrichtenbeschaffung und -aufbereitung.

Von großer Bedeutung ist die *extra-mediale* Ebene jenseits des Journalismus. Sie umfasst Regierungen, PR- und Werbeagenturen, Technologiekonzerne und weitere einflussreiche Unternehmen. Reese und Shoemaker (2018) legen dar, wie auf dieser Meso-Ebene wirtschaftliche, politische und kulturelle Mächte wirken und institutionelle Grenzen verschwimmen. Die extra-mediale Ebene steht in Verbindung mit der Art und Weise, wie Journalist:innen das von ihnen produzierte Wissen als wertvoll rechtfertigen sowie mit den Praktiken, die sie anwenden, um »Wahrheit« zu bestimmen – ein Rahmen, der als journalistische Epistemologie bezeichnet wird (EKSTRÖM 2002).

Auf der Ebene *der sozialen Systeme* schließlich wird erforscht, wie Medieninstitutionen innerhalb größerer, soziale und nationale Grenzen überschreitender Systeme funktionieren. So haben Studien gezeigt, dass sich Medien wie das Fernsehen oder Online-Nachrichten an globale Standards anpassen, während der Printbereich stärker auf kulturelle Besonderheiten abstellen kann (REESE/SHOEMAKER 2018).

Methode

Für diese Studie wurden Interviews mit Journalist:innen aus drei mitteleuropäischen Ländern – Bulgarien, Ungarn und Rumänien – geführt. Von Interesse waren Faktoren, die die Unabhängigkeit der Berichterstattung beeinträchtigen und die Rolle, in der sich Journalist:innen sehen, wenn sie für das Publikum in ihren Heimatländern über den Krieg berichten. Das relativ kleine Sample besteht aus elf Journalist:innen, zehn Männern und einer Frau. Vier sind aus Bulgarien, vier aus Ungarn und drei aus Rumänien. Dass nur eine Journalistin (A) befragt wurde, liegt u. a. daran, dass die Medienunternehmen hauptsächlich männliche Korrespondenten in die Ukraine entsenden.

Die elf Befragten aus Bulgarien, Ungarn und Rumänien arbeiten als Reporter:innen, Fotograf:innen, Videofilmer:innen und Multimedia-Journalist:innen. Wir verwenden für sie den Begriff »Auslandskorrespondent:innen« und meinen damit Reporter:innen, die ein fremdes Land besuchen oder sich dort länger aufhalten, um über die Geschehnisse zu berichten, und auch Mitarbeiter:innen etablierter Medienunternehmen, die ein Auslandsbüro unterhalten (HAMILTON/JENNER 2004). Die von uns Befragten sind für öffentliche und private Medien (Fernsehen, Radio, Printmedien und Internet) tätig. Wir nennen ihre Namen nicht, sondern verwenden Abkürzungen bzw. Großbuchstaben (siehe Tabelle 1), um ihre Identität zu schützen. Die Rundfunkjournalist:innen arbeiteten in Teams mit Videofilmer:innen und Fahrer:innen. Die Journalist:innen, die für Websites arbeiten, waren allein vor Ort in der Ukraine. Einige der Befragten waren bereits seit Beginn des Konflikts und damit seit Monaten dort, andere erst seit wenigen Wochen. Vier Interviews fanden persönlich statt, sieben wurden zwischen Juli 2022 und Juni 2023 per Zoom geführt. Die Gespräche dauerten jeweils zwischen einer und drei Stunden; sie wurden aufgezeichnet und transkribiert. Sechs der Interviews wurden auf Englisch geführt, vier auf Bulgarisch, eines auf Rumänisch, letztere wurden ins Englische übersetzt.

Ergebnisse

Die Berichterstattung aus der Ukraine unterscheidet sich erheblich von der aus anderen Ländern, aus denen die Korrespondent:innen zuvor berichtet hatten. Wir betrachten im Folgenden verschiedene Ebenen.

Individuelle Ebene

Acht der elf Befragten waren vor dem Krieg noch nie in der Ukraine gewesen. Sie berichteten nun aufgrund des Krieges erstmals aus und über das Land. Nur zwei, beide aus Ungarn, hatten bereits über einen größeren Krieg berichtet; genauer über den Bosnienkrieg (1992-1995) und/oder den Krieg in Afghanistan (2001-2021). Die meisten Berichtersteller:innen wurden ohne besondere Kenntnisse über Kriegs- und Krisenjournalismus in die Ukraine entsandt. Sie mussten sich auf die Herausforderungen vor Ort einstellen, auf die Gefahren ebenso wie auf den Umgang mit Desinformation und Propaganda.

Alle elf Befragten gaben an, dass sie bei der Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine versuchten, objektiv zu bleiben, wenn sie vor Ort Informationen für ihre Heimatländer aufbereiteten. Sie bemühten sich, zwischen Fakten und Meinungen zu unterscheiden, verschiedene Perspektiven einzunehmen und politische Positionen fair darzustellen. Dennoch waren sie auf persönlicher und beruflicher Ebene nicht neutral (SCHUDSON 2001). Die Journalist:innen wollten, dass die Ukraine den Krieg gewinnt. Ein ungarischer Journalist (I) erklärte den Unterschied zwischen Neutralität und Objektivität:

»I am not neutral. I'm supporting Ukraine in this war, but I'm trying to be objective. So, yes, this is a special time for journalists. And I am aware, as I was saying this through the black and white story which is quite rare even in human history.«

Ein rumänischer Journalist (F) sagte, er versuche, seine Objektivität zu bewahren, gab aber zu, dass der Krieg Auswirkungen auf seine Arbeit hat. Er meinte, im Krieg sei das normal, »you have to choose a side, even as a journalist, even though you have to be impartial«. Ein anderer rumänischer Journalist (E) erklärte, er versuche, vor Ort in der Ukraine ausgewogen zu bleiben, aber das sei nicht möglich. Er meinte, seine Berichterstattung sei »pro-ukrainisch«. Rumänische Medien hätten eine »pro-Ukrainian speech«, weil die Ukraine überfallen worden sei, »it's hard not to be on the Ukrainian side«.

Die Korrespondent:innen hinterfragten auch die Rolle Russlands in dem Konflikt. Einige erklärten, dass sie russische Perspektiven in Form von Erklärungen der Regierung in Moskau übernahmen, die sie auch von führenden westlichen Nachrichtenagenturen erhielten. Andere sagten, dass ihre Berichte aus der Ukraine die russische Sicht nicht enthielten. Einige, z. B. ein ungarischer

Reporter (H), stellten die Notwendigkeit in Frage, die russische Seite zu berücksichtigen:

»I try to show the audience that this is an aggressive war against Ukraine [...] and I keep repeating in my stories that this is a black-and-white story. So, we have an aggressor, and we have a country which has been attacked. This country was attacked because of territorial claims by Russia and the imperial beliefs of Russia. So probably the audience can feel that I'm on the side of the country that has been attacked.«

Einige Befragte erklärten, dass sie gerne von Russland aus über die russische Seite des Krieges vor Ort berichten würden, die Moskauer Behörden ihnen jedoch keine Visa für die Einreise erteilten. Sie befürchteten auch, dass ihr Leben in Gefahr sei, wenn sie von Russland aus über den Krieg berichteten, und dass sie möglicherweise nie wieder in ihre Heimatländer zurückkehren könnten. Sie verwiesen auf die jüngsten Fälle internationaler Journalist:innen, die aufgrund des Gesetzes über ausländische Agenten ins Gefängnis kamen. Das Gesetz »criminalizes objective reporting about the war in Ukraine« (FLACKS 2022). Die Korrespondent:innen erklärten auch, dass sie von der ukrainischen Regierung als russische »Spione« betrachtet würden, wenn sie aus Russland berichteten, und dass sie dann nicht in die Ukraine zurückkehren könnten.

Ebene der Routinen

Die Befragten gaben an, dass sie sich auf Informationen aus internationalen Medien und von Nachrichtenagenturen verließen. Sie nannten u. a. CNN, die *New York Times*, Reuters, Associated Press, BBC, Sky News, France 24, meinten jedoch, dass selbst führende internationale Agenturen ungenaue Informationen veröffentlichen könnten. Bulgarische Medien bezogen sich auf einen Bericht der Agentur Reuters, in der es um einen Friedhof für getötete ukrainische Soldaten in der Stadt Irpin ging. Die bulgarischen Korrespondent:innen in der Ukraine beschlossen, dorthin zu fahren. Als sie in Irpin waren, stellte sich die Situation aber anders dar als in dem Reuters-Bericht. Es kamen Zweifel auf und der bulgarische Journalist (D) beschloss, darüber nicht zu berichten:

»It looks incredibly photogenic, some thousands of graves that are freshly dug with crosses and with wreaths. [...] However, when you start walking around the cemetery, you see that these graves, although they are fresh, are from last year and the year before. We took pictures, but then we didn't broadcast and produce anything.«

Auch andere Befragte meinten, dass sie ukrainischen Medien eher nicht vertrauen, weil sie patriotisch-voreingenommen sein könnten. Ein ungarischer Journalist (G) erzählte, dass sich die Vorgaben für die Medien verändert hätten. Schließlich befände sich die Ukraine im Krieg und aus ukrainischer Sicht dürfe Medienberichterstattung nicht der Gegenseite nützen. Er hat dafür Verständnis:

»I don't blame them for that. Journalists are now becoming activists in Ukraine, which is also a natural thing. I mean, patriot activism. And some of them are trying to show their patriotism by writing Russian names not with a capital letter at the beginning, so writing Putin with a small »p« in their articles.«

Zu den vertrauenswürdigen nationalen Quellen zählten die Befragten die ukrainische Nachrichtenagentur *Ukrinform*, den *Kyiv Independent* und die *Kyiv Post*. Eine bulgarische Reporterin (A) erklärte, sie vertraue ihnen, weil sie von anderen Journalist:innen gehört habe, dass sie vertrauenswert seien. Desweiteren nannten die Journalist:innen Soziale Medien und da insbesondere x (vormals Twitter) als wichtige Informationsquelle. Da könnten sie die neuesten Entwicklungen verfolgen oder auch lokale Informationen überprüfen. Ein ungarischer Journalist erzählte, er folge mehreren x-Accounts von Journalist:innen, die für internationale Nachrichtensender arbeiteten und in der Ukraine vor Ort waren, sowie den Accounts führender internationaler Medien, um vertrauenswürdige Informationen zu finden, denn »propaganda is big in Ukraine, and it's obvious«.

Messenger-Dienste wie WhatsApp, Viber und Telegram sind für die Journalist:innen ebenfalls wertvolle Quellen. Sie nutzen sie häufig zur Kommunikation mit Kolleg:innen, Institutionen und Organisationen. Telegram ist laut der Befragten die Hauptquelle für Echtzeitinformationen über den Krieg und wichtigste Plattform für politische Diskussionen. Sie meinten jedoch, dass die Informationen in Telegram nicht immer verlässlich seien. Ein ungarischer Reporter erklärte, dass die Kanäle auf Telegram, die sich auf den Krieg beziehen, parteiisch sein könnten, aber er nutze die App, um Informationen von ukrainischen und russischen Offiziellen zu erhalten.

Fixer spielen für die Korrespondent:innen eine überaus wichtige Rolle. Entscheidend sei in der Zusammenarbeit an äußerst gefährlichen Orten gegenseitiges Vertrauen.

Die bulgarische Reporterin (A) erzählte, dass sie auf einen Dolmetscher verzichten konnte, weil der Kameramann halb Ukrainer, halb Russe ist. Dennoch hätte sie sich mehr Unterstützung vor Ort gewünscht. Die Medien aber, für die sie arbeitete, stellten allerdings keine Fixer oder Dolmetscher ein, um Geld zu sparen.

»You cannot do it without a local because you don't have the contacts. You may try to find the contacts, but you don't know the people. You don't know the customs. You don't know the background. For the personal stories, you have to go in search of them. And if you have a fixer, you don't waste the time to go and look for the stories.«

Die Reporterin führte aus, dass es ohne Fixer und Dolmetscher:innen schwer sei, Entscheidungsträger zu interviewen oder mit Ukrainer:innen in Kontakt zu kommen, die Interessantes zu berichten haben. Ein bulgarischer Journalist (B) meinte, ein lokaler Fixer sei wichtig, um durch das Land zu reisen, da es

vielerorts ukrainische Militärkontrollpunkte gebe. Für die Kontrollpunkte verlangten die Militärs einen Presseausweis oder ein Passwort. Er erklärte:

»The fixer can have a password key. For example, with our fixer around the checkpoints in Kyiv, there's a passcode, and it changes every day, and he knew it every day. One of the days, I remember the password was ›storm‹ and ›bee.‹ We stop at a checkpoint, and he just says ›storm‹ and ›bee‹ and we move on.«

Die Rolle der ukrainischen Fixer wurde unterschiedlich beschrieben. Ein ungarischer Journalist (I) sprach von einem »co-journalist« und hob hervor, dass der Fixer mehr Wissen als er über die soziale und politische Dynamik in der ukrainischen Gesellschaft hat. Ein rumänischer Journalist (F) bezeichnete den Fixer, mit dem er zusammenarbeitete, als Verhandlungsführer und schilderte, wie er und sein Team von der ukrainischen Polizei aufgegriffen wurden, weil sie keine Presseausweise hatten. Sie waren Stunden lang in Gewahrsam. Der Fixer sprach mit der Polizei, und die Journalist:innen wurden freigelassen. Ein ungarischer Journalist (H) erklärte, dass sein Fixer, der vor dem Krieg Marketingmanager gewesen war, Zugang zu Quellen herstellte, indem er ihnen erzählte, dass der Korrespondent für eines der wenigen unabhängigen Medienunternehmen in Ungarn arbeite. Der Journalist (H) sagte: »After establishing this communication with the fixer, it worked out perfectly.«

Bei der Anstellung eines Fixers berücksichtigen die Journalist:innen bestimmte Kriterien. Ein ungarischer Journalist (H) meinte, er suche nach einer verantwortungsbewussten Person, die nicht pro-russisch sei und über gute Kontakte zu den ukrainischen Behörden verfüge. Einige Korrespondent:innen gaben zu, dass sie ukrainischen Fixern nicht trauten, da diese versuchten, die Berichterstattung zu beeinflussen. Sie hielten Fixer für Patrioten, die nicht objektiv seien. Korrespondent:innen, die Russisch oder Ukrainisch sprachen, sagten, sie zögen es vor, keine Fixer einzusetzen. Ein langjähriger ungarischer Journalist (K) sagte, er arbeite nicht mit Fixern zusammen, weil er glaubte, dass »they have their agenda« und sich nicht an journalistische Standards hielten. Ein bulgarischer Reporter (B) erzählte, seine Fixerin in Mariupol sei eine Studentin, sie sei »very influenced by what was happening in Ukraine, and she was not impartial«.

Organisatorische Ebene

Die Befragten gaben an, dass sich die Art der erhaltenen Aufträge im Laufe der Zeit änderte. In den ersten Kriegswochen waren Liveberichte gefragt. Später waren die entsendenden Medienunternehmen eher an Hintergrundberichten und Reportagen interessiert. Journalist:innen, die für kleinere Medien, vor allem für Websites in Rumänien, Ungarn oder Bulgarien arbeiteten, produzierten Videos, Multimedia-Stories (mit Fotos, Videos und Text) sowie Dokumentationen.

Zu Beginn des Krieges lieferten die Rundfunkjournalist:innen zwischen zehn und 15 Live-Sendungen pro Tag. Die bulgarische Reporterin (A) erzählte, ihr Medium hätte sie gebeten, eine Live-Sendung zu machen, während sie an einer Tankstelle in Moldawien warteten und nach einem wc suchten. Sie sollten schildern, »how the road out of Ukraine is«. Ein bulgarischer Journalist (C) erzählte, wie er und ein Reporter den Kriegsbeginn in Kiew erlebten. Sie produzierten nur wenige Berichte, weil sie sich auf Live-Übertragungen konzentrierten. Sein Medienunternehmen hatte das Team aufgefordert, alle 30 Minuten live zu senden. Ein rumänischer Reporter (G) erklärte, dass er in den ersten Tagen des Krieges mindestens zehn Live-Übertragungen pro Tag aus der Ukraine sendete. Sein Sender drängte ihn, dramatische Berichte zu produzieren, z. B. über Bombardierungen und die Zerstörung von Gebäuden und Schutzräumen.

Journalist:innen, die für Zeitungen und Online-Anbieter arbeiteten, gaben an, dass sie in der Ukraine vor allem »Standard«-Nachrichten produzierten. Sie unterteilten ihre Berichte in zwei Arten: entweder über die Auswirkungen des Krieges auf die ukrainische Bevölkerung oder von der Frontlinie des Konflikts. Bei den ersteren berichteten sie über Krankenhäuser und darüber, ob die Menschen Zugang zu Nahrung, Wasser, Unterkünften und medizinischer Versorgung hatten. Bei den letzteren reisten sie in den Osten der Ukraine, an die Front und in Städte wie Bachmut und Charkiw. Sie berichteten über militärische Erfolge, den Widerstand der Ukrainer:innen und über Zivilisten, die nach Kriegsbeginn zu Soldaten wurden.

Die Korrespondent:innen konzentrierten sich darauf, persönliche Geschichten und Erlebnisse zu erzählen. Das sei ein Weg, Propaganda zu vermeiden. Ein ungarischer Korrespondent (G), der für eine kleine, unabhängige Website arbeitet, sagte, seine Geschichten konzentrierten sich auf Ukrainer:innen, die den Krieg aus erster Hand miterlebt hatten, »people who witness history, what happened [...] and from their story, you will have a nice and colorful media coverage«. Er fügte hinzu, dass sich sein Fokus von dem größerer Medien unterschied, die Informationen zum Kriegsverlauf brachten, offizielle Vertreter:innen der Ukraine interviewten und Live-Übertragungen vor Ort machten.

Auch berichteten die Befragten über die in der Ukraine lebenden Menschen aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Für die heimischen Medien hätten solche Diaspora-Beiträge oberste Priorität, da so das Ausmaß des Krieges nachvollziehbar würde.

Extra-mediale Ebene

Die befragten Korrespondent:innen trauten nicht allen von den ukrainischen Behörden veröffentlichten Informationen. So wurden für Journalist:innen Reisen in Städte und Dörfer organisiert, in denen russische Militärs Zivilist:innen

getötet und Häuser zerstört hatten. Ein bulgarischer Journalist (D) berichtete über eine solche vom ukrainischen Innenministerium organisierte Reise. Als er am Ort ankam, war er überrascht, denn die Behörden zeigten ihm zwei Leichen, die in einem Hof vergraben waren, und teilten ihm mit, dass jede:r Medienvertreter:in fünf Minuten Zeit gehabt habe, die Szene zu filmen. Der bulgarische Journalist weigerte sich, die Geschichte zu berichten, weil er sie für ukrainische Propaganda hielt:

»I said to my colleague (videographer): This is the first time I have seen such a thing; it is not OK to report on here. [...] I can easily say it is propaganda, and it probably is. Channeling of information from the authorities. Accordingly, if you check that day – I can check the date and go into the archives – it will be clear that everybody gave the same report, the media of the world.«

Die Befragten erklärten, dass es sich bei der Propaganda in der Regel um Informationen über die Siege der ukrainischen Streitkräfte an der Front, über russische Massaker und über Gewalt gegen die ukrainische Bevölkerung handele. Es gebe Fälle, in denen die ukrainischen Behörden Berichterstattung verhindern wollten, weil sie befürchteten, dass daraus ein Vorteil für die russischen Streitkräfte entstehen könnte. Ein ungarischer Journalist (G) hatte einen Bahnhof gefilmt, der von einer russischen Rakete getroffen worden war. Daraufhin habe ihn die ukrainische Polizei einige Stunden lang festgehalten.

»I was told not to take pictures. But, of course, I'd have to do it because that's why I went there. And it was, it was already ruined, so there was no complete information.«

Der ungarische Journalist wie auch die meisten anderen Befragten zeigten Verständnis für die Einschränkungen ihrer Arbeit durch die ukrainischen Behörden vor Ort, schließlich befinde man sich im Krieg. Dabei handele es sich auch um einen Informationskrieg zwischen der Ukraine und Russland. Ein rumänischer Journalist (E) sprach von gezielter Nachrichtenauswahl:

»The information they [the Ukrainian government] give us is not complete. I don't think they give us fake news, but I do think they don't give us the whole information.«

Sozialsystemische Ebene

Laut der befragten Journalist:innen ist die Ukraine-Berichterstattung wichtig, weil so die Öffentlichkeit in ihren Heimatländern über die neuesten Entwicklungen in dem Konflikt informiert werde und weil sie wissen müsse, wie Ukrainer:innen den Krieg und die Folgen russischer Aggression erleben. Sie sind der Auffassung, dass umfassende Berichterstattung wegen des russischen Einflusses und der Verbreitung russischer Propaganda in ihren Heimatländern unerlässlich sei.

So habe der russische Einfluss besonders in Ungarn und Bulgarien seit Kriegsbeginn zugenommen, die Bevölkerung sei in Bezug auf den Konflikt gespalten. Die vier ungarischen Journalist:innen nannten als Gründe für diese Spaltung, dass die führenden Medien ihres Landes pro-russisch seien und über den Krieg in der Ukraine nicht unabhängig berichteten:

»The Hungarian government is too close to Russia. And you can find a lot of proof in Hungarian public tv and media coverage that it is very biased towards the Russians, and it is very difficult to fight against this propaganda, unfortunately.«

Ein anderer ungarischer Korrespondent (K) erläuterte, dass die führenden Medien seines Landes darüber berichteten, »how the Russians are winning«, »how good are the Russians«, und »how Ukrainian President Volodimir Zelensky is a puppet of the United States«. Es gäbe nur wenige unabhängige, kritische Medien. Sie aber, so meinte ein anderer der Kriegskorrespondenten, hätten Schwierigkeiten, die Entsendung von Reporter:innen in die Ukraine zu finanzieren. Ein rumänischer Journalist (G) schilderte die Stimmung in seinem Land als geprägt von der Angst, Russland könne auch Rumänien angreifen, wenn die Ukraine verliere. Rumänien habe die Ukraine von Beginn des Krieges an unterstützt und es werde, auch von seinem Medium, intensiv über den Konflikt berichtet:

»We hope that Ukraine wins this war because if Ukraine loses, then the Russians will be one step closer to our borders, and we do not want that to happen.«

Die Korrespondent:innen aus Ungarn und Bulgarien äußerten ebenfalls Angst vor einer Niederlage der Ukraine. Daher sei die Berichterstattung über den Krieg für die Bevölkerung in ihren Heimatländern von entscheidender Bedeutung.

Die kulturelle Nähe zur Ukraine, so ein rumänischer Journalist (F), sei von Vorteil, um Kontakte zu knüpfen und Vertrauen zu Menschen und Institutionen aufzubauen. Er sehe keine großen Unterschiede zwischen Rumänien und der Ukraine. Ein Grund dafür sei die gemeinsame Geschichte beider Länder:

»We [Romania and Ukraine] were also under Russian communist influence for 30 to 40 years. And we know the toughness of what Russia means, such as the living conditions and the living environment. We are not so different. Let's say, Romania is not as different in civilization to Ukraine as the British, France, Spain, or the United States. The difference is so small, so we can adapt much easier than Western journalists would be.«

Die osteuropäische Herkunft sei aber nicht nur von Vorteil. Einige Befragte meinten, sie hätten schwerer Zugang zu den Frontgebieten und weniger Interview-Chancen mit hochrangigen Personen als westliche Journalist:innen. Der rumänische Korrespondent (E) erzählte, wie überrascht ein CNN-Team darüber war, dass er ohne ein Team ortsansässiger Sicherheitskräfte berichtete. Die befragten Korrespondent:innen arbeiteten oft mit weniger erfahrenen lokalen Fixern zusammen, weil sie es sich nicht leisten könnten, die erfahreneren

zu engagieren. Ein ungarischer Journalist (G) unterteilte die Ortskräfte in der Ukraine in zwei Kategorien – erstklassige und zweitklassige Fixer:

»If you are a fixer and doing it for the 10th year, working with international media, it's incomparable to those fixers who have been doing it for a year since the war started. So those fixers who have been doing this since 2014 are now working for the biggest outlets, for CNN, *New York Times*, for major Western outlets. And we, average guys from small media from Central-Eastern Europe, can only have those who started this job now.«

Die führenden internationalen Medien hätten auch leichter Zugang zu ukrainischen Behörden. Ein ungarischer Journalist (κ) sprach von Ungleichbehandlung und davon, dass ukrainische Beamte lieber westliche Medien unterstützten, die mehr Reichweite haben als mittel- und osteuropäische Medien.

Diskussion

Wir haben untersucht, wie mitteleuropäische Auslandskorrespondent:innen die Einflüsse auf ihre Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine beschreiben und wie sie ihre Rolle als Mittler zwischen dem Geschehen in der Ukraine und ihren Publika zuhause wahrnehmen. Aus Sicht dieser Journalist:innen ist die Kriegsberichterstattung aufgrund der geografischen und kulturellen Nähe ihrer Länder zum Kriegsschauplatz Ukraine essentiell. Die Ergebnisse der Befragung deuten darauf hin, dass die Journalist:innen auf mehreren Ebenen Einflüsse auf ihre Arbeit erlebten: Ihr individueller Background wirkte sich darauf ebenso aus wie die Zusammenarbeit mit Fixern, die begrenzten Möglichkeiten, an Informationen vor Ort zu gelangen, die Erwartungen ihrer Arbeitgeber:innen zuhause, was gute Stories anbelangt, oder auch die politische Situation im Heimatland.

Was die *individuellen* Überzeugungen, Werte und Vorurteile der Kriegskorrespondent:innen betrifft, haben wir festgestellt, dass sie einerseits bemüht waren, objektiv zu bleiben, Fakten von Meinungen zu trennen und politisch möglichst ausgewogen zu berichten. Diese Einstellung spiegelt den hohen Stellenwert wider, den objektive journalistische Berichterstattung weltweit genießt (MUÑOZ-TORRES 2012). Andererseits sind die Journalist:innen in ihren Heimatländern verwurzelt. Die sind historisch und kulturell eng verbunden mit der Ukraine, weswegen die Befragten sich einen Sieg der Ukraine wünschten. Sie sind sowohl Mitglieder einer internationalen Berufsgemeinschaft als auch Teil einer nationalen Wertegemeinschaft (ZANDBERG/NEIGER 2005). Dieses Spannungsverhältnis zeigte sich in den Entscheidungsprozessen, etwa bei der Auswahl von Geschichten. Einige Journalist:innen gaben zu, pro-ukrainisch zu berichten und bewusst die Aufmerksamkeit der heimischen Publika auf die Situation in der Ukraine und die Gefahr für das eigene Land zu lenken. Das zeigt

auch, wie Objektivität unter Umständen in Frage gestellt wird, wenn sich die Reporter:innen von der Heimatredaktion entfernen (SCHUDSON 2001: 163).

Die *Routinen* der Ukraine-Korrespondent:innen entsprachen professionellen Regeln, Normen und Verfahren (REESE/SHOEMAKER 2018); allerdings mangelte es an Vertrauen in die Medien vor Ort. Die Befragten hielten die Berichterstattung der ukrainischen Medien für voreingenommen. Die journalistischen Regeln der Informationsbeschaffung und -überprüfung wurden durch Propaganda sowohl der ukrainischen als auch der russischen Seite herausgefordert. Auch die Glaubwürdigkeit der Berichte internationaler Medien bezweifeln die befragten Korrespondent:innen aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn; es habe Fälle gegeben, in denen die für ausländische Medien arbeitenden Journalist:innen der ukrainischen Propaganda aufgefressen seien.

Dennoch sei die Telegram-App, selbst wenn die Informationen vielleicht nicht stimmten, eine wichtige Quelle, da sowohl ukrainische als auch russische Behörden sie nutzten, um direkt über die neuesten Entwicklungen zu informieren. Ukrainische Fixer waren eine weitere wichtige Informationsquelle. Die Befragten standen den Fixern jedoch z.T. skeptisch gegenüber. Die ungarischen Journalist:innen bezeichneten sie als »biased« und als »patriots«. Frühere Untersuchungen haben bereits darauf hingewiesen, dass sich Korrespondent:innen der Gefahr bewusst sind, dass Fixer ihre eigene Agenda verfolgen und möglicherweise nicht vertrauenswürdig sind (PALMER/FONTAN 2007; MURRELL 2014).

Auf der *organisatorischen* Ebene beeinflusste die Unternehmenspolitik der entsendenden Medien, wie die Korrespondent:innen Nachrichten sammelten und aufbereiteten. Kleinere Medienunternehmen brachten mehr persönliche Geschichten, Augenzeugenberichte und Dokumentationen, auch um propagandistische Töne zu vermeiden. Größere Medienunternehmen, vor allem bulgarische und rumänische, setzten auf Live-Berichterstattung, auch um zu zeigen, dass sie Korrespondent:innen vor Ort haben. Eine solche Entscheidung auf organisatorischer Ebene ist Folge der besonderen Umstände der Nachrichtenproduktion in Kriegszeiten (REESE/SHOEMAKER 2018).

Auf *extra-medialer Ebene* erlebten die Korrespondent:innen auch Propaganda offizieller ukrainischer Stellen. Sie sollten über die Siege der ukrainischen Streitkräfte oder über russische Massaker und Gewalt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung berichten. Mancherorts mussten die Korrespondent:innen Einschränkungen hinnehmen, da die ukrainischen Behörden befürchteten, dass sonst sensible Informationen an die Russen gelangen.

Auf der Ebene der *Sozialsysteme* sind Bulgarien, Rumänien und Ungarn Staaten, die bis 1989 unter sowjetischem Einfluss standen und in den 1990er-Jahren den Übergang zur Demokratie bewerkstelligten. Mit dem Krieg gegen die Ukraine wächst der Einfluss Russlands auf diese Länder wieder. Korrespondent:innen aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn arbeiteten dagegen an, indem

sie die russische Aggression gegen die Ukraine thematisierten. In Ungarn sind pro-russische Berichte deutlich häufiger, zumal die meisten Medienunternehmen in der Hand von Gefolgsleuten Victor Orbáns sind, der öffentlich seine Unterstützung für den russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Ausdruck bringt (MILOJEVI /KRSTI 2018). Die kulturelle Nähe zwischen den Ländern der Region erleichtert es den Korrespondent:innen, sich mit der ukrainischen Bevölkerung zu identifizieren und sowohl informative wie emotionale Beiträge zu produzieren.

Zwischen der Ukraine und Russland findet nicht zuletzt ein Informationskrieg statt. Die befragten Korrespondent:innen waren mit Desinformation und Propaganda von beiden Seiten konfrontiert. Sie sahen in ukrainischen Behörden nur bedingt glaubwürdige Informationsquellen und waren z.T. skeptisch gegenüber lokalen ukrainischen Fixern. Vor allem waren sie hin- und hergerissen zwischen ihren persönlichen Überzeugungen und dem Anspruch, journalistische Standards einzuhalten. Ihre Berichterstattung ist auch deshalb von großer Bedeutung, weil der russische Einfluss auf die öffentliche Meinung in Staaten wie Ungarn und Bulgarien zunimmt.

Übersetzung: Martina Thiele mit Unterstützung von DeepL

Über die Autorinnen

Teodora Trifonova ist Doktorandin sowie Forschungs- und Lehrassistentin an der School of Journalism der University of Missouri. Sie forscht zu internationaler Kommunikation, Mediensystemen und Pressefreiheit in Ost- und Mitteleuropa. Ein Schwerpunkt ist dabei die Arbeit von Auslands- und Kriegskorrespondent:innen.

Dr. Joy Jenkins ist Professorin an der School of Journalism der University of Missouri. Soziologische Ansätze und Theorien, einschließlich Gender Media Studies, bilden die Grundlage für ihre Forschung zu Organisationen und beruflichen Rollenbildern sowie zur journalistischen Praxis, insbesondere in den Redaktionen lokaler Medien.

Literatur

BISHARA, AMAHL (2006): Local hands, international news: Palestinian journalists and the international media. In: *Ethnography*, 7(1), S. 19-46.

- BOSHNAKOVA, DESSISLAVA; DANKOVA, DESISLAVA (2023): The Media in Eastern Europe. In: PAPATHANASSOPOULOS, STYLIANOS; MICONI, ANDREA (Hrsg.): *The media systems in Europe*. Cham: Springer, S.163-190.
- COMAN, IOANA A.; KARADJOV, CHRISTOPHER (2021): Media in Central and Eastern Europe and Russia. In: DIMITROVA, DANIELA (Hrsg.): *Global Journalism: Understanding world media systems*. Ames, Iowa: Rowman & Littlefield, S. 123-134.
- DOBEK-OSTROWSKA, BOGUSLAWA (2015): 25 years after communism: Four models of media and politics in Central and Eastern Europe. In: DOBEK-OSTROWSKA, BOGUSLAWA; GŁOWACKI, MICHAŁ (Hrsg.): *Democracy and media in Central and Eastern Europe 25 years on*. Lausanne, Switzerland: Peter Lang, S. 11-45.
- EKSTRÖM, MATS (2002): Epistemologies of TV journalism. In: *Journalism*, 3(3), S. 259-282.
- ERICKSON, EMILY; HAMILTON, JOHN MAXWELL (2006): Foreign reporting enhanced by parachute journalism. In: *Newspaper Research Journal*, 27(1), S. 33-47.
- EU KOMMISSION (2024): *Pressemitteilung. Kommission leitet förmliches Verfahren nach dem Gesetz über digitale Dienste gegen TikTok wegen Risiken im Zusammenhang mit Wahlen ein*. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_6487 (17. Dezember 2024).
- EUROPEAN COMMISSION (2024): *Press Release. Commission opens formal proceedings against TikTok on election risks under the Digital Services Act*. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6487 (17. Dezember 2024).
- FONDREN, ELISABETH; HAMILTON, JOHN MAXWELL; MCCUNE, MEGHAN MENARD (2019): Parachute Journalism. In: *The International Encyclopedia of Journalism Studies*. Hoboken, New Jersey: John Wiley & Sons, S. 1-5.
- FLACKS, MARTI (2022). Russia's crackdown on independent media and access to information online. In: *Center for Strategic & International Studies*, March 30, 2022. <https://www.csis.org/analysis/russias-crackdown-independent-media-and-access-information-online> (2. September 2024).
- GROSS, PETER (2004): Between reality and dream: Eastern European media transition, transformation, consolidation, and integration. In: *East European Politics and Societies (EEPS)*, 18(1), S. 7-178.
- GRYTSAL, MARYNA (2023): Fixer im Krieg. Die unsichtbaren ortsansässigen Journalist:innen ausländischer Medien. In: *Journalistik*, 6 (3-4), S. 360-368. <https://journalistik.online/ausgabe-3-4-2023/fixer-im-krieg/> (20. Dezember 2024).
- HAMILTON, JOHN; JENNER, ERIC (2004): Redefining foreign correspondence. In: *Journalism*, 5(3), S. 259-376.
- HANNERZ, ULF (2004): *Foreign news: Exploring the world of foreign correspondents*. Chicago and London: The University of Chicago Press.
- HANNERZ, ULF (2007): Foreign correspondents and the varieties of cosmopolitan. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 33(2), S. 299-311.

- KOTIŠOVÁ, JOHANA; DEUZE, MARK (2022): Decolonizing conflict journalism studies: A critical review of research on fixers. In: *Journalism Studies*, 23(10), S. 1160-1177.
- LAUK, EPP (2008): How will it all unfold? Media systems and journalism cultures in postcommunist countries. In: JAKUBOWICZ, KAROL; SÜKÖSD, MIKLÓS (Hrsg.): *Finding the right place on the map: Central and Eastern European media change in a global perspective*. Bristol, UK: intellect, S.193-212.
- LUNDSTROM, MARIJE; MITCHELL, BILL (2002). Parachute Journalism. In: *Poynter Institute*, August 15, 2022. <https://www.poynter.org/archive/2002/parachute-journalism> (2. September 2024)
- MILOJEVIĆ, ANA; KRSTIĆ, ALEKSANDRA (2018): Hierarchy of influences on transitional journalism-Corrupting relationships between political, economic and media elites. In: *European Journal of Communication*, 33(1), S. 37-56.
- MUÑOZ-TORRES, JUAN R. (2012): Truth and objectivity in journalism: Anatomy of an endless misunderstanding. In: *Journalism Studies*, 13(4), S. 566-582.
- MURRELL, COLLEEN (2010): Baghdad bureaux: an exploration of the interconnected world of fixers and correspondents at the BBC and CNN. In: *Media, War & Conflict*, 3(2), S.125-137.
- MURRELL, COLLEEN (2014): *Foreign correspondents and international newsgathering: The role of fixers*. New York: Routledge.
- NOTHIAS, TOUSSAINT (2020): Postcolonial reflexivity in the news industry: The case of foreign correspondents in Kenya and South Africa. In: *Journal of Communication*, 70, S. 245-273.
- PALMER, LINDSAY (2018): Being the bridge: News fixers' perspectives on cultural difference in reporting the war on terror. In: *Journalism*, 19(3), S. 314-332.
- PALMER, LINDSAY (2019): *The fixers: Local news workers and the underground labor of international reporting*. Oxford: Oxford University Press.
- PALMER, LINDSAY; MELKI, JAD (2016): Shape shifting in the conflict zone, In: *Journalism Studies*, 19(1), S.126-142.
- PALMER, JERRY; FONTAN, VICTORIA (2007): Our ears and our eyes: Journalists and fixers in Iraq. In: *Journalism*, 8(1), S. 5-24.
- PLAUT, SHAYBA; KLEIN, PETER (2021): »Fixing« the journalist-fixer relationship: A critical look towards developing best practices in global reporting. In: MITRA, SAUMAVA; PATERSON, CHRIS (Hrsg.): *Reporting global while being local. Local Producers of News for Distant Audiences* (1st ed.). Oxon, UK: Routledge, S. 26-43.
- REESE, STEPHEN D. (2001): Understanding the global journalist: A hierarchy-of-influences approach. In: *Journalism Studies*, 2(2), S. 173-187.
- REESE, STEPHEN D.; SHOEMAKER, PAMELA J. (2018): A media sociology for the networked public sphere: The hierarchy of influences model. In: WEI, RAN (Hrsg.): *Advances in Foundational Mass Communication Theories*. New York, London: Routledge, S. 96-117.

- RWB (= REPORTERS WITHOUT BORDERS) (2024a): Two years of war in Ukraine: RSF welcomes progress in journalists' access to the front line. 7. Februar 2024. <https://rsf.org/en/two-years-war-ukraine-rsf-welcomes-progress-journalists-access-front-line>
- RWB (= REPORTERS WITHOUT BORDERS) (2024b). In: *World Press Freedom Index* 2024. <https://rsf.org/en/2024-world-press-freedom-index-journalism-under-political-pressure> (2. September 2024).
- RWB (= REPORTERS WITHOUT BORDERS) (2025): War in Ukraine: List of journalists who are victims gets longer by the day. 10. Januar 2025. <https://rsf.org/en/news/war-ukraine-list-journalists-who-are-victims-gets-longer-day>
- SCHUDSON, MICHAEL (2001): The objectivity norm in American journalism. In: *Journalism*, 2(2), S. 149-170.
- SHOEMAKER, PAMELA. J.; REESE, STEPHEN D. (1996): *Mediating the message*. White Plains, New York: Longman.
- STEINER, LINDA (2017): Women war reporters' resistance and silence in the face of sexism and sexual violence. In: *Media & Journalism*, 17, S.11-26.
- TUMBER, HOWARD; WEBSTER, FRANK (2006): *Journalists under fire: Information war and journalistic practices*. London: Sage.
- ZANDBERG, EYAL; NEIGER, MOTTI (2005): Between the nation and the profession: journalists as members of contradicting communities. In: *Media, Culture & Society*, 27(1), S. 131-141.
- ZHANG, XU; JENKINS, JOY (2023): Journalism idealists: Influences on freelancers in the foreign news-gathering Process. In: *Journalism Practice*, 17(6), S. 1214-1231.

Anhang

Tabelle 1
 Untersuchungssample

	Journalist:in	Geschlecht	Land	Art der Medien- organisation	Berufserfahrung
1	A	Weiblich	Bulgarien	Privat	Reporterin, 7 Jahre
2	B	Männlich	Bulgarien	Öffentlich	Reporter, 10 Jahre
3	C	Männlich	Bulgarien	Privat	Videofilmer, 24 Jahre
4	D	Männlich	Bulgarien	Privat	Reporter, 10 Jahre
5	E	Männlich	Rumänien	Öffentlich	Videofilmer, 24 Jahre
6	F	Männlich	Rumänien	Privat	Reporter, 22 Jahre
7	G	Männlich	Rumänien	Öffentlich	Reporter, 14 Jahre
8	H	Männlich	Ungarn	Privat	Reporter, 15 Jahre
9	I	Männlich	Ungarn	Privat	Reporter, 14 Jahre
10	G	Männlich	Ungarn	Privat	Reporter, 24 Jahre
11	K	Männlich	Ungarn	Privat	Reporter, 25 Jahre

Aufsatz

Roxane Biller / Seraina Cadonau / Marion Frank

Diversity im Journalismus

Eine empirische Analyse von Geschlecht, Alter und Herkunft im deutschen Zeitungsjournalismus

Abstract: Für vielfältige und sensible journalistische Berichterstattung braucht es personelle Diversität in den Redaktionen. Vorangegangene Studien (vgl. u. a. NIGGEMEIER 2018; HASEBRINK et al. 2021; SPILLER 2018) zeigen die Relevanz der Thematik. Forschungsleitende Frage dieses Beitrages ist, ob die Zusammensetzung von Zeitungsredaktionen so divers ist, dass sie die Bevölkerung widerspiegelt. Dabei stehen die drei Diversitätsmerkmale Geschlecht, Alter und Herkunft im Mittelpunkt. Das Interesse gilt auch den Unterschieden zwischen Zeitungen verschiedener politischer Ausrichtung und zwischen den Ebenen Redaktion und Führungsposition. Insgesamt konnten 1503 Datensätze aus sechs Zeitungsredaktionen überregionaler Publikationen ausgewertet werden, die aus öffentlichen Sekundärdaten in Ergänzung persönlich abgefragter Primärdaten erhoben wurden. Die Auswertung ergibt, dass junge Menschen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Frauen im deutschen Zeitungsjournalismus unterrepräsentiert sind. Zusammenhänge wurden zwischen der politischen Ausrichtung und der Herkunft der Mitarbeitenden sowie zwischen der Hierarchieebene und der Altersstruktur festgestellt. Folglich sind deutsche Zeitungsredaktionen derzeit nicht ausreichend divers besetzt.

Keywords: Diversität, Zeitungsjournalismus, Geschlecht, Alter, Herkunft

In demokratischen Systemen kommt dem Journalismus die Rolle zu, verschiedenen Rezipient:innen durch vollständige, sachliche und verständliche Informationen ein selbständiges Abwägen von Argumenten und freie Meinungsbildung zu ermöglichen (vgl. NEUBERGER/KAPERN 2013: 81; WELLBROCK/KLEIN

2014: 407). Zudem soll er Kritik und Kontrolle ausüben sowie bilden und unterhalten. Der Wert journalistischer Arbeit für die Demokratie hängt von der Einhaltung journalistischer Qualität ab. Wellbrock und Kleins (2014) Kriterien für journalistische Qualität beinhalten unter anderem Aktualität, Relevanz, Richtigkeit, Wahrhaftigkeit, Transparenz, Ethik und Rechtmäßigkeit (vgl. WELLBROCK/KLEIN 2014: 391). In Fragen der Ethik und Relevanz kann Objektivität nur durch Perspektivenvielfalt gewährleistet werden. Darüber hinaus lassen sich kulturelle und soziale Unterschiede durch die empathische Darstellung verschiedener Lebenslagen und -weisen einzelner gesellschaftlicher Gruppen verdeutlichen (vgl. HASEBRINK 2016: o.S.). Bisher dominieren stereotype Bilder zum Beispiel von Migrant:innen in den Tageszeitungen (vgl. LÜNENBORG et al. 2011: 104-106). Der Journalismus braucht Vielfalt, um die volle Bandbreite an Lebensrealitäten abdecken und ansprechen zu können. Er dient als Spiegelbild der Gesellschaft und Mediator zwischen den Schichten und Strömungen. Um Perspektivenvielfalt einzuhalten sowie Diskriminierung und Vorurteilen vorzubeugen, ist es notwendig, sich mit dem Diversitätsbegriff auseinanderzusetzen.

Die zentrale Forschungsfrage lautet: *Inwieweit ist eine diversitätsgerechte Verteilung der Merkmale Geschlecht, Alter und Herkunft unter Journalist:innen in deutschen Zeitungsredaktionen aktuell vorhanden?*

Aus dieser Leitfrage wurden zwei Unterfragen und Hypothesen abgeleitet, um mögliche Zusammenhänge mit der politischen Ausrichtung einer Zeitung und der Hierarchieebene zu prüfen.

Der englische Begriff »diversity« wird im Deutschen meist mit »Diversität« und »Vielfalt« übersetzt (vgl. ZANONI/JANSENS 2003; MENSI-KLARBACH/HANAPPI-EGGER 2018). Darunter versteht man die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Individuen innerhalb von Gruppen (vgl. HANAPPI-EGGER 2012: 178; HARRISON/SIN 2006: 191ff.). Sie lässt sich mit verschiedenen Sozialkategorien, wie beispielsweise Geschlechterzugehörigkeit, Alter, Ethnizität, sexueller Orientierung oder Religion, untersuchen (vgl. HANAPPI-EGGER 2012: 178). Das Diversity-Modell der Charta der Vielfalt¹⁾ (2021a) beinhaltet sieben Kern-Dimensionen sowie äußere und organisationale Dimensionen und soll die Vielfalt in einer Organisation fassbar machen. Diese Dimensionen wurden in Anlehnung an Gardenswartz und Rowe (1994) entwickelt und an aktuelle Gegebenheiten angepasst. Dazu gehören vor allem Alter, Geschlecht und Geschlechtliche Identität (Geschlecht) sowie Ethnische Herkunft und Nationalität (Herkunft) (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 6). Sie sind am engsten mit der Persönlichkeit eines

1 Die Charta der Vielfalt ist ein gemeinnütziger Verein, der im September 2010 gegründet wurde. Sie ist eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen/Institutionen und setzt sich für ein vorurteilsfreies Arbeitsumfeld ein. Die Charta der Vielfalt steht unter der Schirmherrschaft von Angela Merkel. Mit der Unterzeichnung der Urkunde verpflichten sich Arbeitgeber:innen zur Förderung von Chancengleichheit, Vielfalt und Wertschätzung (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021b).

Individuums verbunden und wurden für diese Studie ausgewählt, da sie transparent gehandhabt werden und daher eine vollständige Datenerhebung ermöglichen. Die weiteren Kerndimensionen lauten: Körperliche und geistige Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, Sexuelle Orientierung, Soziale Herkunft (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 6).

Die vorliegende Arbeit beruht auf einer Erhebung zu Diversity im deutschen Zeitungsjournalismus (n=1.503) im Jahr 2021. Die Daten setzen sich zum einen aus online abrufbaren Sekundärdaten über Mitarbeiter:innen von Zeitungsredaktionen und zum anderen aus direkt angefragten Informationen (Primärdaten) zusammen. Für die Datenanalyse wurden statistische Methoden, wie ein Chi-Quadrat-Test und ein Levene Test, genutzt.

Diversity im Journalismus: Stand der Forschung

In dem Band von Hanitzsch, Seethaler und Wyss wurden Daten von 2502 Journalist:innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz ausgewertet (vgl. HANITZSCH et al. 2019: 20). Der Anteil von Frauen in der deutschen Stichprobe lag bei 40 Prozent, was einen leichten Anstieg im Vergleich zu einer Studie aus dem Jahr 2005 bedeutet (vgl. DIETRICH-GSENGER/SEETHALER 2019: 53f.). Hier lag der Frauenanteil noch bei 37 Prozent (vgl. WEISCHENBERG et al. 2006: 268). Frauen, die mehr als 15 Jahre Berufserfahrung hatten, machten in der deutschen Stichprobe nur 30 Prozent aus (vgl. DIETRICH-GSENGER/SEETHALER 2019: 58). Journalisten hatten im Schnitt 22 Jahre und Journalistinnen nur etwa 16 Jahre Berufserfahrung – unabhängig von der Mediengattung (vgl. DIETRICH-GSENGER/SEETHALER 2019: 59). Mit Blick auf die Hierarchieebene erkannten Dietrich-Gsenger und Seethaler (2019: 53), dass Frauen nur etwa ein Fünftel der Führungspositionen einnahmen, wie beispielsweise die Chefredaktion oder ähnliche Funktionen. Am geringsten fiel der Frauenanteil mit 31,7 Prozent in Zeitungsredaktionen aus. 48,7 Prozent hingegen gaben an, für Zeitschriften zu arbeiten, und 50 Prozent erklärten, in Online-Redaktionen beschäftigt zu sein (vgl. DIETRICH-GSENGER/SEETHALER 2019: 55).

Das durchschnittliche Alter der deutschen Stichprobe lag zum Zeitpunkt der Erhebung bei 46 Jahren (vgl. DIETRICH-GSENGER/SEETHALER 2019: 57), während es 2005 noch bei 41 Jahren lag (vgl. WEISCHENBERG et al. 2006: 268). In der deutschen Stichprobe waren die bis 29-jährigen Journalist:innen mit einem Anteil von 7 Prozent am schwächsten vertreten. Mit 40 Prozent am häufigsten vertreten waren die Proband:innen aus der Altersgruppe 50+ (vgl. DIETRICH-GSENGER/SEETHALER 2019: 57). Ein Altersunterschied ließ sich auch zwischen Männern und Frauen erkennen. Die weiblichen deutschen Befragten waren im Schnitt etwa 4,5 Jahre jünger als ihre männlichen Kollegen. Aus der Studie von

Dietrich-Gsenger und Seethaler (2019: 58) ergab sich zudem ein leichter Anstieg von Frauen vor allem in der Altersgruppe 26 bis 35 Jahre. In den höheren Altersklassen blieb der Frauenanteil unverändert niedrig.

ProQuote²¹ untersucht in regelmäßigen Abständen die Geschlechterverteilung in journalistischen Führungspositionen und bezieht sich dabei jeweils auf ein einzelnes Mediensegment, wie zum Beispiel Zeitungen. Aus der Studie von 2019 geht hervor, dass der Anteil von Frauen in der Position als Chefredakteur:in oder stellvertretende Chefredakteur:in von regionalen Zeitungen nur bei 11,7 Prozent liegt (vgl. VON GARMISSEN/BIRESCH 2019: 9). Dabei werden Frauen öfter in der Position der Stellvertretung eingesetzt, und drei der acht Chefredakteurinnen besetzen diese Position gemeinsam mit einem männlichen Kollegen. Somit waren in der Stichprobe von ProQuote nur in fünf der 100 Zeitungen Frauen alleinige Chefredakteurinnen (vgl. VON GARMISSEN/BIRESCH 2019: 9). ProQuote führte bereits 2016 die gleiche Untersuchung durch und konnte einen leichten Anstieg des Frauenanteils in Chefredaktionen von regionalen Zeitungen im Zeitraum von 2016 bis 2019 erkennen (vgl. VON GARMISSEN/BIRESCH 2019: 11). Weiter untersuchte ProQuote die Geschlechterverteilung auf der Führungsebene überregionaler Zeitungen unter Berücksichtigung der politischen Ausrichtung (vgl. VON GARMISSEN/BIRESCH 2019: 66f.). Dabei wurde deutlich, dass allein die links-alternative *tageszeitung (taz)* 2019 gleich viele Frauen wie Männer in Führungspositionen beschäftigte (vgl. VON GARMISSEN/BIRESCH 2019: 18). Darauf folgen die linksliberalen Zeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *Die Zeit* (vgl. KÄPPNER/MAYER 2020: o.S.). Die Boulevardzeitung *Bild* hatte mit 27,7 Prozent weniger als ein Drittel der Führungspositionen mit Frauen besetzt. In den beiden bürgerlich-konservativen Zeitungen *Die Welt* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* waren nur etwa 20 Prozent der Führungskräfte Frauen. Die reine Wirtschaftszeitung *Handelsblatt* bildete das Schlusslicht in der Untersuchung (vgl. VON GARMISSEN/BIRESCH 2019: 18).

Wichtige Erkenntnisse im Hinblick auf die Herkunft bringt eine Studie des Vereins Neue deutsche Medienmacher:innen aus dem Jahr 2020. Die Untersuchung von Boytchev et al. zeigt, dass Journalist:innen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert sind. Von den 126 befragten Chefredakteur:innen waren 118 Deutsche ohne Migrationshintergrund. Lediglich acht Proband:innen hatten einen Migrationshintergrund, jedoch niemand einen außer-europäischen (vgl. BOYTCHEV et al. 2020: 9f.). Weiter verdeutlichen die Studienergebnisse, dass zur Zeit der Untersuchung in deutschen Medienhäusern keine Klarheit über die Diversität der Journalist:innen bestand. Von 122 befragten Redaktionen antworteten lediglich 56 auf die Frage, ob der Anteil von Journalist:innen mit

2 ProQuote ist ein Verein, der sich für eine höhere Frauenquote in Führungspositionen im deutschen Journalismus engagiert (vgl. <https://www.pro-quote.de/verein/>, 11.07.2023).

Migrationshintergrund in der jeweiligen Redaktion bekannt sei. Dabei konnte – mit einer Ausnahme – niemand verlässliche und systematische Angaben machen (vgl. BOYTCHEV et al. 2020: 10). Einzig die Nachrichtenagentur Thomson Reuters erfasst die Staatsangehörigkeit der Belegschaft, um sie statistisch auszuwerten. Der dortige Anteil an Mitarbeiter:innen mit Migrationshintergrund lag bei 31 Prozent, was vermutlich in der Multinationalität der Agentur begründet ist (vgl. BOYTCHEV et al. 2020: 11).

Bei der Betrachtung der verschiedenen Studien fällt auf, dass nur wenige aktuelle und konkrete Zahlen vorliegen. Diese erlauben kein verlässliches Bild von Journalist:innen in Redaktionen und Führungsebenen. Die oben beschriebene Studie von Hanitzsch et al. (2019), die systematische Aussagen zu Geschlecht und Alter ermöglicht, ist von 2015 und somit nicht mehr aktuell. Zudem ist die Stichprobe bei dieser Untersuchung sehr klein. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass in der Medienbranche zu Herkunft und Alter weniger Studien existieren als zum Geschlecht. Die Diversität klassischer Zeitungsredaktionen stand bei bisherigen Studien kaum im Mittelpunkt. Die Studie von ProQuote untersuchte zwar das Medium Zeitung, jedoch lediglich das Geschlechterverhältnis auf der Führungsebene.

Durch den Mangel an Daten bleiben auch mögliche Zusammenhänge mit Faktoren wie der politischen Ausrichtung einer Zeitung unklar. Die vorliegende Arbeit möchte diese Forschungslücke schließen, indem sie die Diversität des Zeitungsjournalismus in Deutschland anhand der drei Merkmale Geschlecht, Alter und Herkunft untersucht. Das Diversitätsmerkmal Geschlecht berücksichtigt die binäre Geschlechteroption, das Alter wird in Jahren erhoben und die Kategorie Herkunft durch die Nationalität ermittelt.

Unter einer diversitätsgerechten Geschlechterverteilung verstehen wir ein möglichst ausgeglichenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen. Diversität beim Merkmal Alter läge vor, wenn die Altersverteilung in den Redaktionen der Altersverteilung der sozialversicherten Gesamtbevölkerung entspräche. Das Merkmal Herkunft wäre in der vorliegenden Arbeit diversitätsgerecht ausgeprägt, wenn der Anteil ausländischer Kolleg:innen an allen Journalist:innen in einem ähnlichen Verhältnis stünde wie der Anteil von Ausländer:innen an der Gesamtbevölkerung.

Die forschungsleitende Frage umfasst neben den Journalist:innen mit redaktionellen Aufgaben auch jene in Führungspositionen, da sie einen wesentlichen Einfluss darauf haben, welche Inhalte veröffentlicht und welche Themen aufgegriffen werden. Auch die politische Ausrichtung einer Publikation als mögliche Unterscheidungsdimension soll mitberücksichtigt werden. Das führt zu zwei Unterfragen:

Unterfrage 1: Gibt es Unterschiede zwischen Zeitungen verschiedener politischer Ausrichtung in Bezug auf die Diversity-Merkmale Geschlecht, Alter und Herkunft?

Je nach politischer Ausrichtung greifen Zeitungen bevorzugt bestimmte Themen auf oder verfolgen eine gewisse Art der Berichterstattung (vgl. HANKE 2011: o.S.; Deutschland.de 2020: o.S.). Garz et al. (2020) verfolgen dies mit einer Analyse von Facebook Daten. Eher links der Mitte sind demnach beispielsweise die *Süddeutsche Zeitung* und *Die Zeit* einzuordnen, das *Handelsblatt* und *Bild* liegen im Zentrum des Spektrums und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt* eher rechts der Mitte (vgl. GARZ et al. 2020: 102). Die beiden Ausrichtungen »bürgerlich-konservativ« und »linksliberal« werden in den Hypothesen exemplarisch gegenübergestellt.

Unter Konservatismus wird eine politische Weltanschauung verstanden, die den Erhalt von Traditionen anstrebt. Kontinuität und Sicherheit sind die wichtigsten Merkmale des Konservatismus (vgl. SCHUBERT/KLEIN 2020: o.S.). Herkunft und Heimat stellen zudem starke Grundpfeiler dar (vgl. NDM-GLOSSAR 2021: o.S.). Außerdem behandeln bürgerlich-konservative Zeitungen verstärkt wirtschaftliche Themen, da ihre Leserschaft zum Großteil aus Unternehmer:innen und Entscheidungsträger:innen besteht (vgl. HANKE 2011: o.S.).

Auf der anderen Seite steht der Liberalismus, der für die freie Entfaltung des individuellen Menschen eintritt und jegliche Form des Zwangs ablehnt (vgl. THURICH 2011a: o.S.). »Liberal« gilt auch als Synonym für »tolerant«, »weltoffen« und »nicht dogmatisch« (vgl. HUG 2019: o.S.). Bei einer linken politischen Haltung stehen soziale Gerechtigkeit sowie Gleichheit im Vordergrund (vgl. THURICH 2011b: o.S.). Linksliberal ist von den Werten und Einstellungen des Liberalismus sowie den Elementen linker Politik geprägt und verbindet diese (vgl. HUG 2019: o.S.).

Aus diesen Gründen nehmen wir an, dass linksliberale Zeitungen mehr Diversität anstreben als bürgerlich-konservative. Die Hypothesen lauten dementsprechend:

- H1a: In bürgerlich-konservativen Zeitungen ist der Anteil von Frauen geringer als in linksliberalen Zeitungen.*
- H1b: In bürgerlich-konservativen Zeitungen ist die Altersverteilung weniger breit als in linksliberalen Zeitungen.*
- H1c: In bürgerlich-konservativen Zeitungen ist der Anteil von Journalist:innen nicht-deutscher Herkunft geringer als in linksliberalen Zeitungen.*

Unterfrage 2: Gibt es Unterschiede zwischen den Ebenen Redaktion und Führungsposition in Bezug auf die Diversity-Merkmale Geschlecht, Alter und Herkunft?

Führungspositionen umfassen (stellvertretende) Chefredakteur:innen, (stellvertretende) Ressortleiter:innen und leitende Redakteur:innen der Zeitungsredaktionen. Alle anderen Journalist:innen, die für die Zeitungen tätig sind, werden als »Redaktion« kategorisiert.

Im Mai 2015 trat das »Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst« in Kraft (vgl. *Bundesgesetzblatt* 2015: o. S.). Diese Regulierung ist Teil des Bundesgleichstellungsgesetzes. Laut Bundesregierung hat sich seit Einführung des Gesetzes in den Führungspositionen der Unternehmen einiges geändert, jedoch sehr langsam und zu wenig (vgl. *BMFSFJ* 2021: o.S.). In deutschen Redaktionsleitungen lag der Anteil von Frauen 2014/2015 bei 33 Prozent und auf höheren Ebenen wie Chefredaktionen nur bei etwa 21 Prozent (vgl. *LAUERER et al.* 2019: 88). Aus diesem Grund ist zu vermuten, dass es nach wie vor weniger Frauen als Männer in journalistischen Führungspositionen gibt.

H2a: In Redaktionen ist der Anteil an Frauen höher als in Führungspositionen.

Laut einer Studie der CRIF Bürgel GmbH (2018: o.S.) lag das Durchschnittsalter von Führungskräften 2018 in Deutschland bei 51,9 Jahren. Das durchschnittliche Alter der Erwerbsbevölkerung lag im selben Jahr bei 44 Jahren (vgl. *DESTATIS* 2018: o.S.). Auch in der Journalismus-Branche dürften Führungskräfte im Schnitt älter sein als Redaktionsmitarbeiter:innen. Zudem ist die Altersverteilung in Führungsebenen wohl konzentrierter, da eher Mitarbeiter:innen mit längerer Berufserfahrung in journalistische Führungspositionen gelangen. In Redaktionen finden sich unter anderem auch Berufseinsteiger:innen, sodass dort eine breitere Altersverteilung als auf der Führungsebene zu erwarten ist.

H2b: In Redaktionen ist die Altersverteilung breiter als in Führungspositionen.

Menschen mit Migrationshintergrund sind in Führungspositionen grundsätzlich unterrepräsentiert (vgl. *HANEWINKEL* 2021). Während Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in Deutschland 2019 insgesamt 24,4 Prozent ausmachten (vgl. *DESTATIS* 2020: o.S.), zeigte eine Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an Führungspositionen in Medien bei 16,4 Prozent lag (vgl. *DEZIM-INSTITUT* 2020: o.S.). Einer Studie der Neuen deutschen Medienmacher:innen zufolge haben in Deutschland nur 6,4 Prozent der Chefredakteur:innen einen Migrationshintergrund (vgl. *BOYTCHEV et al.* 2020: 9). Deshalb ist zu vermuten, dass der Anteil von Journalist:innen mit Migrationshintergrund an Führungspositionen etwas geringer ist als in Redaktionen.

H2c: In Redaktionen ist der Anteil von Journalist:innen nichtdeutscher Herkunft höher als in Führungspositionen.

»Alter« gehört zu den gängigsten Dimensionen in der Diversity-Forschung (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 7f.). Die Lebenserwartung steigt und die Geburtenraten sind niedrig, was sich auch in einer veränderten Zusammensetzung von Belegschaften bemerkbar macht (vgl. RAHNFIELD 2019: 8ff.). Aktuell arbeiten bis zu fünf verschiedene Generationen in Teams zusammen, und dabei treffen unterschiedliche Werte, Einstellungen und Erfahrungen aufeinander und können zu Konflikten führen. So gaben in der Schweiz 27 Prozent der Befragten an, dass in ihren Arbeitsteams negative Vorurteile gegen ältere Beschäftigte zu beobachten seien (vgl. GROTE/STAFFELBACH 2020: 28). Zudem zeigen andere Studien, dass ein altersdiskriminierendes Betriebsklima mit schlechterer Leistung zusammenhängt (vgl. KUNZE et al. 2013: 413). Dementsprechend gilt es, die Chancen der Generationenvielfalt zu fördern und zu erhalten sowie Altersstereotypen abzubauen. Mentoring-Programme, flexible Arbeitsmodelle und altersdurchmischte Teams können helfen, die Generationenvielfalt positiv zu nutzen (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 7f.). In der vorliegenden Studie wird das Merkmal Alter in Jahren gemessen (und nicht in Generationen oder Altersblöcken).

Der Schwerpunkt bei der Dimension Geschlecht liegt darin, alle Identitäten und Geschlechter in das Unternehmen sowie dessen Kultur einzubinden und gleiche Chancen für alle zu ermöglichen. Wer sich als Individuum akzeptiert fühlt, wird seine Potenziale besser ausschöpfen können (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 11f.). Geschlechtsneutrale Prozesse, geschlechterdurchmischte Teams und Trainings z. B. gegen Vorurteile oder für Führungskompetenzen können dabei helfen, dass das Phänomen der sogenannten gläsernen Decke³ und Probleme wie Lohnungleichheiten oder starre Arbeitsmodelle vermieden werden (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 11). Weitere Themenschwerpunkte im Bereich der Geschlechter-Diversity sind Diskriminierungen von Frauen im Berufsalltag, die Unterdrückung, Belästigungen und Mobbing umfassen können (vgl. BRÜGGER 2021: o.S.; SALIN 2015: 69ff.) sowie flexiblere Arbeitszeitmodelle auch für Väter, die mehr Zeit mit der Familie verbringen möchten (vgl. *Monitor Familienleben* 2012: 17). In der vorliegenden Arbeit wird das Geschlecht⁴ auf die Ausprägungen »weiblich« und »männlich« reduziert, da vergleichbare Untersuchungen die Gleichstellung und Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern betrachten. Studien belegen, dass Frauen in Deutschland rund 20 Prozent weniger verdienen als Männer (vgl. FÜNFINGER 2021: o.S.).

3 Damit ist die unsichtbare Barriere gemeint, die dazu führt, dass qualifizierte Frauen seltener in das obere Management aufsteigen. Männer sollen umgekehrt auch gleichberechtigten Zugang zu flexibleren und familienfreundlicheren Arbeitsmodellen erhalten (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 11).

4 Unter Geschlecht kann sowohl das biologische als auch das soziale Geschlecht (Gender) verstanden werden. Den Autorinnen ist bewusst, dass es sich dabei in der Realität nicht um eine dichotome Variable handelt, sondern vielmehr um ein Kontinuum. Aufgrund der Datenlage konnten jedoch nur zwei Ausprägungen erfasst werden.

Mit Herkunft ist hier die Dimension ethnischer Herkunft und Nationalität nach der Charta der Vielfalt gemeint, die sich auf die kulturellen und sprachlichen Ressourcen von Berufstätigen bezieht (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 9). Der offene und professionelle Umgang mit der kulturellen Vielfalt im Unternehmensumfeld ist in einer globalisierten Wirtschaft elementar (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 9f.). Zu den empfohlenen Maßnahmen gehören beispielsweise die diverse Zusammensetzung von Teams wie auch interkulturelle Trainings oder Sprachtrainings (vgl. *Charta der Vielfalt* 2021a: 10). Herkunftsvielfalt entsteht durch Migration. Fast 16 Millionen internationale Migrant:innen leben schätzungsweise in Deutschland (vgl. IOM 2022: 24). Da es an Daten zur ethnischen Herkunft von Arbeitnehmenden in großen Organisationen mangelt (vgl. MÜLLER 2005: 230), wird Herkunft in der Regel über die Nationalität und den sogenannten Migrationshintergrund erfasst (vgl. DESTATIS 2021b: o.S.). Der Migrationshintergrund kann verschieden weit verstanden werden; da wir ihn nicht systematisch erhoben haben, können wir in der Untersuchung nur über die Selbstauskunft zur Nationalität auf die Herkunft schließen.

Methodik

Es wurden sowohl bereits bestehende, öffentliche Sekundärdaten, wie beispielsweise die Namen von Journalist:innen und Führungspersonen, als auch neue Primärdaten erhoben (vgl. BECKER 2021: o.S.). Bei den primären Daten handelt es sich um die persönlich abgefragten Diversitäts-Merkmale Alter, Geschlecht und Nationalität.

Die folgenden Zeitungsredaktionen wurden für die Untersuchung ausgewählt, da sie als Leitmedien eine hohe Relevanz für den öffentlichen Diskurs haben (vgl. VON GARMISSEN/BIRESCH 2019: 51f.; PASTOR 2023: o.S.): *Die Zeit*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Bild*, *Der Spiegel* und *Die Welt*. Zudem haben diese Nachrichtenblätter in Deutschland die höchste Print- und Online-Reichweite (VON GARMISSEN/BIRESCH 2019: 12ff.). Sie sollen die Bandbreite politischer Ausrichtungen abbilden (vgl. GARZ et al. 2020: 98, 102). *Die Zeit* und die *Süddeutsche Zeitung* wurden als linksliberal kategorisiert, FAZ und *Die Welt* als bürgerlich-konservativ. Alle anderen Redaktionen wurden aus der Analyse der politischen Ausrichtung ausgeklammert, um die Gegenpole hervorzuheben.

Aufgrund der vorab ausgewählten Nachrichtentitel handelt es sich bei der Stichprobe nicht um zufällig ausgewählte Proband:innen. Intendiert war eine Vollerhebung ausgesuchter Redaktionen. Dennoch ist die Stichprobe durch die Zugänglichkeit der Personendaten sowie das Antwortverhalten der Proband:innen beeinflusst (vgl. HÄDER/HÄDER 2019: 333ff.; STEIN 2019: 136). Nach der Auswahl der Zeitungsredaktionen begann die Erhebung der Daten von

Journalist:innen. Sie erfolgte in zwei Schritten und fand im Juli und August 2021 statt. Im ersten Schritt wurden die Namen von Journalist:innen in den ausgewählten Redaktionen und Führungsebenen über das Impressum des jeweiligen Medienunternehmens oder der Zeitung ermittelt. Ergänzend fand eine Recherche über die sozialen Medien, wie beispielsweise LinkedIn oder Twitter, statt, da diese von sehr vielen Journalist:innen verwendet werden. Aus dem Namen ließ sich größtenteils bereits das Geschlecht der Person ablesen. Darüber hinaus fanden sich zu circa einem Drittel der Stichprobe öffentlich zugängliche Steckbriefe, die zusätzlich Aufschluss über das Alter und die Herkunft sowie das Geschlecht der Person geben konnten. Bei diesen Steckbriefen handelt es sich um Beiträge auf den Seiten der jeweiligen Arbeitgeber:innen oder beispielsweise auf einer privaten Webseite der jeweiligen Person. Im zweiten Schritt wurden Personen, deren Daten sich im ersten Schritt nicht vollständig erheben ließen, persönlich via E-Mail oder LinkedIn angeschrieben, über das Forschungsvorhaben informiert und nach Alter, Geschlecht und Herkunft befragt. Bereitschaft und Interesse der Proband:innen waren sehr groß; die Rücklaufquote lag bei etwa 80 Prozent. Die Stichprobengröße beträgt $n=1.503$ und macht somit etwa 11 Prozent der Zeitungsjournalist:innen in Deutschland aus. Der Deutsche Journalistenverband schätzt, dass etwa 13.500 fest angestellte Journalist:innen für deutsche Zeitungen und deren Online-Auftritte arbeiten (vgl. VON GARMISSEN/BIRESCH 2019: 8).

Die folgenden Informationen und Kategorien wurden pro Datenpunkt gesichert: Zeitungstitel, Ausrichtung, Funktion, Hierarchieebene, Name, Geschlecht, Alter, Nationalität. Die Hierarchieebene unterteilt sich in Redaktion und Führungsposition. Die Ebene Redaktion umfasst die verschiedenen Berufsbilder von Journalist:innen: Redakteur:innen, freie Journalist:innen, Reporter:innen, Autor:innen und Korrespondent:innen. Der Führungsebene wurden Chefredakteur:innen, Ressortleiter:innen, Redaktionsleiter:innen, Textchef:innen und Chef:innen vom Dienst sowie jeweils deren Stellvertretungen zugeordnet. Das Diversitäts-Merkmal Herkunft wurde durch die abgefragte Nationalität operationalisiert.

Da wir nicht zu allen Personen aus der Stichprobe vollständige Daten für alle drei Merkmale erheben konnten, haben wir die Stichproben bei der jeweiligen Auswertung nach Geschlecht, Alter und Herkunft bereinigt, sodass jeweils nur vollständige Datensätze, und somit Sub-Samples, in der Analyse berücksichtigt wurden. Auf Basis der bereinigten Daten findet die deskriptive Beschreibung der Verteilung der Merkmale statt (vgl. STEIN 2019: 126).

Die Überprüfung der Hypothesen erfolgt mithilfe eines Gruppenvergleichs zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen. Dafür wurden jeweils die drei Diversitätsmerkmale als abhängige Variablen mit den Kategorien Ausrichtung und Hierarchieebene als unabhängige Variablen auf Signifikanz getestet. Diese Analyse dient dazu, mögliche Einflussfaktoren auf die

Verteilung der Merkmale ausfindig zu machen (vgl. STEIN 2019: 120ff.). Die Variablen der Hypothesen wurden zuerst jeweils einem Mittelwert- beziehungsweise Standardabweichungsvergleich unterzogen und anschließend mit dem geeigneten Test auf ein Signifikanzniveau von 5 Prozent geprüft. Für die Variablen Geschlecht und Herkunft erfolgte die Überprüfung mit einem Chi-Quadrat-Test (vgl. PEARSON 1990). Dieser prüft, ob zwischen zwei kategorialen Variablen ein Zusammenhang besteht (vgl. UNIVERSITÄT ZÜRICH 2021: o.S.).

Die theoretisch erwarteten Häufigkeiten der Ausprägungskombinationen würden sich bei perfekter statistischer Unabhängigkeit ergeben. Unterscheiden sich die beobachteten und erwarteten Häufigkeiten, liegt ein statistischer Zusammenhang vor (vgl. DIAZ-BONE 2013: 82f.). Anhand des p-Werts lässt sich feststellen, ob ein statistisch signifikanter Unterschied beziehungsweise Zusammenhang vorliegt.

Darüber hinaus wurde bei den Chi-Quadrat-Tests jeweils die Stärke des Zusammenhangs getestet, da laut Lakens (2013) die Effektstärken zu den wichtigsten Ergebnissen empirischer Studien gehören. Dazu wurde die Maßzahl Cramer's V herangezogen, die auf dem Spektrum von 0 bis 1 die Stärke des Zusammenhangs normiert (vgl. DIAZ-BONE 2013: 85). Ein sehr starker Zusammenhang würde vorliegen, wenn $V=1$ ist.

Für die metrische Variable Alter wurde ein Levene-Test herangezogen, da bei diesem Merkmal die Breite der Verteilung interessierte. Somit sind die Standardabweichungen und nicht die Mittelwerte von Bedeutung. Standardabweichung und Varianz sind die gebräuchlichsten Streuungsmaße von metrischen Variablen. Wenn die Unterschiedlichkeit der Ausprägungen gering ist, nehmen sie kleine Werte an (vgl. DIAZ-BONE 2013: 51). Der Levene Test prüft, ob zwischen den Gruppen verschiedene Varianzen vorliegen (vgl. WALTHER 2020: o.S.). Wenn $p < 0,05$ ist, bedeutet dies, dass sich die Varianzen statistisch signifikant unterscheiden.

Ergebnisse

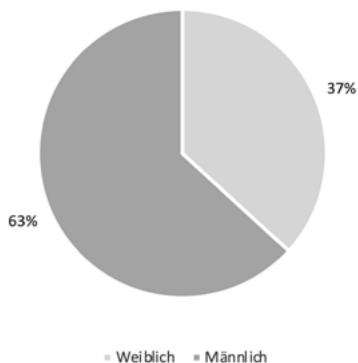
Zur Beantwortung der übergreifenden Frage, wie divers deutsche Zeitungsredaktionen besetzt sind, werden zunächst die Verteilungen nach Geschlecht, Alter und Herkunft deskriptiv aufgezeigt und mit Bevölkerungsstatistiken verglichen. Die Hypothesen sind entsprechend den Unterfragen angeordnet und werden auf Grundlage der Analyseergebnisse abschließend ausgewertet.

Inwieweit ist eine diversitätsgerechte Verteilung der Merkmale Geschlecht, Alter und Herkunft unter Journalist:innen in deutschen Zeitungsredaktionen aktuell vorhanden?

Das Merkmal *Geschlecht* umfasst 1.503 Datenpunkte (= n). Die Gesamtstichprobe unterteilt sich in 954 Männer (63 %) und 556 Frauen (37 %) (Abb. 1.1). Frauen sind somit deutlich unterrepräsentiert, da sie 2021 ca. 51 Prozent der Bevölkerung Deutschlands ausmachen (vgl. DESTATIS 2024a: o.S.).

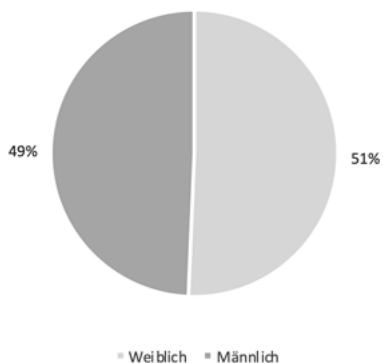
Der Altersdurchschnitt der Stichprobe ($n=1.169$) beträgt 46,6 Jahre, der Median liegt bei 46 Jahren. Der kleinste Wert ist 25 Jahre und der höchste Wert 91 Jahre. Es handelt sich somit um eine relativ breite Altersspanne, wobei diese relativ hoch beginnt und das Rentenalter überschreitet. Abbildung 2 zeigt den Unterschied in der Verteilung zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2021. Das schlägt sich auch im Durchschnitt nieder, der knapp drei Jahre über dem der erwerbstätigen Bevölkerung liegt (vgl. Methodik; DESTATIS 2018: o.S.).

Abb. 1.1
Geschlechterverteilung in der Stichprobe (2021)



Quelle: eigene Darstellung

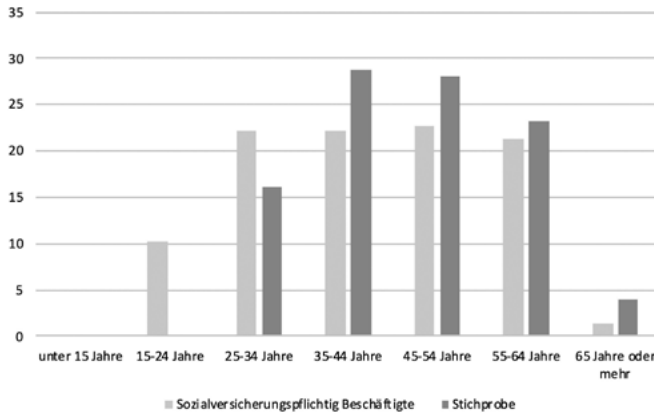
Abb. 1.2
Geschlechterverteilung in der Gesellschaft (2021)



Quelle: DESTATIS 2024a: o.S; eigene Darstellung

Abb. 2

Altersverteilung in der Stichprobe in Vergleich zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2021



Quelle: DESTATIS 2024b: o.S.; eigene Darstellung

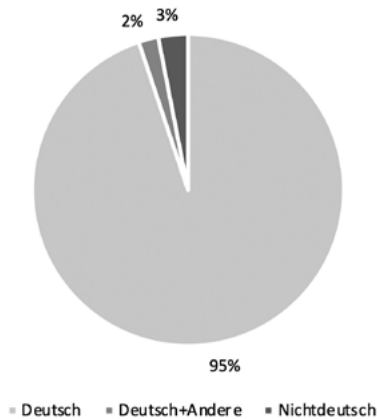
Die Analyse der *Herkunft* ($n=1.367$) ergibt einen überproportionalen Anteil von Menschen deutscher Nationalität und/oder Herkunft. Während der Anteil von Menschen nicht-deutscher Nationalität in Deutschland 2021 rund 13 Prozent beträgt (vgl. DESTATIS 2022: o.S.), liegt er in unserer Stichprobe nur bei 3 Prozent (Abb. 3). Dieses Ergebnis entspricht ungefähr jenen vorangegangener Studien, die den Anteil von Journalist:innen mit Migrationshintergrund in Deutschland auf 5 bis 10 Prozent schätzten (vgl. BOYTCHEV et al. 2020).

Zur Auswertung der Hypothesen wurden die Daten einem Chi-Quadrat-Test [χ^2] (Alter, Herkunft) oder einem Levene Test (Alter) unterzogen.

Gibt es Unterschiede zwischen Zeitungen verschiedener politischer Ausrichtung in Bezug auf die Diversity-Merkmale Geschlecht, Alter und Herkunft?

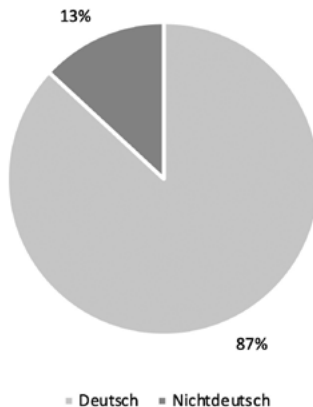
Für diese Analyse wurden nur die Redaktionen gegensätzlicher politischer Ausrichtung untersucht. Freie Autor:innen fielen aus dem Sample heraus, da sie möglicherweise für mehrere Zeitungen arbeiten. Die Stichprobengröße reduziert sich dadurch auf $n=1120$.

Abb. 3.1
Verteilung der Stichprobe nach Nationalität (Selbstauskunft)



Quelle: eigene Darstellung

Abb. 3.2
Nationalität innerhalb der deutschen Bevölkerung 2021

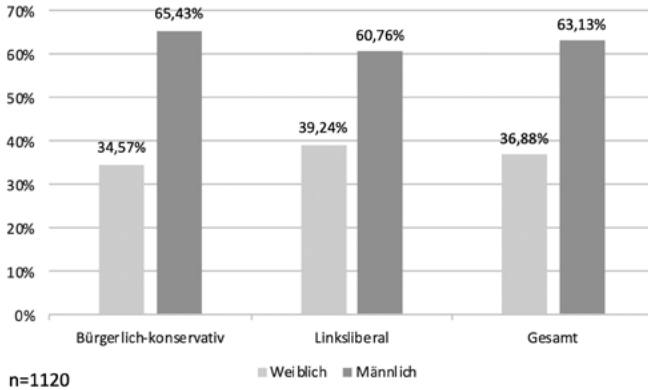


Quelle: DESTATIS 2024a: o.S.; eigene Darstellung

H1a vermutet einen geringeren Frauenanteil in bürgerlich-konservativen Zeitungen im Vergleich zu linksliberalen Blättern. Zwar ergibt sich ein etwas geringerer Frauenanteil in bürgerlich-konservativen Zeitungen, die Unterschiede sind allerdings statistisch nicht signifikant (Abb. 4).

Abb. 4

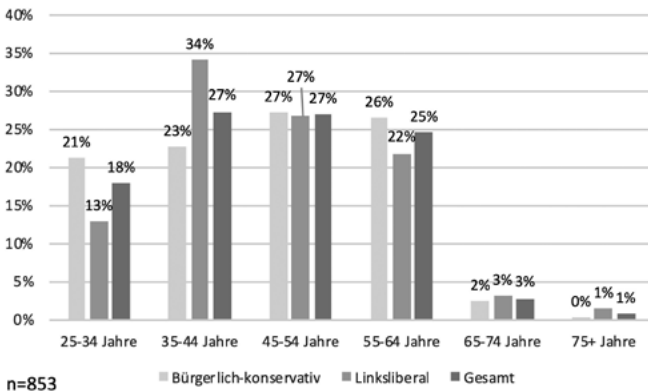
Geschlechterverteilung in den Redaktionen gegensätzlicher politischer Ausrichtungen



Quelle: eigene Darstellung

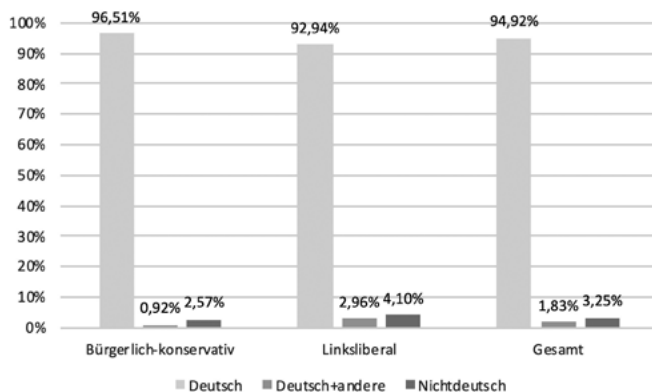
Abb. 5

Altersverteilung in Redaktionen gegensätzlicher politischer Ausrichtungen



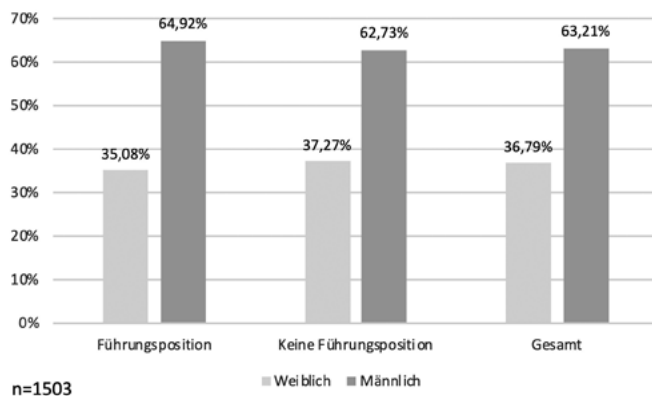
Quelle: eigene Darstellung

Abb. 6
Nationalität (Selbstausskunft) in Redaktionen gegensätzlicher politischer Ausrichtungen



Quelle: eigene Darstellung

Abb. 7
Frauen- und Männeranteil der Stichprobe nach Hierarchieebene



Quelle: eigene Darstellung

H1b vermutet eine breitere Altersverteilung in linkliberalen Zeitungen als in bürgerlich-konservativen. Auch hier lassen sich keine signifikanten Unterschiede messen, weshalb die Hypothese ablehnt werden muss (Abb. 5).

H1c vermutet einen niedrigeren Anteil von Menschen nichtdeutscher Herkunft in bürgerlich-konservativen Zeitungen. In Abbildung 6 zeigt sich der

entsprechende Unterschied. Auch die Analyse ergibt, dass ein signifikanter Unterschied zwischen bürgerlich-konservativen und linksliberalen Zeitungen in Bezug auf den Anteil nicht-deutscher Journalist:innen vorliegt.

Gibt es Unterschiede zwischen den Ebenen Redaktion und Führungsposition in Bezug auf die Diversity-Merkmale Geschlecht, Alter und Herkunft?

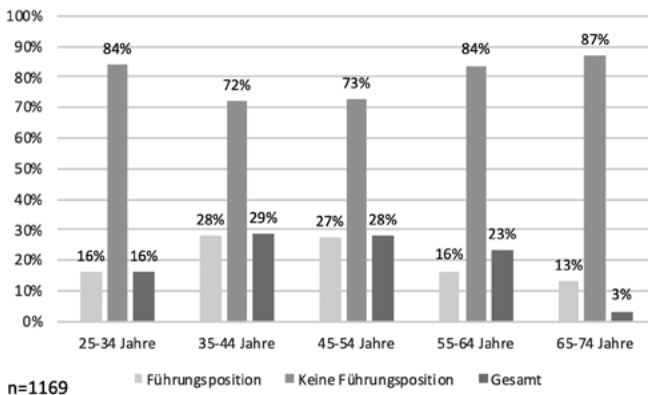
Die Hypothese H2a vermutet einen höheren Frauenanteil in den Redaktionen der Zeitungen im Gegensatz zur Führungsebene. Die Abbildung 7 zeigt, dass er in Redaktionen bei rund 37 Prozent und in der Führungsebene bei rund 35 Prozent liegt. Dieser Unterschied ist laut dem Signifikanztest jedoch nicht signifikant. Das p liegt bei rund 0,47.

H2b vermutet eine breitere Altersverteilung in der Redaktion im Gegensatz zur Führungsebene. In Abbildung 8 wird sichtbar, dass die Altersspanne tatsächlich breiter in nicht-führenden Positionen ist. Der Levene Test ergibt hier ein $p < 0,05$, der Unterschied ist also signifikant. H2b kann somit bestätigt werden.

Die Hypothese H2c besagt, dass es in den Redaktionen einen höheren Anteil von Menschen nichtdeutscher Herkunft gibt als in der Führungsebene. Dieser Unterschied liegt in den absoluten Zahlen vor (s. Abb. 9). Allerdings verhält es sich ähnlich wie bei H2a: Der Unterschied ist nicht signifikant, sondern entspricht dem äußerst geringen Anteil von Menschen nichtdeutscher Herkunft an der Gesamtstichprobe.

Abb. 8

Häufigkeitsverteilung der Stichprobe nach Altersgruppen und Hierarchieebene

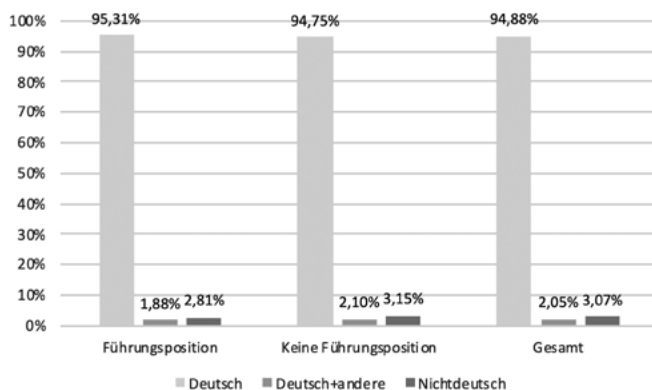


Quelle: eigene Darstellung

Die Datenanalyse belegt, dass ein Zusammenhang zwischen der politischen Ausrichtung der Zeitung und dem Anteil von Mitarbeitenden nichtdeutscher Herkunft besteht, jedoch nicht zwischen der Ausrichtung und der Geschlechterverteilung sowie der Altersspanne. Linksliberale Zeitungen sind demnach etwas herkunftsdiverser besetzt als bürgerlich-konservative. Zudem ergab sich ein signifikanter Einfluss der Hierarchieebene auf die Altersspanne, nicht jedoch auf die Diversitätsmerkmale Geschlecht und Herkunft. Redaktionen sind demnach etwas altersdiverser besetzt als Führungspositionen. Die Hypothesen H1c und H2b lassen sich bestätigen. Die Hypothesen H1a, H1b, H2a, H2c müssen hingegen abgelehnt werden.

Abb. 9

Nationalität der Stichprobe und Führungsposition



Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 1

Ergebnisse der Hypothesenauswertung H1

Politische Ausrichtung	Linksliberal	Bürgerlich-konservativ	Signifikanz
H1a) Geschlecht	Frauenanteil 39,24%	Frauenanteil 34,57%	$\chi^2 = 2,626^a$ $p = 0,105$
H1b) Alter	MW=47 Jahre (SD=10,91)	MW=46,28 Jahre (SD=11,39)	$p = 0,077$
H1c) Herkunft	Anteil Deutsch+Andere Nicht-deutsch 7,06%	Anteil Deutsch+Andere & Nichtdeutsch 3,49%	$\chi^2 = 7,633^a$ $p = 0,022^*$

Antwort: Es gibt keine signifikanten Unterschiede in der Geschlechter- und Altersverteilung in den Zeitungsredaktionen gegensätzlicher politischer

Ausrichtung, allerdings besteht in linksliberalen Redaktionen mehr herkunftsbezogene Diversität.

Tabelle 2

Ergebnisse der Hypothesenauswertung H2

Hierarchieebene	Redaktion	Führungsposition	Signifikanz
H2a) Geschlecht	Frauenanteil 37,27%	Frauenanteil 35,08%	$\chi^2 = 0,5256^a$ $p = 0,469$
H2b) Alter	MW=46,91 Jahre (SD=11,55)	MW=45,61 Jahre (SD=9,01)	$p < 0,001^{**}$
H2c) Herkunft	Anteil Deutsch+Andere & Nichtdeutsch 5,32%	Anteil Deutsch+Andere & Nichtdeutsch 5,08%	$\chi^2 = 0,026^a$ $p = 0,987$

Antwort: Es gibt keine signifikanten Unterschiede in der Geschlechterverteilung und Herkunft zwischen Redaktion und Führungsebene, allerdings ist die Altersspanne in Redaktionen breiter als auf der Führungsebene.

Diskussion und Fazit

Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen im Zeitungsjournalismus unterrepräsentiert sind: Nur 36,8 Prozent der Journalist:innen in der Stichprobe sind weiblich. Verglichen mit den Ergebnissen der Studie von Hanitzsch et al. (2019) aus den Jahren 2014/2015 ist der Anteil der Journalistinnen sogar leicht zurückgegangen. Damals lag der Anteil von Frauen bei 40 Prozent, wobei beachtet werden muss, dass die Stichproben 2014/2015 deutlich kleiner waren als in der vorliegenden Studie. Damals wurden 775 deutsche Journalist:innen befragt (vgl. STEINDL et al. 2019: 45). Sowohl die politische Ausrichtung der Zeitung als auch die Hierarchieebene haben keinen statistisch relevanten Einfluss auf diese Diskrepanz.

Aus der vorliegenden Untersuchung lässt sich somit folgern, dass der Zeitungsjournalismus, trotz Maßnahmen wie beispielsweise der gesetzlichen Frauenquote in Deutschland, noch immer eine ungleiche Verteilung der Geschlechter aufweist. In der Regel setzt der Aufstieg in eine Führungsposition langjährige Berufserfahrung voraus. Journalistinnen haben durchschnittlich rund sechs Jahre weniger Berufserfahrung als ihre männlichen Kollegen (vgl. DIETRICH-GSENGER/SEETHALER 2019: 59). Das könnte einen Grund für die Geschlechterungleichheit in Führungsebenen darstellen.

Der gesamte Altersdurchschnitt liegt in der Stichprobe bei 46,6 Jahren (Median: 46 Jahre). Die arbeitende Bevölkerung in Deutschland war 2017 durchschnittlich 44 Jahre alt (vgl. DESTATIS 2018: o.S.). Weiter zeigt sich, dass die jüngste Person der Stichprobe 25 Jahre und die älteste 91 Jahre alt ist; die jüngste

Altersgruppe der 15-24-Jährigen ist somit gar nicht vertreten. Dies kann unter anderem an der starken Akademisierung des Berufs in den vergangenen Jahren liegen. Laut Dietrich-Gsenger und Seethaler (2019: 60) hatten bereits 2015 etwa drei Viertel der deutschen Journalist:innen einen akademischen Abschluss. Auch im Vergleich zu allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird deutlich, dass Zeitungsjournalist:innen relativ alt sind; so gibt es keine Person unter 25 Jahren, und die Gruppe der über 65-Jährigen ist deutlich überrepräsentiert. Dabei zeigt sich kein signifikanter Unterschied zwischen linksliberalen und bürgerlich-konservativen Zeitungen. In Redaktionen fällt die Altersverteilung signifikant breiter aus als auf der Führungsebene. Dies lässt sich damit begründen, dass dort sowohl Berufseinsteiger:innen als auch langjährige Mitarbeitende tätig sind. Führungspositionen dagegen besetzen meist Personen, die schon eine gewisse Berufserfahrung mitbringen. Dies zeigt auch das durchschnittliche Alter von Führungskräften, das in Deutschland 2018 bei 51,9 Jahren lag (vgl. CRIF BÜRCEL GMBH 2018: o.S.).

Die Untersuchung ergab, dass Journalist:innen mit Migrationsgeschichte in Zeitungsredaktionen noch immer unterrepräsentiert sind. Von den insgesamt 1.367 Proband:innen der Stichprobe haben lediglich 42 eine nichtdeutsche Nationalität angegeben und 28 eine weitere Nationalität, was zusammen einen Prozentsatz von 5,1 Prozent ausmacht. 3 Prozent Journalist:innen nichtdeutscher Nationalität stehen einem Anteil der Menschen nicht-deutscher Nationalität von 13 Prozent an der Gesamtbevölkerung gegenüber (vgl. DESTATIS 2022: o.S.). Die politische Ausrichtung der Zeitung steht dabei in einem signifikanten Zusammenhang zur Nationalität der Journalist:innen. Bei linksliberalen Zeitungen beträgt der Anteil nichtdeutscher und zweifacher Nationalität etwa 7 Prozent, bei bürgerlich-konservativen Zeitungen liegt er dagegen nur bei 3,5 Prozent. Grund könnten die weltoffenere, tolerantere Haltung des Linksliberalismus und das Streben nach sozialer Gleichheit sein (vgl. HUG 2019: o.S.). Die vorliegende Untersuchung hat keine Signifikanz im Zusammenhang von Hierarchieebene und Herkunft feststellen können. Menschen nichtdeutscher Herkunft sind in der Gesamtstichprobe unterrepräsentiert und somit auch auf der Führungsebene.

Eine zentrale Herausforderung für die empirische Untersuchung von Diversität in Zeitungsredaktionen ist der Zugang zu personenbezogenen Daten. Daher sind die Datensätze für die einzelnen Zeitungen weder vollständig noch gleich groß. Die Anzahl der Datensätze hing von der digitalen Präsenz auf der jeweiligen Website und sozialen Medien sowie von der Partizipation der Befragten ab. Es ist zu vermuten, dass nicht alle Journalist:innen, die für die untersuchten Zeitungen schreiben, der Nennung auf der Websites des Unternehmens zugestimmt haben. Auch Journalist:innen, die im Erhebungszeitraum neu eingestellt wurden, waren vermutlich noch nicht auf den Webseiten aufgelistet. Die zusätzliche

Recherche über LinkedIn und Twitter konnte dieses Defizit nur bedingt ausgleichen, da nicht alle Journalist:innen dort ein Profil haben. Die Rücklaufquote von 80 Prozent bei der persönlichen Ansprache lässt aber darauf schließen, dass es eine hohe Bereitschaft der Zielgruppe gibt, die Forschung zu unterstützen.

Ferner konnten wir nur eine Auswahl an Zeitungen und Diversity-Dimensionen untersuchen. Sexuelle Orientierung, soziale Herkunft oder Bildungsstand beispielsweise könnten aber für eine Untersuchung von Diversität im Journalismus ebenfalls wichtig sein. Auch geschlechtliche Identitäten jenseits von Männern und Frauen blieben ausgeklammert. Die Nationalität allein reicht nicht aus, um Aussagen über die ethnische Herkunft zu machen. Eine umfangreiche Erhebung von Primärdaten könnte die Ergebnisqualität steigern, läuft gleichzeitig aber auch Gefahr, durch sozial erwünschte Antworten und geringere Rücklaufquoten das Bild zu verzerren.

Bei den Ergebnissen zur politischen Ausrichtung von Zeitungen muss berücksichtigt werden, dass es sich um kleine Sub-Samples gehandelt hat. Daher ist es nicht möglich, von unseren Ergebnissen auf die Gesamtheit zu schließen. Bei der politischen Ausrichtung einer Zeitung handelt es sich überdies häufig um externe Einordnungen. Die Untersuchung anhand der politischen Ausrichtung kann somit nur einen Versuch darstellen, mögliche Einflussfaktoren auf Diversität im Journalismus aufzudecken, nicht jedoch als ausschlaggebendes Kriterium verwendet werden. Auch wäre es wünschenswert, für regionale Publikationen tätige Journalist:innen mit in die Analyse einfließen zu lassen.

Insgesamt bildet die vorliegende Arbeit eine Stichprobe der Grundgesamtheit von Journalist:innen in deutschen Zeitungsredaktionen und deren Führungspositionen ab. Die Ergebnisse ermöglichen erste Einblicke in die Diversität des Journalismus. Weitere Forschung könnte die soziale Herkunft, die politische Einstellung und die Weltanschauung von Journalist:innen berücksichtigen. Zudem könnten unterschiedliche Werdegänge von Journalist:innen betrachtet werden, beispielsweise Journalist:innen mit akademischem Abschluss und andere mit einer klassischen Berufsausbildung. Weitere Zeitungstitel ließen sich untersuchen. Auch die genauere Analyse nach Themengebieten beziehungsweise Ressorts wäre sinnvoll, um Vergleiche innerhalb der Redaktionen aufzustellen. Zum anderen wären Vergleiche der Diversität in Zeitungsredaktionen mit der im Fernseh-, Hörfunk- und Onlinejournalismus von Interesse. Aufgabe weiterer Forschung wäre es auch herauszufinden, aus welchen Gründen Menschen mit Migrationshintergrund in Zeitungsredaktionen unterrepräsentiert sind. Es gilt zu klären, ob dies an den erforderlichen Sprachkenntnissen, an mangelnder Durchlässigkeit des Bildungssystems, Mangel an Netzwerkbildung und kulturellem Kapital oder an Diskriminierung im weitesten Sinne liegt (vgl. OULIOS 2009: 140-143).

Für den Journalismus stellt sich die Aufgabe, entsprechende Strategien zu entwickeln. Trotz progressiver Entwicklungen in den vergangenen Jahren ist Diversität hinsichtlich des Geschlechts, des Alters sowie der Herkunft unter den Zeitungsjournalist:innen in Deutschland noch nicht ausreichend gegeben. Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass Handlungsbedarf besteht.

Über die Autorinnen

Roxane Biller, M.A. (*1995) ist seit 2022 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Digital- und Medienmanagement an der Hamburg Media School. Vorher hat sie einen Master in Mehrsprachigkeit und Bildung an der Universität Hamburg abgeschlossen. Kontakt: r.biller@hamburgmediaschool.com

Seraina Cadonau, MBA (*1992) hat 2021 ihren MBA in Digital- und Medienmanagement an der Hamburg Media School absolviert.

Marion Frank, MBA (*1993) arbeitet seit 2022 in der Software- und Produktentwicklung. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf dem Aufbau eines diversen Teams, um diesen Fachbereich für unterrepräsentierte Gruppen attraktiver zu gestalten und Chancengleichheit zu fördern. 2021 hat sie ihren MBA an der Hamburg Media School in Digital- und Medienmanagement absolviert.

Literatur

BECKER, FLORIAN (2021): Primärdaten, Sekundärdaten und Meta-Analyse als Datenquelle in der Marktforschung. In: *Wirtschaftspsychologische Gesellschaft*. <https://wpgs.de/fachtexte/forschungsprozess/6-primaerdaten-sekundaerdaten-und-meta-analyse-als-datenquelle-in-der-marktforschung/> (7.9.2021).

BMFSFJ, BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2021): *Quote für mehr Frauen in Führungspositionen: Privatwirtschaft*. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-und-arbeitswelt/quote-privatwirtschaft/quote-fuer-mehr-frauen-in-fuehrungspositionen-privatwirtschaft-78562> (14.8.2021).

BOYTCHEV, HRISTIO; HORZ, CHRISTINE; NEUMÜLLER, MALIN; OULIOS, MILTIADIS; VASSILIOU-ENZ, KONSTANTINA (2020): Viel Wille, kein Weg. Diversity im deutschen Journalismus. In: *Neue deutsche Medienmacher*innen*. https://neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2020/05/20200509_MdM_Bericht_Diversity_im_Journalismus.pdf (1.9.2021).

- BRÜGGER, NADINE (2021): »Da schreit ein Kind, hab ich das mit dir gezeugt?« – Tamedia-Journalistinnen prangern strukturellen Sexismus an. In: *Neue Zürcher Zeitung*. <https://www.nzz.ch/schweiz/da-schreit-ein-kind-hab-ich-das-mit-dirgezeugt-tamedia-journalistinnen-prangern-strukturellen-sexismus-anld.1605472?reduced=true> (2.9.2021).
- BUNDESGESETZBLATT (2015): *Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst*. Bundesanzeiger Verlag: Bundesgesetzblatt (bgbl.de) (9.9.2021).
- CHARTA DER VIELFALT (2021a): *Factbook Diversity. Positionen, Zahlen, Argumente*. https://www.charta-der-vielfalt.de/fileadmin/user_upload/Diversity-Tag/2021/Factbook_2021.pdf (26.7.2023).
- CHARTA DER VIELFALT (2021b): *Die Initiative Charta der Vielfalt*. <https://www.charta-der-vielfalt.de/ueber-uns/ueber-die-initiative/> (17.9.2021).
- CHARTA DER VIELFALT (2023): *Charta der Vielfalt – Für Diversity in der Arbeitswelt*. <https://www.charta-der-vielfalt.de/> (15.8.2023).
- CRIF BÜRCEL GMBH (2018): *Durchschnittsalter von Führungskräften in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2018*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/182536/umfrage/durchschnittsalter-von-geschaeftsfuehrern-nach-bundeslaendern-und-geschlecht/> (20.8.2021).
- DEUTSCHLAND.DE (2020): *Überregionale Zeitungen in Deutschland*. <https://www.deutschland.de/de/topic/wissen/ueberregionale-zeitungen> (1.9.2021).
- DEZIM-INSTITUT, DEUTSCHES ZENTRUM FÜR INTEGRATIONS- UND MIGRATIONSFORSCHUNG (2020): *Verteilung der Führungskräfte in Deutschland mit Migrationshintergrund in verschiedenen Gesellschaftsbereichen* im Jahr 2018/19*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1182686/umfrage/fuehrungskraeftemit-migrationshintergrund-und-bereich/> (20.8.2021).
- DIAZ-BONE, RAINER (2013): *Statistik für Soziologen* (2. Aufl.). Konstanz, München: UVK.
- DIETRICH-GSENGER, MARLENE; SEETHALER, JOSEF (2019): Soziodemografische Merkmale. In: HANITZSCH, THOMAS; SEETHALER, JOSEF; WYSS, VINZENZ (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Wiesbaden: Springer vs, S. 51-70.
- FÜNFINGER, ANITA (2021): »Eklatante Ungerechtigkeit« – seit Jahren. Equal Pay Day. In: *tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/equal-pay-day-105.html> (11.7.2021).
- GARDENSWARTZ, LEE; ROWE, ANITA (1994): *Diversity Teams at Work. Capitalizing on the power of diversity*. Chicago: Irwin Professional Pub.
- GARZ, MARCEL; SÖRENSEN, JIL; STONE, DANIEL (2020): Partisan selective engagement: Evidence from Facebook. In: *Journal of Economic Behavior and Organization*, 177, S. 91–108.
- GROTE, GUDELA; STAFFELBACH, BRUNO (2020): *Schweizer HR-Barometer 2020. Digitalisierung und Generationen*. Universitäten Luzern, Zürich und ETH

- Zürich. https://www.unilu.ch/fileadmin/fakultaeten/wf/institute/hrm/dok/HR-Barometer/2020/HRBarometer2020_Final.pdf (4.8.2021).
- HÄDER, MICHAEL; HÄDER, SABINE (2019): Stichprobenziehung in der quantitativen Sozialforschung. In: BAUR, NINA; BLASIUS, JÖRG (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer vs, S. 333-348.
- HANAPPI-EGGER, EDELTRAUD (2012): Diversitätsmanagement und CSR. In: SCHNEIDER, ANDREAS; SCHMIDPETER, RENÉ (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility. Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis*. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 177-190.
- HANEWINKEL, VERA (2021): *Fortschritte: ja, gleichberechtigte Teilhabe: nein – zum Stand der Integration*. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/deutschland/344051/fortschritte-ja-gleichberechtigte-teilhabe-nein-zum-stand-der-integration/> (5.2.2025).
- HANITZSCH, THOMAS; LAUERER, CORINNA (2019): Berufliches Rollenverständnis. In: HANITZSCH, THOMAS; SEETHALER, JOSEF; WYSS, VINZENZ (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Wiesbaden: Springer vs, S. 135-163.
- HANITZSCH, THOMAS; SEETHALER, JOSEF; WYSS, VINZENZ (2019): Zur Einleitung: Journalismus in Schwierigen Zeiten. In: HANITZSCH, THOMAS; SEETHALER, JOSEF; WYSS, VINZENZ (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Wiesbaden: Springer vs, S. 1-24.
- HANKE, KATJA (2011): *Die Tageszeitungen Deutschlands*. <https://web.archive.org/web/20160209140508/http://www.goethe.de/ins/cl/de/sao/kul/mag/med/8418130.html> (1.9.2021).
- HARRISON, DAVID A.; SIN, HOCK-PENG (2006): What is diversity and how should it be measured? In: KONRAD, ALISON M.; PRASAD, PUSHKALA; PRINGLE, JUDITH K. (Hrsg.): *Handbook of workplace diversity*. London: Sage Publications, S. 191–216.
- HASEBRINK, UWE (2016): *Meinungsbildung und Kontrolle der Medien*. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/medienpolitik/172240/meinungsbildung-und-kontrolle-der-medien> (14.7.2021).
- HASEBRINK, UWE; HÖLIG, SASCHA; WUNDERLICH, LEONIE (2021): *#UseTheNews. Studie zur Nachrichtenkompetenz Jugendlicher und junger Erwachsener in der digitalen Medienwelt*. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut. <https://doi.org/10.21241/ssoar.72822> (17.9.2021).
- HUG, HEINER (2019): Linksliberal und rechtskonservativ. In: *Journal21*. <https://www.journal21.ch/linksliberal-und-rechtskonservativ> (30.8.2021).
- KÄPPNER, JOACHIM; MAYER, CHRISTIAN (2020): Die Lebensbegleiterin. In: *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/medien/geschichte-sueddeutsche-zeitung-sz-75-jahre-1.4998980> (9.9.2021).

- KLEINSTEUBER, HANS-JÜRGEN (2005): Mediensysteme. In: WEISCHENBERG, SIEGFRIED; KLEINSTEUBER, HANS-JÜRGEN; PÖRKSEN, BERNHARD (Hrsg.): *Handbuch Journalismus und Medien*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 275-280.
- KUNZE, FLORIAN; BOEHM, STEPHAN; BRUCH, HEIKE (2013): Organizational performance consequences of age diversity: Inspecting the role of diversity-friendly HR policies and top managers' negative age stereotypes. In: *Journal of Management Studies*, 50(3), S. 413-442.
- LAKENS, DANIEL (2013): Calculating and reporting effect sizes to facilitate cumulative science: a practical primer for t-tests and ANOVAs. In: *Frontiers in Psychology*, 4, S. 863.
- LÜNENBORG, MARGRETH; FRITSCHKE, KATHARINA; BACH, ANNIKA (2011): *Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption*. Bielefeld: transcript.
- MENSI-KLARBACH, HEIKE; HANAPPI-EGGER, EDELTRAUD (2018): Diversitätsmanagement 2.0. Die individuellen Bedürfnisse rücken in den Fokus. In: *Zeitschrift Führung + Organisation*, 87(4), S. 220-224.
- MONITOR FAMILIENLEBEN (2012): *Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie*. Institut für Demoskopie Allensbach. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/Monitor_Familienleben_2012.pdf (10.8.2021).
- MÜLLER, DANIEL (2005): Ethnische Minderheiten in der Medienproduktion. In: GEISSLER, RAINER; PÖTTKER, HORST (Hrsg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie*. Bielefeld: transcript, S. 223-237.
- NDM-GLOSSAR (2021): Bürgerlich (konservativ). Glossar. In: *Neue deutsche Medienmacher:innen*. <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/buergerlich-konservativ/> (30.8.2021).
- NEUBERGER, CHRISTOPH; KAPERN, PETER (2013): *Grundlagen des Journalismus*. Wiesbaden: Springer vs.
- NIGGEMEIER, STEFAN (2018): Journalisten mit Migrationshintergrund. »Ich habe mich selten türkischer gefühlt als in den vergangenen Tagen«. In: *Übermedien*. <https://uebermedien.de/30092/ich-habe-mich-selten-tuerkischer-gefuehlt-als-inden-vergangenen-tagen/> (17.9.2021).
- OULIOS, MILTIADIS (2009): Weshalb gibt es so wenig Journalisten mit Einwanderungshintergrund in deutschen Massenmedien? Eine explorative Studie. In: GEISSLER, RAINER; PÖTTKER, HORST (Hrsg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland*. Bd. 2. Forschungsbefunde. Bielefeld: transcript, S. 119-144.
- PASTOR, ROBERT (2023): *Die 10 größten deutschen Leitmedien*. <https://pressemeier.de/2023/01/23/die-10-groessten-deutschen-leitmedien/> (4.6.24)

- PEARSON, KARI (1900): X. On the criterion that a given system of deviations from the probable in the case of a correlated system of variables is such that it can be reasonably supposed to have arisen from random sampling. In: *The London, Edinburgh, and Dublin Philosophical Magazine and Journal of Science*, 50(302), S. 157-175.
- RAHNFELD, CLAUDIA (2019): *Diversity-Management. Zur sozialen Verantwortung von Unternehmen*. Wiesbaden: Springer vs.
- SALIN, DENISE (2015): Risk factors of workplace bullying for men and women: The role of the psychosocial and physical work environment. In: *Scandinavian Journal of Psychology*, 56(1), S. 69-77.
- SCHUBERT, KLAUS; KLEIN, MARTINA (2020): Konservatismus. Das Politiklexikon. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17742/konservatismus> (20.8.2021).
- SPILLER, CHRISTIAN (2018): So viel mehr als ein Rücktritt. In: *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/sport/2018-07/mesut-oezil-fussball-rassismus-kommentarruecktritt> (17.9.2021).
- STATISTISCHES BUNDESAMT [DESTATIS] (2018): Erwerbstätige im Durchschnitt 44 Jahre alt – Pressemitteilung Nr. 448 vom 19 November 2018. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/11/PD18_448_122.html#:~:text=Erwerbst%C3%A4tige%20im%20Durchschnitt%2044%20Jahre%20alt%20%2D%20Statistisches%20Bundesamt (13.8.2024).
- STATISTISCHES BUNDESAMT [DESTATIS] (2020): *Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund und Beteiligung am Erwerbsleben. Migration und Integration*. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-staatsangehoerigkeit-staaten.html> (2.9.2021).
- STATISTISCHES BUNDESAMT [DESTATIS] (2021a): *Migration und Integration. Bevölkerung*. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html (10.8.2021).
- STATISTISCHES BUNDESAMT [DESTATIS] (2021b): *Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund*. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-geschlecht-insgesamt.html> (10.8.2021).
- STATISTISCHES BUNDESAMT [DESTATIS] (2022): *Gut jede vierte Person in Deutschland hatte 2021 einen Migrationshintergrund*. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/04/PD22_162_125.html (13.8.2024).
- STATISTISCHES BUNDESAMT [DESTATIS] (2024a): *Bevölkerung nach Nationalität und Geschlecht 1970 bis 2023 in Deutschland*. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/deutsche-nichtdeutsche-bevoelkerung-nach-geschlecht-deutschland.html> (23.8.2024).

- STATISTISCHES BUNDESAMT [DESTATIS] (2024b): *Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Altersgruppen*. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/e?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1724849205045&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&code=13111-0001&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf#abreadcrumb> (28.8.2024).
- STATISTISCHES BUNDESAMT [DESTATIS] (o.J.): *Migration und Integration*. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html (23.8.2024).
- STEIN, PETRA (2019): Forschungsdesigns für die quantitative Sozialforschung. In: BAUR, NINA; BLASIUS, JÖRG (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer vs, S. 125-142.
- STEINDL, NINA; LAURER, CORINNA; HANITZSCH, THOMAS (2019): Die methodische Anlage der Studie. In: HANITZSCH, THOMAS; SEETHALER, JOSEF; WYSS, VINZENZ (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Wiesbaden: Springer vs, S. 25-50.
- THURICH, ECKART (2011a): Liberal/Liberalismus. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16483/liberal-liberalismus> (30.8.2021).
- THURICH, ECKART (2011b) Rechts-Links-Schema. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16547/rechtslinks-schema> (30.8.2021).
- UNIVERSITÄT ZÜRICH (2021): *Pearson Chi-Quadrat-Test (Kontingenzanalyse)*. *Methodenberatung*: https://www.methodenberatung.uzh.ch/de/datenanalyse_spss/zusammenhaenge/pearsonzush.html (2.9.2021).
- VON GARMISSEN, ANNA; BIRESCH, HANNA (2019): *Welchen Anteil haben Frauen an der publizistischen Macht in Deutschland?* https://www.pro-quote.de/wp-content/uploads/2019/11/ProQuote-Studie_print_online_digital-2019.pdf (31.1.2025).
- WALTHER, BJÖRN (2020): *Levene-Test in SPSS durchführen*. ANOVA, Levene-Test, SPSS. <https://bjoernwalther.com/levene-test-in-spss-durchfuehren/> (10.9.2021).
- WEISCHENBERG, SIEGFRIED; MALIK, MAJA; SCHOLL, ARMIN (2006): *Die Souffleure der Mediengesellschaft*. Konstanz: UVK.
- WELLBROCK, CHRISTIAN-MATHIAS; KLEIN, KONSTANTIN (2014): *Journalistische Qualität – eine empirische Untersuchung des Konstrukts mithilfe der Concept Map Methode*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- INTERNATIONAL ORGANIZATION FOR MIGRATION [IOM] (2022): *World Migration Report*. Verfügbar unter: <https://publications.iom.int/books/world-migration-report-2022> (27.7.2023).
- ZANONI, PATRIZIA; JANSSENS, MADDY (2003): Deconstructing Difference: The Rhetoric of Human Resource Managers' Diversity Discourses. In: *Organization Studies*, 25(1), S.55–74.

Essay

Thomas Hauser

Gefährdeter Journalismus, gefährdete Demokratie

Anmerkungen zur Medienentwicklung in Zeiten der Digitalisierung

Abstract: Digitalisierung und Ökonomisierung verändern nicht nur den öffentlichen Raum und damit den öffentlichen Diskurs. Alle können heute mit allen kommunizieren. Das ermöglicht theoretisch einen herrschaftsfreien Diskurs, führt aber aktuell eher zu einem babylonischen Medienmix: Fake News, Propaganda und PR stehen gleichrangig neben seriösen Informationen. Viele reden, aber kaum jemand hört zu. Diese Entwicklung unterhöhlt die Geschäftsmodelle klassischer Medien und stürzt den Journalismus in eine Legitimitätskrise. Der Text analysiert diese Entwicklung und benennt die großen Herausforderungen für Medien und Gesellschaft.

Keywords: Bürgerbeteiligung, Demokratie, Digitalisierung, Deliberative Öffentlichkeit, Habermas, Journalistische Medien, Medienbildung, Soziale Netzwerke

»Knapp vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern sehen [...] die Demokratie in Deutschland zunehmend gefährdet. 78,9 Prozent stimmen [...] der Aussage zu, dass die Demokratie heute stärker angegriffen wird als noch vor fünf Jahren. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten repräsentativen Bevölkerungsbefragung des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung hervor. Nur 3,4 Prozent finden, dass die Demokratie weniger angegriffen wird als noch zuvor. Der Umfrage nach wünscht sich die Bevölkerung, dass den Angriffen stärker entgegengewirkt wird.« (o. V. 2023a^[1])

1 Die Meldung nimmt Bezug auf Kleist u. a. 2023.

Über diese Meldung stolperte ich im Mai 2023. Warum? Weil uns das sorgen muss? Sicher, aber das allein hätte mich nicht stolpern lassen. Solche Meldungen gibt es derzeit fast täglich, ich hätte diese längst aktualisieren müssen. Alarmiert hat mich die zweite Feststellung in der Meldung über diese Umfrage, nach der 84,9 Prozent der Befragten meinen, es sei Aufgabe der Bundesregierung, etwas dagegen zu tun (vgl. o. V. 2023a). Das hatte ich anders gelernt. Eine Demokratie ist dann stark und lebendig, wenn sie von einer starken und lebendigen Bürgergesellschaft, gewiss auch Bürgerinnengesellschaft getragen und entwickelt wird. Die aber ist bequem geworden. Wenn der Staat den Alleinunterhalter geben soll, tendiert das in Richtung autoritärer Herrschaftsformen oder wahlweise in eine gefährliche Überforderung. Natürlich kann und muss auch der Staat die Zivilgesellschaft dabei unterstützen. Vor allem durch eine kluge Politik. Dazu gäbe es viel zu sagen.

Man könnte auch länger über die Fehlentwicklungen der Demoskopie, ihre Überhöhung im politischen Prozess und über die Fallstricke falscher oder suggestiver Formulierungen und deren Folgen räsonieren. Das wäre ein eigener Beitrag. Obwohl, ein Seitenstrang unserer Fragestellung ist das schon. Denn auch die Demoskopie ist Akteur in jenem öffentlichen Raum, in dem sich heute alle zu übertönen suchen, aber kaum jemand mehr zuhört.

Um die Herausforderungen zu verstehen, braucht es einige wenige grundsätzliche Vorbemerkungen. Danach wende ich mich kurz dem Phänomen Öffentlichkeit zu und der Frage, was es mit dem Strukturwandel auf sich hat, der seit der Habilitationsschrift von Jürgen Habermas (HABERMAS 1971) nicht nur durch die Feuilletons geistert. Dann richten wir den Blick auf die Entwicklung der Medien, wobei ich mich auf die Zeitungen und ihre digitalen Ausformungen konzentrieren möchte, auch wenn die verschiedenen Mediengattungen heute ineinanderfließen. Aber eine Betrachtung, die auch die Entwicklung des (öffentlich-rechtlichen) Rundfunks einbezüge, wäre in der Kürze seriös nicht zu leisten. Schließlich werfen wir noch einen Blick auf die Gesellschaft und wollen nachspüren, was die Entwicklung der Medien mit ihr und der Demokratie macht. Und wir halten auch noch nach dem Rettenden Ausschau.

1. Demokratie braucht Öffentlichkeit

Am Anfang soll Ernst-Wolfgang Böckenförde stehen, der ehemalige Bundesverfassungsrichter und Staatsrechtler. Es geht um das nach ihm benannte Diktum, das ein Dilemma beschreibt:

»Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. [...] Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her aus der moralischen Substanz des

Einzelnen oder der Homogenität der Gesellschaft reguliert. Andererseits kann er diese Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwangs und autoritativen Gebots zu regulieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben.« (BÖCKENFÖRDE 1976: 92ff.)

Die Bibliotheken sind gefüllt mit Beiträgen, in denen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an diesem Diktum abgearbeitet haben. Für unsere Zwecke genügt es, Böckenförde um Habermas zu ergänzen, um die aktuelle Herausforderung deutlich zu machen. Habermas kommt in seiner Kommunikationstheorie zu der Erkenntnis, dass moderne Gesellschaften sich nicht mehr auf diesen verbindlichen Hintergrundkonsens verlassen können. Aufkommende Konflikte müssten deshalb über das Medium der Kommunikation bewältigt werden. Gefunden werden müsse ein konstruktives Zusammenspiel zwischen den entscheidungsorientierten Beratungen, die durch demokratische Verfahren reguliert sind, und den informellen Meinungsbildungsprozessen einer informierten Öffentlichkeit (vgl. HABERMAS 1992: 13).

Damit wird nebenbei die Basis für die deliberative Demokratie enttarnt, die als »Politik des Gehört-Werdens« im Regierungsprogramm von Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg einen wichtigen Platz fand (vgl. KRETSCHMANN u. a. 2011) und die Gisela Erler, die lange dafür zuständige Staatsrätin für Zivilgesellschaft, in diesem Zusammenhang gebetsmühlenartig ergänzte: »gehört werden, nicht erhört werden« (z. B. HAUSER/WINKLER 2022: 44).

Dem jetzt aber nachzugehen, würde aus den Augen verlieren, dass mit Habermas jene ominöse »Öffentlichkeit« als zentrale Akteurin die Bühne betritt. Sie verlangt unsere volle Aufmerksamkeit, wenn wir nach Gefährdungen der Demokratie fahnden.

Wer oder was ist diese »Öffentlichkeit«? Alles, was nicht privat ist, wäre die scheinbar einfache Antwort. Dann aber müssten wir privat definieren. In Zeiten des weltweiten Datennetzes geraten wir dabei jedoch schnell in Treibsand. In diesem Zusammenhang ist schon einmal über das Ende der Privatheit diskutiert worden (vgl. z. B. WHITAKER 1999).

Habermas entwickelt den Begriff aber genau in dieser Abgrenzung aus dem griechischen Stadtstaat, in dem er die Sphäre der *Polis*, die den freien Bürgern gemeinsam ist, streng von der Sphäre des *Oikos* trennt, die jedem einzelnen zu eigen ist. Auch wenn sich, so Habermas, das öffentliche Leben, *bios politicos*, auf dem Marktplatz, der *agora* abspielt, ist es nicht lokal gebunden, sondern entwickelt sich aus dem Gespräch (vgl. HABERMAS 1971: 15ff.).

Vereinfacht und in die Gegenwart transformiert könnte man sagen: Öffentlichkeit ist der Beziehungsraum von Individuen zu sozialen Gebilden. In liberalen Gesellschaften meint Öffentlichkeit aufseiten des Staats die Transparenz seines Tuns, aufseiten der Gesellschaft interessierte und aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich durch allgemein zugängliche Quellen eine

kritische Meinung bilden und teils mittelbar – z. B. durch Wahlen –, teils unmittelbar – mit Hilfe von Parteien, Bürgerinitiativen, Bürgerräten und ähnlichem – an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung des Staates teilnehmen.

In diesem öffentlichen Raum vollzieht sich ein permanenter Wandel. Jürgen Habermas hat den für die Zeit bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts beschrieben – von der repräsentativen Öffentlichkeit vordemokratischer Zeiten über die bürgerlich-literarische Öffentlichkeit bis zu deren Auszehrung durch Ökonomisierung und Konzentration (vgl. HABERMAS 1971). Dass seine Analyse an einem Punkt endet, an dem diese bürgerliche Öffentlichkeit und ihre Medien vor einer ihrer raren Blütezeiten standen, ist eine andere Geschichte. Der Grundbefund blieb richtig: Idealerweise lenken professionelle Medien den Blick auf »wichtige« Themen und organisieren die Diskussion darüber. Sie erzwingen im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger Transparenz. Sie helfen so den Bürgerinnen und Bürgern, sich informiert entscheiden zu können.

In diesem Modell stecken Voraussetzungen, Anmaßungen und Zumutungen: Journalismus maßt sich an zu wissen, welches Thema wichtig ist und öffentlich diskutiert werden muss. Er lebt davon, dass ihm Leser:innen, Hörer:innen und Zuschauer:innen vertrauen, dass sie ihm glauben, selbst keine anderen Ziele zu verfolgen als zu informieren und Argumente zu liefern; dass er also ehrbarer Dienstleister der Bürgergesellschaft ist.

Auf der anderen Seite stehen Journalistinnen und Journalisten im Zentrum vielfältiger Beeinflussungsversuche. Man braucht sie, man hofiert sie, man bedrängt sie. Leider wurden und werden sie auch immer wieder eingesperrt oder sogar getötet. Der Schriftsteller Gustav Freytag hat diese Herausforderung vor mehr als 170 Jahren so formuliert: »Alle Welt klagt über ihn [den Journalismus], und jedermann möchte ihn für sich benutzen.« (FREYTAG 1988: 71) Die Journalist:innen selbst aber sollen davon unbeeindruckt und objektiv bleiben.

Das kann nicht gut gehen und tut es auch immer wieder nicht. In der Geschichte finden sich nicht nur exzellente Recherchen, Reportagen und Analysen, sie ist auch voll von journalistischer Hybris, Fehlern, Fehlverhalten und Geringschätzung des Publikums. Helmut Schmidt hatte recht:

»Politiker und Journalisten. Das sind beides Kategorien von Menschen, denen gegenüber größte Vorsicht geboten ist: Denn beide reichen vom Beinahe-Staatsmann zu Beinahe-Verbrechern. Und der Durchschnitt bleibt Durchschnitt.« (zit. n. RAUE 2015^[2])

Aber, so möchte ich ergänzen, mit dem unabhängigen, professionellen Journalismus ist es wie mit der Demokratie, er ist die schlechteste Möglichkeit, außer allen anderen.

2 Der Satz fiel nach unterschiedlichen Medienberichten – u. a. spiegel.de, tagesthemen.de – übereinstimmend bei einer Rede vor Studierenden in Freiburg. Allerdings ist es wie bei vielen geläufigen Zitaten schwierig einzuschätzen, ob sich da nicht verschiedene Quellen gegenseitig stützen und wie der genaue Wortlaut war.

2. Journalistische Medien in der digitalen Krise

Journalistische Medien waren immer Kulturgut und Wirtschaftsgut zugleich. Natürlich auch Machtinstrument. Aber es galt lange, was Habermas nur bis Mitte des 19. Jahrhunderts gelten lassen wollte:

»Die Verleger sicherten der Presse die kommerzielle Basis, ohne sie jedoch als solche zu kommerzialisieren. Eine Presse, die sich aus dem Rasonnement [der vernünftigen Erwägung] des Publikums entwickelt [...] hatte, blieb durchaus Institution dieses Publikums selbst: wirksam in der Art eines Vermittlers und Verstärkers, nicht mehr bloßes Organ des Informationstransportes und noch kein Medium der Konsumentenkultur.«
(HABERMAS 1971: 219)

Das war möglich, weil die strikte Trennung zwischen Redaktion und Verlag noch weitgehend galt. Bis in die 1990er-Jahre konnten selbstbewusste Redaktionen ihre Rolle ausfüllen, ohne den Geschäftsinteressen ihrer Verleger zu schaden. Dann aber begann sich die Bindung zwischen Medien und Publikum zu lockern, die Auflagen der gedruckten Zeitungen sanken – zunächst langsam, dann immer schneller. Und als 2001 die dot.com-Blase platzte, rauschten auch die Anzeigenerlöse nach unten. Die großen Internetkonzerne sogen durch ihren wachsenden Erfolg den finanziellen Sauerstoff aus den journalistischen Newsrooms. Heute entfallen auf sie über 50 Prozent der weltweiten Werbeumsätze. Google allein erzielt in Deutschland mehr Anzeigenerlöse als alle Tageszeitungen zusammen.

Besonders schwer hatten es die Regionalzeitungen, über Jahrzehnte eine wichtige Säule der deutschen Demokratie. Ihr Einnahmenmix, zwei Drittel Werbung, ein Drittel Abo- und Verkaufserlöse, war plötzlich Geschichte. Im Internet herrscht das Discounter-Prinzip: kleine Marge, große Stückzahl. Dafür fehlt den meisten Zeitungen Größe und Reichweite. Redaktionen haben es immer dann leichter, unabhängig zu sein, wenn es ihren Verlagen finanziell gut geht.

Selbst mit steigenden Abo-Preisen ließ sich das alte Geschäftsmodell nicht in die digitale Welt übertragen. Internetnutzer:innen lernten rasch, dass Nachrichten dort kostenlos waren. Die großen Plattformen verdienten sich goldene Nasen, auch indem sie die Angebote klassischer Medien verwerteten. Für letztere blieben, wie der Verleger Hubert Burda einmal beklagte, nur »lousy pennies« (zit. n. MEIER 2009^[3]). Wobei der Streit darüber, ob die Verlage früher hätten Bezahlschranken errichten müssen, im Rückblick absurd erscheint. Wer das tat, hatte keine Reichweite, wer das nicht tat, zumindest Leserinnen und Leser. Einnahmen hatten beide nicht.

3 Hubert Burda hat das bei der Digital-Life-Design-Konferenz in München 2009 gesagt und sich ein Jahr später in seiner Eröffnungsrede bei derselben Veranstaltung noch einmal darauf bezogen.

Bis heute können die journalistischen Erlöse aus dem Digitalgeschäft die Rückgänge von Print nicht ausgleichen. Das heißt, in der schönen neuen Medienwelt brachen die Einnahmen aus dem klassischen Geschäft ein, während die großen Kostenblöcke, Druck und Vertrieb, nicht entsprechend verkleinert werden konnten. Kräftig steigende Abonnementspreise bremsten zwar kurzfristig die Einnahmerückgänge, verschärften längerfristig aber die Krise. Denn zugleich wurde an den Kostenblöcken gespart, die man schnell beeinflussen konnte: Personal und Produkt. Das aber kommt einem Suizid aus Angst vor dem Tod gleich. Zugleich kam es zu einer Welle von Fusionen. Heute werden in einem Newsroom manchmal Dutzende Zeitungstitel nebeneinander produziert.

Besonders drastisch kann man das am Beispiel des Lokaljournalismus beobachten. Die Präsenz in der Fläche ist zeit- und personalaufwändig und damit besonders teuer. Die in der Not sinkender Erlöse als Hinwendung zu den Leser:innen verkaufte Alternative *Regionalberichterstattung* ist in Wirklichkeit eine Entfernung. Reportagen erzählen Geschichten, deren Relevanz sich an einem vermuteten Leserinteresse misst. Am Puls der Stadt horcht man weniger, um das Augenmerk auf wichtige Themen zu lenken, sondern vor allem, um auf sich aufmerksam zu machen. Die Folge ist nicht nur eine Entpolitisierung, sondern auch eine Umdeutung des Begriffs *Relevanz*. Relevant ist heute das, was Nutzerinnen und Nutzer auf die eigene Plattform zieht und dort möglichst lange bindet.

Begonnen hat die journalistische Zeitenwende mit Einzug der elektronischen Datenverarbeitung in die Redaktionen zu Beginn der 1980er-Jahre. Mit ihr hat sich die Arbeit dort radikal verändert. Zunächst wanderten Satz, Layout und Korrektur in die Redaktion. Heute werden die Seiten von dort ohne Umwege an die Druckplattenherstellung geschickt. Beiträge für die digitale Ausgabe werden direkt veröffentlicht. Damit einher ging ein doppelter Wechsel der Perspektive. Konzipierten Journalist:innen ihre Beiträge früher für Print, um sie dann auch online zu stellen, so ist das in der Regel heute umgekehrt. Und adressierten sie ihre Beiträge früher an mündige Bürgerinnen oder Bürger, so umgarnen sie nun den Konsumenten oder die Konsumentin.

Menschen leben heute nicht mehr mit, sondern in den Medien. Hier wird kommuniziert, organisiert, gekauft, sich informiert, werden Beziehungen angebahnt, gepflegt und beendet. Dies führt zu einem Wettlauf um Aufmerksamkeit, dem knappen Gut der Digitalwirtschaft. Es gilt, Nutzerinnen und Nutzer zu loyalisieren, wie das entlarvend heißt. Aus diesem Grund wandert zunehmend auch das Marketing in die Newsrooms, wo das Verhalten der Mediennutzer in Echtzeit beobachtet und auf Konsequenzen für das weitere Angebot untersucht wird. Das alles verändert die Themen, die Sprache, die Erzählweise und die Tonlage.

Damit geriet auch das journalistische Konzept ins Wanken. Zeitungen – lassen wir den Boulevard außen vor – verkaufen sich in Deutschland zu gut

90 Prozent im Abonnement. Journalisten treffen hier auf Leserinnen und Leser, die schulmeisterliche Attitüden zwar beklagen, aber auch erwarten. Sie bezahlen dafür, dass ihre Zeitung aus dem Grundrauschen an Informationen die Nachrichten herausfiltert, die sie brauchen, um ihre Rolle als Bürgerin oder Bürger spielen zu können; dass sie ihnen Argumente und Hintergründe liefert, um im demokratischen Diskurs zu bestehen.

3. Journalismus in der digitalen Öffentlichkeit

Der Mensch in der digitalen Welt kann sich selbst ertüchtigen. Er will sich nichts vorsagen oder auswählen lassen. Er kann in Echtzeit Ereignisse verfolgen, ohne am Ort des Geschehens sein zu müssen, direkt auf viele Originalquellen zugreifen, mit wichtigen Akteurinnen und Akteuren chatten, er kann seinen eigenen Filter definieren oder sich seine eigene Öffentlichkeit schaffen.

Journalismus verliert hier nicht nur seine Gatekeeper-Funktion, er wird zum Bittsteller, der darum buhlen muss, wahrgenommen zu werden und seine Dienste anbieten zu dürfen. Daher überrascht es nicht, dass das weltweite Netz nach den Regeln des Boulevards funktioniert. Themen aus den Bereichen Rotlicht, Blaulicht, Flutlicht gehen immer, Politik funktioniert allenfalls als Erwartung sofortiger Lösungen. Empörung ersetzt Auseinandersetzung. Die vertiefende Darstellung und Analyse komplexer Sachverhalte wird zum Minderheitenthema, John F. Kennedys Aufforderung, zu fragen, was man für den Staat tun könne, zur Zumutung. Und die Umgangsformen sind hemmungslos. Der Kabarettist Christian Ehring hat diesen digitalen öffentlichen Raum als »Empörium« bezeichnet.⁴ Bernhard Pörksen sieht uns darin als »fünfte Gewalt« in einer »mentalen Pubertät« agieren (PÖRKSEN 2021: 26¹⁵). Im Ergebnis führt dies zu demselben Befund: Die Öffentlichkeit befeuert jene Entwicklung der Demokratie, die sie beklagt.

Man kann im öffentlichen Raum heute ein Phänomen beobachten, das man von Gasthöfen oder Familienfeiern kennt. Jeder und jede will sich mit jeder und jedem unterhalten. Um sich Gehör zu verschaffen, reden alle immer lauter durcheinander. Am Ende schwirrt allen der Kopf.

Die Öffentlichkeit heute ist ein überfüllter Raum geworden. Neben Journalismus finden sich da neue und professionelle Gatekeeper wie die großen

4 In einer Sendung von *Extra 3* im ARD-TV. Wer das Wort geprägt hat, ist schwer zu ermitteln. Es gibt z. B. auch einen Song von Aut of Orda auf Youtube mit dem Titel *Das Empörium schlägt zurück*. https://www.youtube.com/watch?v=HY54yN_mlhs (25.11.2024)

5 Das komplette Zitat lautet: »Wir leben in einer Phase der mentalen Pubertät im Umgang mit neuen Möglichkeiten, erschüttert von Wachstumsschmerzen der Medienrevolution, denen wir mit konzeptioneller Klugheit begegnen müssen.« In Interviews spricht Pörksen von einem »Zeitalter der digitalen Pubertät«, z. B. im Gespräch mit Marie-Christine Werner in SWR 2 am 19.10.2019.

Internetplattformen mit ihren undurchsichtigen Algorithmen. Hier agieren Propaganda und PR, die personell und finanziell massiv aufgerüstet haben. Auch die Demoskopie mischt immer penetranter mit. Ebenso jene merkwürdigen Satire-Information-Desinformations-Shows, die sich mit dem Namen Jan Böhmermann verbinden. Dazwischen tummeln sich Influencer, Bloggerinnen und wir alle mehr oder weniger intensiv in den Sozialen Netzwerken. Durch die Migration ist die nationale Öffentlichkeit auch noch global geworden. Der Migration von Menschen folgt die Migration ihrer Medien und ihrer Themen. Schließlich können sich auch Länder wie Russland oder China mit gezielten Desinformationskampagnen einmischen.

Das alles hat Folgen: Seriöse Informationen stehen neben Falschnachrichten, PR, Propaganda oder Nonsens. Wenn aber alles scheinbar gleich viel wert ist, hat nichts mehr einen Wert. Und wenn Politiker wie Friedrich Merz triumphieren »wir brauchen die nicht mehr« (zit. n. o.V. 2020)⁶, gemeint sind Journalistinnen und Journalisten, weil Parteien oder Interessenverbände nun direkt mit Wählerinnen oder Anhängern kommunizieren können, dann sollten ebenso die Alarmglocken schrillen, wie wenn Elon Musk, der Eigner von X (einer Plattform, die einmal als harmlos zwitschernder Vogel Karriere machte) im russischen Gazprom-Sender NTW erklärt, dass »alle Nachrichten Propaganda sind. Die Menschen müssen selbst entscheiden« (zit. n. SHTEYNGART 2023: 20). Aus dem Traum vom herrschaftsfreien Diskurs im Internet, den seine Pioniere träumten und der für Jürgen Habermas die moraltheoretische Voraussetzung für eine lebendige, funktionierende Demokratie ist, ist derzeit eher ein Albtraum geworden.

Dabei sind im Internet alle Grundzutaten für einen herrschaftsfreien Diskurs angerichtet, denn die Digitalisierung birgt eine Fülle von Chancen. Mündige Bürgerinnen oder Bürger müssen Medien nicht mehr nur empfangen, sie können selbst zu Sendern werden. Ein Kern des Streits um die Pressefreiheit in England war im 18. Jahrhundert der Wunsch, aus dem Parlament berichten zu dürfen. Heute können wir alle auch viele Originalquellen einsehen, was lange nur Insidern, Politikerinnen, Wissenschaftlern oder Journalistinnen möglich war. Und wir können vom Sofa aus auf Medien in aller Welt zugreifen und uns mit Menschen in aller Welt unterhalten, vorausgesetzt wir sind der entsprechenden

6 Das komplette Zitat lautet: »Im Augenblick gibt es ja eine richtige Machtverschiebung zwischen denen, die Nachrichten verbreiten, und denen, die Nachrichten erzeugen. Und zwar zugunsten derer, die die Nachrichten erzeugen. Wir brauchen die nicht mehr. Und das ist das Schöne. Sie können heute über Ihre eigenen Social-Media-Kanäle, über Youtube ein Publikum erreichen, das teilweise die Öffentlich-Rechtlichen, auch die privaten institutionalisierten Medien nicht mehr erreichen. Wenn man das richtig nutzt, wenn man das gut macht, dann haben Sie über diese Kanäle eine Möglichkeit, Ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, Ihre eigene Deutungshoheit auch zu behalten über das, was Sie gesagt haben. In ganz anderer Form, als wir das früher gehabt haben. So, und das ist die gute Nachricht der Digitalisierung.« Das hat Friedrich Merz am 21. Januar 2020 beim AKV-Rittertalk in Aachen gesagt. Es gibt einen Video-Mitschnitt, aber auch zahlreiche Medienreaktionen und einen Protest des Deutschen Journalistenverbands; vgl. *Der Standard*, 17.2.2020. <https://www.derstandard.at/story/2000114666921/cdu-politiker-friedrich-merz-haelt-herkoemmliche-medien-fuer-verzichtbar> (25.11.2020)

Sprachen mächtig oder nutzen Übersetzerprogramme. Das heißt: Wir sind so frei wie nie bei der Wahl unserer Informationsquellen. So frei, dass wir in Gefahr geraten, in der Informationsflut zu ertrinken.

Brauchten wir früher einen Dienstleister, der Themen und Quellen aufspürte, so müssen wir heute als Perlentaucher nach Themen und Informationen suchen, die wirklich relevant sind, damit wir unserer Aufgabe als Bürgerinnen und Bürger gerecht werden können. Künstliche Intelligenz, KI, kann da beim Suchen helfen, aber wie weit wollen wir sie entscheiden lassen?

Mit dem zunehmenden Einsatz von KI verschärft sich eine weitere Herausforderung: Wenn die Grenzen zwischen Mensch und Maschine, Fakt und Fake so verschwimmen, dass es kaum mehr möglich ist, zwischen wahr und falsch zu unterscheiden, werden wir aufs Glauben zurückgeworfen. Das aber wäre das Ende der Aufklärung.

Das aktuelle Fazit ist ernüchternd: Die Digitalisierung hat die mal mehr, mal weniger gut funktionierende Symbiose zwischen Journalismus und Gesellschaft erst entzaubert und dann zerstört. Entzaubert, weil das durch sie mündig gewordene Medienpublikum plötzlich nicht nur selbst zum Sender werden und seine Informationen weitgehend barrierefrei direkt an andere verbreiten konnte. Es konnte die journalistische Arbeit nun auch scheinbar leichter überprüfen und dabei feststellen, was man eigentlich immer wissen konnte: Journalismus ist nicht objektiv. Er selektiert, gewichtet und verschweigt, macht Fehler, und manchmal verfolgt er auch eine eigene Agenda. Der Vorwurf der Lügenpresse schien so plötzlich plausibler. Auch weil viele, die ihn lautstark skandieren, ausblenden, dass die, die ihn erheben, Lügen und Betrügen zum Kern ihres Programms erhoben haben. Und dass sie unabhängige Medien bekämpfen, weil sie ihre aufklärende Kraft fürchten.

Bei so viel Durcheinander sah sich Anfang dieses Jahrzehnts der Altmeister der Kommunikationstheorie, Jürgen Habermas, von seinem Alterssitz am Starnberger See aus zu einer Intervention veranlasst.

»Ein demokratisches System nimmt im Ganzen Schaden, wenn die Infrastruktur der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit der Bürger nicht mehr auf die entscheidungsbedürftigen Themen lenken und die Ausbildung konkurrierender Öffentlichkeit, das heißt *qualitativ gefilterter* Meinungen nicht mehr gewährleisten kann. [...] Es ist deshalb keine politische Richtungsentscheidung, sondern ein verfassungsrechtliches Gebot, eine Medienstruktur aufrechtzuerhalten, die den inklusiven Charakter der Öffentlichkeit und einen deliberativen Charakter der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung ermöglicht.« (HABERMAS 2022: 65-67^[7])

7 Zuerst publiziert in: SEELIGER, MARTIN; SEVIGNANI, SEBASTIAN (Hrsg.) (2021): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Sonderband 37 der Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft Leviathan. Baden-Baden: Nomos.

Professioneller Journalismus ist öffentliche Daseinsvorsorge. Deshalb steht er auch unter dem Schutz von Artikel 5 des Grundgesetzes. Dies rechtfertigt sich aber nur dann, wenn er seine wichtigste Aufgabe erfüllt: die Zivilgesellschaft so aufzuklären, dass sie ihre Rolle in der Demokratie ausfüllen kann. Was aber, wenn die das gar nicht mehr will? Vor allem für jüngere Generationen sind Zeitungen, schon gar Lokalzeitungen mittlerweile kaum noch relevant. Sie beziehen ihre Informationen über digitale Plattformen (TikTok, YouTube, Instagram). Wobei es spannend wäre, zu untersuchen, wo die Quellen der dort konsumierten Nachrichten liegen. Persönliche, gewiss nicht repräsentative Erfahrungen mit Studierenden lassen dabei die Arbeitshypothese zu, dass doch viele Spuren Richtung klassische Medien verweisen.

4. Gesellschaft und Politik in der digitalen Kultur

Zeit für einen Perspektivwechsel: Es gilt, die Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Dass Staat und Gesellschaft in multiplen Krisen stecken, ist mittlerweile ein Gemeinplatz. Die erste Erschütterung gab es mit dem Platzen der dot.com-Blase und den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001. Da hieß der Kanzler noch Gerhard Schröder. Der Krisenmodus prägte dann fast die gesamte Kanzlerinnenzeit von Angela Merkel. Finanzkrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise, der Überfall Putins auf die Krim, Flucht und ungeplante Migration, Afghanistan, Syrien, die erste US-Präsidentschaft Donald Trumps, Corona, das Erstarken der Rechtspopulisten weltweit und hierzulande – das alles fand schon vor der Regierungszeit von Olaf Scholz statt. Ebenso wie der Klimawandel, die Digitalisierung oder der wachsende globale Führungsanspruch Chinas.

Die Welt, an die wir uns gewöhnt hatten, geht unter, die Zukunft verschwimmt und viele Probleme können bestenfalls beherrscht werden. Die Öffentlichkeit aber erwartet, dass Politik diese Probleme löst, und zwar schnell und so, dass sich möglichst wenig verändert und vor allem niemand etwas verliert. Angela Merkel war meisterhaft darin, uns glauben zu machen, dass sie alles im Griff hat, auch wenn, wie wir heute wissen, vieles liegen blieb und manche Herausforderung heute umso wuchtiger zurückgekehrt ist. »Sie kennen mich«. Mit diesem Slogan hat sie Wahlen gewonnen, wenn auch mit schrumpfenden Mehrheiten. Asymmetrische Demobilisierung wurde das genannt. Olaf Scholz schien vielen diesbezüglich als ihr logischer Nachfolger.

Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Der Blick auf das Wahlergebnis von 2021 zeigte bereits, dass die Gesellschaft genauso uneins ist wie die Ampel, die sie gewählt hatte. Moderne liberale Gesellschaften, zumal solche mit hoher Zuwanderung, sind keine homogenen Gemeinschaften, sondern komplexe und daher fragile Gebilde. Der Soziologe Andreas Reckwitz diagnostizierte zunächst

eine Gesellschaft der Singularitäten (vgl. RECKWITZ 2017) und dann eine neue Klassengesellschaft (vgl. GERWIEN 2018). In ihr dominiert eine neue Mittelklasse mit hohen Bildungsabschlüssen, die vorwiegend in Städten lebt, von der Globalisierung profitiert und viel Wert auf Selbstverwirklichung und Lebensqualität legt. Sie verdrängt die alte Mittelklasse des Industriezeitalters, die eher regional verwurzelt war und Wert auf Ordnung, Disziplin und Status legte. Dieser Verdrängungsprozess löst Entwertungserfahrungen und Verlustängste aus, die sich in Konflikten entladen und Populist:innen vielfältige Geschäftsmodelle für ihr »Verlustunternehmertum« (vgl. JAKOBS 2023) bieten.

Hinzu kommt ein wachsendes Dienstleistungsproletariat mit nur geringen Chancen für einen sozialen Aufstieg. In ihm versammeln sich unter anderen viele Migrant:innen, was deren Integration erschwert und ebenfalls zu Konflikten führt. Multiethnische Gesellschaften wie unsere importieren zudem internationale und reanimieren national verdrängte historische Konflikte. So angreifbar solche Gesellschaftsmodelle sind, der Befund der Komplexität und Fragilität ist kaum zu bestreiten. Solche Gesellschaften müssen ihre Gemeinsamkeit immer wieder in schwierigen Prozessen aufs Neue mit sich selbst aushandeln; wenn eine solche Gemeinsamkeit überhaupt noch möglich ist.

Mit dieser brisanten Gemengelage sah sich Olaf Scholz bereits bei seinem Amtsantritt konfrontiert, sowie mit riesigen Erwartungen und latentem Misstrauen. Moderne Konsumbürgerinnen und -bürger erwarten von Politik alles, trauen ihr aber nicht über den Weg. Ausgestattet wurde Scholz für diese Mission mit dem schwächsten Wählermandat aller Kanzlerinnen und Kanzler seit 1945. Und mit zwei Koalitionspartnern, deren Ziele nicht unterschiedlicher sein konnten. Ein Basta-Kanzler, wie ihn sich viele wünschen, würde bei solchen Mehrheitsverhältnissen schnell zum »Vati« im Lied *Vatis Argumente* von Franz-Josef Degenhardt, in dem Vati permanent wütend ist, weil er merkt, dass ihn keiner mehr ernst nimmt.

Die Analyse der Ampelkoalitionäre hatte dies alles vermutlich schon im Blick, bevor sie ihr Abenteuer begannen. Erinnert sei an das Selfie, das ihre Entschlossenheit dokumentieren sollte. Was sie hätten leisten müssen, davon gibt der Hamburger Kultursenator Carsten Brosda in seinem Buch *Mehr Zuversicht wagen* mit Verweis auf die Mitbegründerin der Black-Lives-Matter-Bewegung, Alicia Garza, eine Ahnung:

»Die einzelnen Gruppen sind mittlerweile zu klein, um sich nur auf sich selbst zu beziehen und Solidarität aus Ähnlichkeit und Identität zu verspüren. Es kommt darauf an, über Unterschiede hinweg Allianzen zu bilden, weil wir alle von ähnlichen Herausforderungen betroffen sind. Wir brauchen politische Bewegungen, die Komplexität aushalten können, denn nur so lernen wir, wie wir einander erreichen können, selbst wenn uns das Unbehagen bereitet.« (BROSDA 2023: 323)

Es geht also darum, Dissens konstruktiv zu nutzen, um neue Lösungen zu finden.

Dann kam Putins Einmarsch in die Ukraine – die Zeitenwende, wie Olaf Scholz diagnostizierte. Mit ihr lag nicht nur die globale Nachkriegsordnung in Trümmern, sondern geriet auch das Wohlstandsversprechen ins Wanken. Die Erzählung aller Reformer, dass hinter den Anstrengungen des Veränderungsprozesses eine bessere, erfolgreiche Zukunft warte, wurde unglaublich. Und das Mantra des Kanzlers, man sei auf einem guten Weg, wurde nicht nur wegen handwerklicher Fehler und politischer Schaukämpfe in seiner Koalition merkwürdig surreal. Das Ergebnis ist eine Stimmung, die die reale Lage weit schlechter redet als sie ist.

Gescheitert ist diese Koalition am Streit um die Staatsfinanzen. Eine zentrale Ursache liegt aber wahrscheinlich darin, dass sie keine Linie im Umgang mit jenem »Empörium« entwickelt hat. Die ruhige Hand des schweigsamen Kanzlers prallte je heftiger auf das ungeduldige Profilierungsgerangel der Koalitionspartner und die überzogene Erwartungshaltung vieler Bürgerinnen und Bürger, desto deutlicher wurde, dass die Herausforderungen der Gegenwart nicht mehr mit dem Fastnachtsmotto »Allen Wohl und niemand Weh« beantwortet werden können. Allianzen über Unterschiede hinweg zu bilden, wie Brosda es fordert, ist spätestens seit dem Verfassungsgerichtsurteil zum Haushalt vom 15. November 2023 nicht mehr mit dem Scheckbuch zu leisten.

Aber hier soll ja weniger der Zustand der Politik als die Entwicklung von Medien und Journalismus beleuchtet werden. In Situationen wie heute wäre ein Journalismus gefragt, der wirklich Relevantes von Aufgeregtheiten und Befindlichkeiten trennt, komplexe Sachverhalte sorgfältig beschreibt und die hitzigen öffentlichen Debatten verbal abrüstet und versachlicht.

Die Wirklichkeit läuft in die entgegengesetzte Richtung: Medien, die darauf starren, was ihre Nutzer:innen wollen, die zuspitzen (müssen?), um sich Gehör zu verschaffen, verstärken Sorgen und Aggressionen, statt sie durch sachliche Aufklärung zu rationalisieren. Sie werden zum Pranger und Alarmgeber und verstärken so die Hysterie in der politischen Auseinandersetzung. Sie unterstützen auch die Konsumentenhaltung der Bürgerinnen und Bürger, die von Politik rasche Problemlösung verlangt. All das mündet in jener Politiker- und Demokratieverdrossenheit, die man dann mit Umfragen belegt, um sie zu beklagen. Das Ergebnis hat der französische Schriftsteller Silvain Tesson für sein Land so treffend beschrieben, dass es auch Eingang in den zweiten Teil der Filmkomödie *Monsieur Claude* fand: »Frankreich ist ein Paradies, das von Leuten bewohnt wird, die sich in der Hölle glauben.« (zit. n. KUPER 2022) Dieser Befund könnte auch für Deutschland zutreffen.

Sind also doch mal wieder »die Medien« schuld? Solch reflexhafte Polemik ist dem Ernst der Lage nicht angemessen und für die Suche nach Lösungen nicht

hilfreich. Zu der aktuellen Lage haben viele, hat vieles beigetragen, und die meisten waren dabei Getriebene und nicht Treiber. Die Frage »Wer ist schuld?« führt nur dazu, dass alle auf alle anderen zeigen.

Mir schwirrt ein Bild durch den Kopf. Danach kann man sich Politik als großes Mobile vorstellen, in dem viele Widersprüche ausbalanciert werden müssen. Freiheit und Sicherheit ist so ein Paar, Individualität und Solidarität ein anderes. Man könnte Tausende solcher Paare nennen. Die Aufgabe wird noch dadurch erschwert, dass beim Versuch, ein Paar auszubalancieren, plötzlich etwas an ganz anderer Stelle in Schiefelage gerät, das man überhaupt nicht im Blick hatte.

Viele von uns hatten das Glück, in eine Zeit geboren worden zu sein, in der dieser Balanceakt ganz gut gelungen ist. Auch weil wir Risiken und Nebenwirkungen unseres Wohlstands ausgelagert oder verdrängt haben. Wir lebten Jahrzehnte in stabilen und friedlichen Verhältnissen und haben vergessen, dass dies in der Geschichte eher die Ausnahme als die Regel ist. Allzu oft blies nämlich ein Wind der Veränderung, der das Mobile durcheinanderwirbelte.

Eine solche Phase erleben wir gerade. Wir stehen in multiplen Krisen, von denen die meisten nicht lösbar, sondern bestenfalls beherrschbar sind. Wir stecken in Transformationsprozessen, in denen es nicht nur Gewinner geben wird. Wir haben eine Politik, in der die Parteibindung der Wählerinnen und Wähler schwindet und die Parteien deshalb versucht sind, »Triggerpunkte« (früher hießen sie Reizworte) zu bespielen, um Aufmerksamkeit zu bekommen, wie der Soziologe Steffen Mau und andere analysieren (vgl. MAU/LUX/WESTHEUSER 2023). Und wir haben Medien, bei denen auch die seriösen verstärkt zuspitzen, emotionalisieren, personalisieren und skandalisieren, um im anschwellenden Lärm der digitalen Öffentlichkeit Gehör zu finden. Zugleich ist klar: Wir werden die Herausforderungen nicht meistern mit Konsum- und Wutbürger:innen, nicht mit einer populistischen, aber auch nicht mit einer umfragegetriebenen Politik des allen Wohl und niemand Weh, nicht mit einer Ökonomie, in der Profit vor Moral geht, und nicht mit Medien, die sich als Teil der Konsumkultur begreifen.

Bisher habe ich analysiert, was schiefläuft oder nicht hilft, und mich des Privilegs der Schwarzmalerei bedient, hinter dem es sich Wissenschaftler und Journalistinnen manchmal etwas zu bequem machen. Aber nur wer richtige Fragen stellt und die Wirklichkeit genau beobachtet und beschreibt, vermag richtige Schlüsse zu ziehen. Auch wenn er so manchmal zur Cassandra wird, wie Andreas Reckwitz im August 2023 im *Handelsblatt*. Ohne wachsenden Wohlstand drohe westlichen Demokratien die Implosion, sagte er da (vgl. JAKOBS 2023).

Dann ist es wohl höchste Zeit, ein Apfelbäumchen zu pflanzen. Nicht, weil plötzlich Optimismus angebracht wäre. Optimismus, so analysierte Anfang Januar 2024 die Philosophin Susan Neiman in der *Zeit* mit Verweis auf Immanuel Kant, der am 22. April 2024 seinen 300. Geburtstag gefeiert hätte: »Optimismus

ist nicht Hoffnung. Optimismus ist die Verkennung der Tatsachen. Hoffnung zielt darauf, Tatsachen zu ändern.« (NEIMAN 2024)

5. Ausschau nach rettenden Möglichkeiten

Was also kann gegen die demokratiegefährdende Krise der liberalen Öffentlichkeit helfen? Oder anders gefragt: Wie zivilisiert man die digitale Öffentlichkeit? Ein Patentrezept gibt es nicht. Trauen wir also niemandem, der uns ein solches verkaufen will. Gefordert sind alle Ebenen von Politik und Gesellschaft.

Beginnen wir mit der Politik. Die steht vor der Herausforderung, für die großen digitalen Plattformen nicht nur Regeln zu definieren, sondern diese auch durchzusetzen. Diese Plattformen sitzen in den USA oder in China, agieren weltweit und fühlen sich im Zweifel für die von Ihnen transportierten Inhalte nicht zuständig. Auch die Daten fließen weltweit und liegen meist auf Servern außerhalb Europas. Regeln definieren muss Politik trotzdem, aber damit sie damit ernst genommen wird, sollte das besser zumindest europaweit geschehen. Die EU hat deshalb verschiedene Gesetze beschlossen, 2022 zum Beispiel den »Digital Service Act«. In Gänze ist er Mitte Februar 2024 in Kraft getreten.

Aber wie schwierig es ist, solche Regeln durchzusetzen, zeigt sich z. B., wenn es darum geht, Hass und Fakes zu löschen. Eigentlich sind die Plattformbetreiber verpflichtet, das zu kontrollieren, auf Hinweise zu reagieren und tätig zu werden. Aber was machen sie, wenn die, wie im Fall des russisch dominierten Messenger-Dienstes Telegram, in Malta sitzen und auf rechtliche Verfügungen einfach nicht reagieren? Wenn die Internetriesen mit Beginn der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump sich mit der Macht verbünden und alle Regulierungen bekämpfen oder ignorieren? Wenn, wie im Fall Twitter, das jetzt X heißt, der Besitzer Elon Musk selbst Hass und Fake News verbreitet? X, so beschreiben es Insider, sei ein ungemütlicher, unwirtlicher Ort geworden (vgl. z. B. KÜHL 2023; o.V. 2023b; COHEN 2023). Aber er ist ein zentraler Marktplatz für die Kommunikation zwischen Politik und professionellen Medien.

Die Auseinandersetzung zwischen dem Primat der Politik und der Herrschaft des Rechts auf der einen und der Unverfrorenheit libertärer Turbokapitalisten auf der anderen Seite könnte man interessiert verfolgen, wenn sie nicht das Potential hätte, der rechtsstaatlichen Demokratie den Garaus zu machen. Wobei die Frontlinien nicht immer so eindeutig sind, wie wir z. B. im Ringen um Regeln für künstliche Intelligenz in Europa gesehen haben. Es geht schließlich auch um Milliardenmärkte und drohende Abhängigkeiten von China und den USA. Politik und Recht stehen also vor schwierigsten Abwägungen und Auseinandersetzungen. Als Gesellschaft sollten wir die beiden mit ihrer Verantwortung nicht allein lassen. Die Gesellschaft muss als Ganze ihre mediale

Pubertät überwinden und erwachsen werden. Und dabei ist jeder und jede auch persönlich gefordert.

Helfen könnte dabei die Bildung. Wir leben heute in den Medien und können sie – vielleicht – bedienen, aber wir beherrschen sie nicht. Wir müssen unseren Kindern und Enkeln nicht erklären, wie die Technik funktioniert. Da sind sie uns längst überlegen. Was fehlt ist *Medienbildung*. Sie müsste in der Ausbildung von Erzieher*innen und Lehrer*innen beginnen, eine massive Aufrüstung von Technik und Personal in den Schulen umfassen und den kritischen Umgang mit Chancen und Risiken zum Querschnittsthema im Unterricht machen. Das weiß man seit langem in den Ministerien von Bund und Ländern. Geschehen ist erschreckend wenig. Wir diskutieren noch über Basisfragen, aber mit der rasanten Entwicklung von KI-Anwendungen rollt schon die nächste Riesenwelle auf uns zu.

Was muss sich in den Medien ändern? Nichts weniger als die Grundeinstellung. Medien, die sich als Instrument der Konsumkultur verstehen, sind Teil des Problems, nicht der Lösung. Sie müssen politischer werden, auch um Politik zwingen zu können, seriöser zu werden. Aufmerksamkeit verdient nicht der, der am lautesten Skandal schreit, sondern der, der sich der Komplexität der Herausforderungen stellt und zumindest versucht, sie zu verstehen und zu erklären. So betrachtet waren die Diskussionen um das Gebäudeenergiegesetz – Habecks Heizungshammer –, aber auch die um das Verfassungsgerichtsurteil zur Schuldenbremse Tiefpunkte des öffentlichen Diskurses.

Medien müssen auch wieder lokaler werden. Demokratie lebt von unten. Und wer Demokratie will, muss sie leben. Ein wesentlicher Grund für den Niedergang der Volksparteien ist, dass sie ihre lokale Basis verloren haben. Sie sind zu anonymen Unternehmen geworden, die mehr von Politikberatern oder Meinungsumfragen beeinflusst werden als von einem lebendigen Austausch mit ihrer Basis wenn sie denn überhaupt noch eine haben.

Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich aktuell bei den Regionalzeitungen, die über Jahrzehnte ein wichtiger Stabilisator der Demokratie waren. Ihrer Funktion als Agora der Demokratie beraubt, fristen sie vielfach ein Dasein als Empörer und Unterhalter. Das Lokale war immer Lernort der Demokratie. Wenn Lokaljournalismus schwindet, und das tut er, auch wenn uns das Marketing anderes glauben machen will, dann schadet das der Demokratie. Medien müssen deshalb wieder Informant, Diskussionsplattform und gesuchter Nachbar werden. Aber wie?

Wenn richtig ist, dass moderne Gesellschaften sich schwertun, mit Verlusten umzugehen, und dass Gesellschaften wie die unsrige wahrscheinlich in den kommenden Jahren eher nicht mit einer Steigerung ihres Wohlstands rechnen können, zumindest nicht in ihrer Breite, dann leidet diese Gesellschaft nicht zuletzt am Verlust einer positiven Perspektive.

Konstruktiver Journalismus ist deshalb folgerichtig eine Antwort aus der Branche. Diesen Ansatz aber als Aufforderung zur Schönfärberei misszuverstehen, wäre fatal. Er ist eher eine Rückbesinnung auf lange vernachlässigte Wurzeln. Journalismus sollte nicht nur das Negative suchen und das Problem oder das Versagen beschreiben, sondern die Herausforderungen in ihrer Komplexität darstellen und sich an der Suche nach Lösungen beteiligen. Oder nach Beispielen des Gelingens.

Andere Antwortspuren finden sich in den USA, die viele Entwicklungen oft Jahre früher durchleben als Europa. Man kann dort unsere Zukunft beobachten und könnte so auch manche Fehlentwicklungen vermeiden. Was leider selten gelingt. In den USA gibt es mittlerweile weite Landstriche ohne professionelle lokale Medien. Aber während Medienunternehmen immer mehr Personal abbauen, erhöhen dort mittlerweile namhafte Stiftungen ihre Ausgaben für Regionalnachrichten.

In Ohio zum Beispiel hat sich so eine Initiative namens Cleveland Documenters gegründet. Sie zahlt geringe Honorare an etwa 600 Clevelander – keine erfahrenen Reporter:innen, sondern neugierige Bürgerinnen und Bürger, damit die sich bei lokalen Regierungssitzungen Notizen machen. Diese werden dann online veröffentlicht. Sie nennen es nicht Journalismus, sondern Information. Den fördernden Stiftungen geht es nicht um Journalismus um des Journalismus willen, sondern in erster Linie darum, die Wahlbeteiligung zu verbessern. Untersuchungen zeigen, dass die (und andere Formen des bürgerlichen Engagements) sinkt, wenn die Menschen das Gefühl haben, nicht genügend Informationen zu erhalten. Aus dieser Initiative ist mittlerweile nicht nur ein Netzwerk in anderen Städten entstanden, daraus hat sich auch eine vollwertige Nachrichtenredaktion entwickelt, die rund 25 Journalist*innen beschäftigt und vier »Community-Zuhörer«. Die sammeln Ideen für Geschichten aus einem Viertel, in dem zwei Drittel der Einwohner in Armut leben.

In Indianapolis soll ein ähnliches Projekt gestartet werden. Bevor Stiftungen ihre Förderung zusagten, wurden 1137 Menschen in 79 der 90 Bezirke der Stadt ausführlich befragt. Am häufigsten angesprochen wurde nicht der Wunsch nach ausführlicher Berichterstattung über die Fehler und Skandale der Regierung, sondern der Wunsch zu erfahren, was in ihrem Ort geschieht. Gerry Lanosga, Direktor des Instituts für Journalistik an der Universität von Indiana, bringt das auf den Punkt: »Eine Möglichkeit, den Bedarf an investigativen Berichten über Korruption in der Regierung zu vermeiden, ist eine reguläre Berichterstattung.« (zit. n. GREENWELL 2023)

Unsere Urahnen hätten das kaum besser formulieren können, als sie die Pressefreiheit erkämpften. Wir sollten sie und die Demokratie nicht verspielen.

Über den Autor

Thomas Hauser (*1954) war 40 Jahre Redakteur bei der *Badischen Zeitung* in Freiburg, davon 15 Jahre als Chefredakteur und drei Jahre als Herausgeber des Blattes. Heute ist er Buchautor und lehrt gelegentlich an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Literatur

- BÖCKENFÖRDE, ERNST-WOLFGANG (1976): Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. In: ders: *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht*. Frankfurt/M.: Suhrkamp (zuerst 1963).
- BROSDA, CARSTEN (2023): *Mehr Zuversicht wagen. Wie wir von einer sozialen und demokratischen Zukunft erzählen können*. Hamburg: Hoffmann & Campe.
- COHEN, JULIA (2023): Analysis finds hate speech has significantly increased on Twitter. *phys.org*, 24.4.2023. <https://phys.org/news/2023-04-analysis-speech-significantly-twitter.html> (26.11.2024).
- FREYTAG, GUSTAV (1988): *Die Journalisten*. Lustspiel in vier Akten. M. e. Nachw. v. Bernd Goldmann: Stuttgart: Reclam. (zuerst 1854).
- GERWIEN, TILMAN (2018): Führender Soziologe: Warum die Volksparteien abstürzen und die Gesellschaft auseinanderfällt. Interview mit Andreas Reckwitz. In: *Stern*, 11.10.2018. <https://www.stimmung.co/post/fuehrender-soziologe-warum-die-volksparteien-abstuerzen-und-die-gesellschaft-auseinanderfaellt> (26.11.2024).
- GREENWELL, MEGAN (2023): Solutions Oriented. How foundation money is transforming local news. In: *Columba Journalism Review (CJR)*, 16.10.2023. https://www.cjr.org/local_news/solutions-oriented-cleveland-documentars-community-foundation.php (26.11.2024).
- HABERMAS, JÜRGEN (1971): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 5. Aufl. Neuwied, Berlin: Luchterhand (zuerst 1962).
- HABERMAS, JÜRGEN (1992): *Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- HABERMAS, JÜRGEN (2022): Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit. In: ders.: *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Berlin: Suhrkamp, S. 9-67.
- HAUSER, THOMAS; WINKLER, DANIELA (Hrsg.) (2022): *Gehört werden: Neue Wege der Bürgerbeteiligung*. Stuttgart: Kohlhammer.
- JAKOBS, HANS-JÜRGEN (2023): Soziologe Reckwitz: »Populismus ist Verlustunternehmertum«. Interview. In: *Handelsblatt*, 5.8.2023. <https://>

- www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-soziologe-reckwitz-populismus-ist-verlustunternehmertum/29295330.html (26.11.2024).
- KLEIST, J. OLAF; WEIBERG, MIRJAM; SCHÖLL ANJA (2023): Mehr Demokratie fördern! Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft. In: *DeZIM Briefing Notes*, 10. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/mehr-demokratie-foerdern/> (26.11.2024).
- KRETSCHMANN, WINFRIED u. a. (2011): *Regierungserklärung am 25. Mai 2011 im Landtag von Baden-Württemberg*. https://pdf.live/edit?url=https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Altdaten/202/110525_Regierungserklaerung_MP_Kretschmann_Protokollfassung.pdf&source=f&installDate=011224 (24.11.2024)
- KÜHL, EIKE (2023): Rechte Kaffeekränzchen und ein aufmunternder Chatbot. In: *zeit.de*, 15.12.2023. <https://www.zeit.de/digital/internet/2023-12/x-elon-musk-chatbot-soziale-medien>
- KUPER, SIMON (2022): Warum jammern die Französinen und Franzosen eigentlich immer? In: *NZZ*, 30.4.2022. <https://www.nzz.ch/international/frankreich-sie-sind-im-paradies-und-glauben-sich-in-der-hoelle-ld.1780244> (26.11.2024).
- MAU, STEFFEN; LUX, THOMAS; WESTHEUSER, LINUS (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- MEIER, CHRISTIAN (2009): Hubert Burda: »You get lousy pennies on the web«. In: *kress*, 26.1.2009. <https://kress.de/news/beitrag/93526-hubert-burda-quot-you-get-lousy-pennies-on-the-web-quot.html#> (25.11.2024).
- NEIMAN, SUSAN (2024): Wie geht Frieden, Immanuel Kant? In: *Die Zeit*, 2, 3.1.2024.
- o. V. (2020): Merz wegen Geringschätzung klassischer Medien in der Kritik. In: *Der Spiegel*, 17.2.2020. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-merz-wegen-geringschaetzung-klassischer-medien-in-der-kritik-a-c6a0dd7c-0e0a-41da-baa6-764f5e7a7dfb> (25.11.2024).
- o. V. (2023a): Bürgerumfrage. Mehrheit sieht Demokratie in Gefahr. In: *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 22.5.2023. <https://www.sueddeutsche.de/politik/buergerumfrage-mehrheit-sieht-demokratie-in-gefahr-1.5874661> (24.11.2024).
- o. V. (2023b): Elon Musk entsperrt x-Konto von Verschwörungstheoretiker Alex Jones. In: *zeit.de*, 10.12.2023. <https://www.zeit.de/digital/internet/2023-12/elon-musk-entsperrt-verschwoerungstheoretiker-alex-jones> (26.11.2024).
- PÖRKSEN, BERNHARD (2021): *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*. Erw. Neuausg. München: Goldmann. (Originalausgabe München: Hanser 2018)
- RAUE, PAUL JOSEF (2015): Helmut Schmidt: Politiker und Journalisten teilen sich das Schicksal... In: *Das neue Handbuch des Journalismus und Online-Journalismus*.

<http://www.journalismus-handbuch.de/helmut-schmidt-politiker-und-journalisten-teilen-sich-das-schicksal-7329.html> (24.11.2024).

RECKWITZ, ANDREAS (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Berlin: Suhrkamp.

Shteyngart, Gary (2023): Gewalt, Putin, Hakenkreuze, Potenzmittel.

In: *sz-Magazin*, Nr. 20, 28. 5. 2023. <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/politik/fernsehen-tv-russland-propaganda-gary-shteyngart-92742?reduced=true> (25.11.2023).

WHITAKER, REG (1999): *Das Ende der Privatheit, Überwachung, Macht und Kontrolle im Informationszeitalter*. München: Antje Kunstmann.

Essay

Fred Vultee

Im Kulturkampf

Rechte Medien und die Bedeutung von Sicherheitsthemen bei den US-Wahlen 2024

Abstract: Die US-Wahl 2024 verdeutlicht, welche politische Sprengkraft eine medial erzeugte oder verstärkte Unsicherheit in der Bevölkerung hat – jenes Gefühl also, kulturelle Werte und das soziale Gefüge seien in Gefahr. Dieses Gefühl wird ununterbrochen durch episodische Nachrichten bestärkt, beispielsweise zu den Themen Migration und Kriminalität. Die einzelnen Informationen müssen nicht falsch sein, durch ständige Wiederholung und besondere Sichtbarkeit einzelner Ereignisse entsteht aber das verzerrte Bild eines Landes, das in einem Notstand und nur durch extreme politische Aktionen zu retten sei. In den USA fördern parteiische Medien wie Fox News solche Vorstellungen eines Kulturkampfes.

Keywords: Fox News, Kriminalität, Desinformation, Agenda Setting, Versicherunglichung (securitization theory)

In der US-Präsidentenwahl 2024 ist die große Bedeutung der »Versicherunglichung« (*securitizing discourse*) erkennbar geworden – eines Diskurses, in dem Unsicherheitsgefühle erzeugt werden, die eine harte Hand und extreme politische Maßnahmen legitimieren sollen. Dieser Diskurs hat so unterschiedliche Themen wie Einwanderung, Frauen im Sport und die Diversitätspolitik von Unternehmen miteinander vermengt und zur Zielscheibe für den politischen rechten Teil einer gespaltenen Wählerschaft gemacht. Die Folgen eines von den Medien angeheizten »Kulturkampfes« zeigen sich in ähnlicher Form in anderen NATO-Mitgliedsländern und werden dort ebenfalls noch in Wahlkämpfen und Wahlen bedeutsam sein.

Die Theorie der »Versicherheitlichung« (*securitization*, BUZAN et al. 1998) spiegelt die Spannungen zwischen Vertretern eines orthodoxen Sicherheitsbegriffs und jenen wider, die »Sicherheit« umfassender begreifen (vgl. VULTEE 2022). In konstruktivistischer Perspektive schafft Versicherheitlichung einen Raum auch für gesellschaftliche und kulturelle Auseinandersetzungen, zum Beispiel für »die Tragfähigkeit [...] traditioneller Muster von Sprache, Kultur, religiöser und nationaler Identität und Bräuche« (BUZAN et. al 1998: 119) – neben traditionellen Orten von Sicherheit und Sicherheitspolitik wie dem politischen System, der Wirtschaft und dem Militär. In der von Buzan et al. skizzierten Struktur beginnt ein »Versicherheitlichungsschritt« (*securitizing move*), wenn ein Akteur eine existenzielle Bedrohung für das geschätzte »Referenzobjekt« (*referent object*) geltend macht und sich um Zustimmung bemüht, das Thema jenseits des politischen in einen Bereich der Sicherheit zu verlagern, in dem alles erlaubt ist: ein »globaler Krieg gegen den Terror« zum Beispiel oder Donald Trumps 2015 erhobene Forderung nach einem »totalen und vollständigen Stopp« der Einwanderung von Muslimen. Obwohl Versicherheitlichung eher eine Theorie der Politik als der Medien ist, gewinnen entsprechende Botschaften durch mediale Mechanismen an Stärke, zum Beispiel durch Agenda-Setting (die Bedeutung von Themen) und Framing (wie die Eigenschaften dieser Themen bestimmte Ereignisse zu Nachrichten machen).

Identität – ein »Wir«, das sich auf »unsere Lebensweise« beruft – ist dabei das mobilisierende gesellschaftliche Konzept (vgl. BUZAN et al. 1998: 119), in diesem Fall die bedrohte Identität des bedrängten weißen christlichen Mannes (oder zumindest der Welt, die er dazu bestimmt sieht, von ihm regiert zu werden). Es ist eine »gekaperte Opferrolle« (HRONEŠOVÁ/KREISS 2024), die von Politikern wie Donald Trump und Viktor Orbán genutzt wird, »um die Macht einer dominanten Gruppe zu erhalten oder auszuweiten« (HRONEŠOVÁ/KREISS 2024: 1). In den USA sind ihr Ziel und ihre Gegner die Liberalen, von denen sie angeblich »aus dem »Mainstream« verdrängt worden sind«; in Europa wiederum führe ein »Diktat aus Brüssel« dazu, dass »Migranten und Minderheitengruppen den Nationalstaat und dessen Familienpolitik bedrohen« (2024: 6).

Diese gesellschaftlich konstruierten Vorstellungen von Bedrohung stellen das angeschlagene Mediensystem, über das politische Informationen die Öffentlichkeit erreichen, vor besondere Herausforderungen. Renommierte US-Zeitungen, die von Technologiebaronen kontrolliert werden, sahen sich während des Wahlkampfes in ihrer redaktionellen Autonomie beeinträchtigt. So blockierte der Eigentümer der *Los Angeles Times* einen Leitartikel, der Trumps demokratische Gegenkandidatin Kamala Harris unterstützte, und versprach einen politischen »Verzerrungsmesser« (*bias meter*, RAINEY 2024), um auf die Vorbehalte konservativer Leserinnen und Leser einzugehen, die der Verlag zu gewinnen hoffte. Mit Unterstützung des Eigentümers Jeff Bezos erklärte auch der neue Verleger der

Washington Post, dass die Zeitung »zu ihren Wurzeln zurückkehren« und keine Präsidentschaftskandidaten mehr in Leitartikeln unterstützen wolle, also auf die jahrelang üblichen *endorsements* verzichten werde (LEWIS 2024).

In den sozialen Medien wurde der Tech-Unternehmer Elon Musk zu einem spendablen und lautstarken Unterstützer von Trump und dessen Anliegen. Schließlich wandte sich Musk auch Europa zu und führte unter anderem ein Gespräch mit Alice Weidel, der Vorsitzenden der AfD. Er streamte das Gespräch auf seiner Plattform x. Zudem teilte er Inhalte, die die AfD als »Bewegung zum Wiederaufbau Deutschlands und zur Herauslösung Europas aus der globalistischen Kontrolle« anpriesen. Auch wenn seine Beziehungen zu rechten Akteuren in Großbritannien komplexer sind, hat er dort ebenfalls für Einwanderungsgegner geworben. In den USA setzte er seine Angriffe auf die angebliche Bedrohung durch DEI-Programme (*diversity, equity, inclusion*) fort.

Bei einer Wählerschaft, die so stark gespalten ist wie die der USA im Jahr 2024 (Trump's Vorsprung bei der Wahl betrug etwa 1,5 Prozentpunkte), hat die Rolle der sozialen Medien, die Themen verstärken und in bestimmte Richtungen lenken, zur Folge, dass unabhängige, professionell arbeitende Medien das Nachsehen gegenüber parteiischen Medien haben. Das Bild von der existenziellen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit, der Wirtschaft und des Lebensstils, wie es der populäre, politisch rechte Sender Fox News heraufbeschwört, mag auf Nachrichten über einzelne kleine Ereignisse beruhen. Aber durch Wiederholung und Verstärkung wirken diese Ereignisse für das Publikum viel größer und bedeutsamer.

Die redaktionelle Parteinahme für einzelne Kandidatinnen und Kandidaten (*endorsement*) spiegelt zugegebenermaßen weniger die öffentliche Meinung als die Vorrechte der Verleger wider; sie ist persuasiv, aber weitgehend symbolisch. Die Rolle der sozialen Medien steht dem ursprünglichen Konzept des Agenda-Settings der Medien näher: In der Formulierung, die McCombs und Shaw (1972) aus früheren Arbeiten zur Berichterstattung über die Außenpolitik entlehnt haben, sagen die Nachrichten den Menschen nicht, *was* sie denken sollen, sondern vielmehr, *worüber* sie nachdenken sollen. Wie McCombs und Shaw (1993) zwei Jahrzehnte später in einer Retrospektive bekräftigten, geht es beim Agenda-Setting weniger um Einstellungsänderungen als um einen Wissenstransfer – im vorliegenden Kontext um solche Informationen, aus denen eine allgemeine Bedrohung konstruiert wird.

Dabei spielen nicht nur Fakten eine Rolle. Die Verbreitung von Fehlinformationen durch politische Parteien in den sozialen Medien kann Ausdruck eines »radikalen Rechtspopulismus« sein, der »ausgrenzende Ideologien« fördert (TÖRNBERG/CHUERI 2025: 2). Eine »falsch informierte Wählerschaft« wirkt sich zum Vorteil dieser Parteien aus. Studien stützen die Idee, dass das Publikum rechter Medien eher Dinge weiß, die nicht wahr sind, und Dinge nicht weiß, die

wahr sind. Konfrontiert mit drei Fehlinformationen über den zweiten us-Irak-Krieg – über vermeintliche Massenvernichtungswaffen, über Verbindungen mit al-Qaida und über weltweite Unterstützung für die us-Invasion – war die Wahrscheinlichkeit, dass Fox-News-Nutzer mindestens eine dieser falschen Vorstellungen vertraten, am größten; beim Publikum der öffentlichen, nicht-kommerziellen us-Sender war die Wahrscheinlichkeit am geringsten (vgl. KULL et al. 2003). Umfragen im Herbst 2024 ergaben, dass das Publikum von Fox News und noch weiter rechts stehender Medien nicht nur andere Prioritäten setzte als die Leserinnen und Leser überregionaler Zeitungen oder das Publikum anderer TV-Sender, sondern dass sie auch andere Dinge über diese Themen wussten (bzw. zu wissen glaubten). Sie gaben mit größerer Wahrscheinlichkeit falsche Antworten zu Wirtschaftsdaten und zur Entwicklung von Kriminalität und Einwanderung; und diejenigen, die falsche Antworten gaben, neigten eher zu den Republikanern (vgl. IPSOS 2024).

Diese Ergebnisse allein beweisen nicht, dass die Menschen von Fox News falsche Informationen erhalten hätten oder dass Fox nie korrekte Informationen zu diesen Themen präsentierte. Eine Untersuchung der Top-Stories auf der Fox-Homepage (foxnews.com) von 2022 bis 2024 unterstreicht jedoch die Bedeutung von Frequenz und Platzierung bei der Informationsweitergabe. Anders ausgedrückt: Wenn Nachrichten über einzelne Verbrechen im Zusammenhang mit Einwanderung und mit Opfern, die als besonders schutzbedürftig gelten, stets zur Top-Story werden, ist es weniger wahrscheinlich, dass aggregierte Daten über den Rückgang der Einwanderung oder der Kriminalität einen bleibenden oder meinungsbildenden Eindruck hinterlassen, sofern sie überhaupt Aufmerksamkeit finden. Wie die Agenda-Setting-Studie von McCombs und Shaw (1972) kann und braucht eine Untersuchung zu solchen Zusammenhängen nicht sämtliche Inhalte eines Mediums zu erfassen; die Bestimmung der wichtigsten, am besten platzierten Geschichten kann als Maßstab für die redaktionelle Praxis und die Publikumsrezeption dienen. Kleinere Berichte von Verbrechen können dann Vorgänge noch ergänzend illustrieren.

Ein Gesetzentwurf, der im Jahr 2025 im neu gewählten us-Kongress zügig durchkam und der »die Inhaftierung von Einwanderern ohne legalen Status auf Bundesebene vorschreibt, die des Diebstahls, Einbruchs und anderer ähnlicher Verbrechen beschuldigt werden« (SUTER 2025), wurde nach einer Krankenpflegeschülerin benannt, die im Februar 2024 beim Joggen in Georgia ermordet worden war. (Ein venezolanischer Mann, der illegal in die USA eingereist war, wurde im November 2024 für diese Tat verurteilt.) Das Verbrechen war in den folgenden acht Tagen mindestens einmal pro Tag die Top-Story auf der Fox-Homepage: die Suche nach einem Verdächtigen, Kommentare der beiden damals erwarteten Präsidentschaftskandidaten (Trump und Amtsinhaber Joe Biden) sowie Reaktionen von Freunden. Andere Geschichten über Einwanderung, über

Grenzsicherung und Taten, die Venezolanern zugeschrieben wurden, erschienen ebenfalls in großer Aufmachung. Am neunten Tag tauchte die Georgia-Story nicht mehr unter den vier Top-Ten-Stories auf, wohl aber zwei Artikel, die die Grenzpolitik der Regierung angriffen.

Ein ähnlicher Fall, der 2023 eine Woche lang die Schlagzeilen beherrschte, betraf eine Frau, die in der Nähe eines Wanderwegs in Maryland tot aufgefunden worden war. Dieses Ereignis rückte 2024 erneut auf den Zeitungsseiten nach oben, als ein Salvadorianer, der ebenfalls irregulär eingewandert war, für ihren Tod verantwortlich gemacht wurde. Die Familie der Frau sprach später auf dem Parteitag der Republikaner, auf dem Trump offiziell als Kandidat für das Amt des Präsidenten nominiert wurde. Am ersten Tag seiner Rückkehr ins Amt rief Trump den »nationalen Notstand« an der Südgrenze der USA aus (*The Guardian* 2025).

Die Zusammenhänge zwischen Einwanderung, Medien und Wut im rechten Lager traten auch klar zutage, nachdem auf einer Party in England drei junge Mädchen erstochen worden waren, wofür fälschlicherweise muslimische Einwanderer verantwortlich gemacht wurden. Ein Kolumnist der *New York Post*, die wie Fox News zu Rupert Murdochs Medienimperium gehört, sah in den Unruhen »eine wichtige Lehre für Amerika«: Da die Polizei »eindeutig etwas über die Identität des Verdächtigen zurückhielt«, seien die Ausschreitungen eine verständliche Reaktion auf Online-Gerüchte gewesen (MURRAY 2024). Mit anderen Worten: Hätte man der Öffentlichkeit von vornherein gesagt, dass es sich bei dem Tatverdächtigen um einen in Wales geborenen Mann handelte, hätten die Menschen keine Moscheen angreifen müssen.

Auf beiden Seiten des Atlantiks will die Politik »Grenzen« zur Verbesserung der körperlichen und der gesellschaftlichen Sicherheit ziehen. Eine weitere Proklamation Trumps am ersten Tag seiner Amtszeit weist auf die Rolle von Gendervielfalt als eine von den Rechten wahrgenommene Bedrohung hin: Trump erklärte es zur Bundespolitik, dass es »nur zwei Geschlechter gibt, männlich und weiblich« (*The Guardian* 2025). Die Anordnung fiel auf fruchtbaren Boden, ebenso wie Trumps Wahlkampfdiskurs. Geschichten über eine Trans-Sportlerin im Frauenschwimmteam eines Colleges in Pennsylvania gehörten seit Januar 2022 an 18 von 33 Tagen zu den Top-Stories auf der Fox-Homepage. Über eine Trans-Sportlerin in einem College-Volleyballteam in Kalifornien wurde im Monat vor der Wahl sechs Mal berichtet, in den folgenden vier Wochen neun Mal. Auf einer Kundgebung am Wochenende vor der Wahl lobte Trump ein anderes Frauenteam, das nach seinen Worten »dem Gender-Irrsinn der radikalen Linken« getrotzt hatte (MORIK 2024).

Bei Wirtschaftsthemen besteht das Problem weniger in einem Übermaß an episodischen als in einem Defizit an kontinuierlichen Informationen. Im Jahr 2022 gehörte der monatliche Regierungsbericht über die Inflation mindestens einmal am Tag seiner Veröffentlichung zu den Top-Stories auf der Homepage

von Fox News – bis zum September, als der anhaltende Rückgang der Inflation offenbar für Schlagzeilen weniger attraktiv war. Eiligen und sogar aufmerksamen Leserinnen und Lesern kann man es sicherlich nicht vorwerfen, wenn sie ihr Wissen nicht anhand von Informationen aktualisieren, die die Medien nur am Rande vermelden.

Fehleinschätzungen oder Fehlinformationen können auch durch eine Nebentür auf die Nachrichtenagenda gelangen. Der Vorwurf, dass parteipolitische Voreingenommenheit oder DEI-gesteuerte Unfähigkeit die Reaktion auf eine Natur- oder Technologiekatastrophe behindert hätten (wie beim Zusammenstoß eines Flugzeugs mit einem Helikopter über Washington im Januar 2025), mag für sich genommen wenig Substanz und Nachhall haben. Doch sobald solch ein im Grunde abwegiger Vorwurf ein Dementi nach sich zieht oder bei Abgeordneten und in den Sozialen Medien die Forderung nach weiteren Untersuchungen auslöst, erhält er sogleich Auftrieb. Die Funken der behaupteten existenziellen Gefahr müssen nicht groß sein, wenn sie auf dem trockenen Zunder einer Opferrolle landen. Selbst wenn Teile einer Behauptung frei erfunden sind (ein angeblicher Anstieg des Drogenschmuggels aus Kanada), wird das Prinzip der »Versicherheitlichung« klar: Trumps Anordnung zur Verhängung von Zöllen auf Importe aus Kanada, China und Mexiko verkündete, dass »die außergewöhnliche Bedrohung durch illegale Ausländer und Drogen [...] einen nationalen Notstand darstellt«, wobei die Zölle so lange gelten würden, »bis die Krise behoben ist« (THE WHITE HOUSE 2025).

Kommentatoren haben darauf hingewiesen, dass die Kandidatinnen und Kandidaten in us-amerikanischen Wahlkämpfen der vergangenen Jahre scheinbar in zwei Ländern zu zwei unterschiedlichen Bevölkerungen sprechen. Die Ergebnisse von 2024 deuten zumindest darauf hin, dass die Berichterstattung durch zwei verschiedene Mediensysteme erfolgt: Eine gut geschmierte parteiische Pressemaschine erzeugt ihre Version der Wirklichkeit – und eine zersplitterte Gruppe von Organisationen und Medien, die noch an der Idee eines Gemeinwohls festhalten, erzeugt eine andere Version. Die parteiischen Medien scheinen sich damit zu begnügen, ihrer Hälfte des Landes ein ausgewähltes Menü an angeblichen Bedrohungen und Existenzgefährdungen zu servieren. Was die andere Seite betrifft, so kündigte die *Washington Post* wenige Tage vor Trumps Amtseinführung eine neue Mission an: »fesselndes Storytelling für ganz Amerika«. Ob umstritten oder nicht – die Entwicklung hin zur »Versicherheitlichung« ist jedoch für beide Seiten eine Nachricht.

Über den Autor

Fred Vultee (*1955), PhD, ist Professor für Journalismus an der Wayne State Universität in Detroit, USA. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf Nachrichtenpraxis, insbesondere forscht er zu Konstruktionen von nationaler und gesellschaftlicher Sicherheit. Zuvor war er 25 Jahre lang Redakteur bei us-amerikanischen Zeitungen. Kontakt: vulteef@wayne.edu

Übersetzung: Tanjev Schultz mit Unterstützung von DeepL

Literaturverzeichnis

- BUZAN, BARRY; WÆVER, OLE; DE WILDE, JAAP (1998): *Security: A new framework for analysis*. Boulder: Lynne Reiner Publishers.
- ENTMAN, ROBERT M. (1993): Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. In: *Journal of Communication*, 43, S. 51-58.
- HRONEŠOVÁ, JESSIE BARTON; KREISS, DANIEL (2024): Strategically hijacking victimhood: A political communication strategy in the discourse of Viktor Orban and Donald Trump. In: *Perspectives on Politics*, 22(3), S. 717-735.
- IPSOS (2024): The link between media consumption and public opinion. In: *Ipsos*, 18.10., <https://www.ipsos.com/en-us/link-between-media-consumption-and-public-opinion> (21.1.2025).
- KULL, STEVEN; RAMSAY, CLAY; LEWIS, EVAN (2003): Misperceptions, the media, and the Iraq war. In: *Political Science Quarterly*, 118, S. 569-598.
- LEWIS, WILLIAM (2025): On political endorsement: A note from the publisher. In: *The Washington Post*, 25.10.2024. <https://www.washingtonpost.com/opinions/2024/10/25/washington-post-endorsement/> (21.1.2025).
- MCCOMBS, MAXWELL E.; SHAW, DONALD L. (1972): The agenda-setting function of mass media. In: *Public Opinion Quarterly*, 36, S. 176-187.
- MCCOMBS, MAXWELL E.; SHAW, DONALD L. (1993): The evolution of agenda-setting research: Twenty-five years in the marketplace of ideas. In: *Journal of Communication*, 43, S. 58-67.
- MORIK, RYAN (2014): Trump invites ›brave‹ women's swim team that ›stood up to‹ transgender athlete to rally stage. In: *foxnews.com*, 2.11.2024. <https://www.foxnews.com/sports/trump-invites-brave-womens-swim-team-who-stood-up-to-transgender-athlete-rally-stage> (21.1.2025).
- MURRAY, DOUGLAS (2024) Riots in Britain should be warning to us. In: *New York Post*, 8.8.2024. <https://nypost.com/2024/08/08/opinion/riots-in-britain-should-be-warning-to-us/> (21.1.2025).

- RAINEY, JAMES (2024): Patrick Soon-Shiong's controversial shakeup at the L.A. Times: >Bias meter,< opinion upheaval and a call for growth. In: *Los Angeles Times*, 15.12.2024. <https://www.latimes.com/california/story/2024-12-15/la-patrick-soon-shiong-interview> (21.1.2025).
- SUTER, TARA (2025): Padilla says he is a >no< on the Laken Riley act >as currently written.< In: *The Hill*. <https://thehill.com/homenews/senate/5081213-padilla-no-laken-riley-act-currently/> (21.1.2025).
- The Guardian (2025): »What executive orders did Trump sign on day one?« In: *The Guardian*, 20.1.2025. <https://www.theguardian.com/us-news/2025/jan/20/tump-executive-orders-list> (21.1.2025).
- THE WHITE HOUSE (2024): Fact Sheet: President Donald J. Trump imposes tariffs on imports from Canada, Mexico and China. In: *Fact Sheets*, 1.2.2025. <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/02/fact-sheet-president-donald-j-trump-imposes-tariffs-on-imports-from-canada-mexico-and-china/> (2.2.2025).
- TÖRNBERG, PETTER; CHUERI, JULIANNA (2025): When do parties lie? Misinformation and radical-right populism across 26 countries. In: *International Journal of Press/Politics, online first*, S. 1-20. <https://doi.org/10.1177/194016122413118>
- VULTEE, FRED (2022): *A media framing approach to securitization: Storytelling in conflict, crisis and threat*. New York: Routledge.

Debatte

Mandy Tröger / Hendrik Theine

Zum Einfluss der Trump-Regierung auf Medien und Medienregulierung in Europa

Abstract: Die zweite Amtszeit von Donald Trump führt zu tiefgreifenden Veränderungen in der Medienlandschaft, der Regulierung digitaler Plattformen und der politischen Einflussnahme von Technologiekonzernen – auch in Europa. Besonders die enge Verbindung zwischen der Trump-Regierung und Akteuren wie Elon Musk verstärkt die Oligarchisierung der us-Politik. Eine Folge ist die gezielte Nutzung digitaler Plattformen zur politischen Einflussnahme. Gleichzeitig könnte sich die us-Technologie- und Medienpolitik gegen europäische Regulierungsmaßnahmen richten. Diese Entwicklungen verdeutlichen die Notwendigkeit der Stärkung unabhängiger Forschung und eines investigativen Journalismus. Dieser Beitrag analysiert die globalen Auswirkungen der Machtverschiebungen in den USA und mögliche Gegenmaßnahmen.

Keywords: Trump-Regierung, Medien, Medienregulierung, Technologiekonzerne, Europa

Am 20. Januar 2025 übernahm Donald Trump erneut das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Vor vier Jahren führte seine Rhetorik noch zu einem gewaltsamen Angriff auf das Kapitol, bei dem mehrere Personen ums Leben kamen. Nun steht Trump zum zweiten Mal in der Regierungsverantwortung, und die internationale Gemeinschaft verfolgt aufmerksam die Entwicklungen in den USA. Denn die politische Dynamik in den Vereinigten Staaten hat weitreichende Konsequenzen auf Regierungen und Gesellschaften weltweit.

Auch in der Medienlandschaft zeigt sich dieser Einfluss. Unabhängig von der Frage, in welchem Umfang journalistische Inhalte in Europa direkt durch die us-Regierung finanziell unterstützt werden (vgl. PHILIPPIN/CANDEA 2024), spielen Informationen aus dem Umfeld Trumps eine zentrale Rolle in der medialen

Berichterstattung. Journalistinnen und Journalisten in Deutschland, Österreich und Europa greifen auf diese Inhalte zurück, unter anderem über die Plattform X, deren Eigentümer Elon Musk die Reichweite von über 200 Millionen Nutzerinnen und Nutzern gezielt für den US-Wahlkampf einsetzte (vgl. TRÖGER 2024). Unter Trump ist Musk nun Chef der neu geschaffenen Abteilung für Regierungseffizienz (Department of Government Efficiency, DOGE) des Weißen Hauses. In dieser Position verschaffte sich Musk vor kurzem Zugang zum Zahlungssystem des US-Finanzministeriums und damit zu sensiblen persönlichen Daten von Millionen Amerikanern und Amerikanerinnen, die Sozialversicherungszahlungen, Steuerrückzahlungen und andere Gelder von der Regierung erhalten (vgl. STEIN 2025). Dieses Vorgehen verstärkt die Bedenken hinsichtlich der Einflussnahme großer Technologiekonzerne und deren Eigentümer und Eigentümerinnen auf Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen in den Vereinigten Staaten und Europa.

Einerseits haben marktbeherrschende Unternehmen wie Meta (Facebook) und Alphabet (Google) ihren Hauptsitz in den USA, dominieren aber gleichzeitig die digitalen Märkte in Europa und konkurrieren hier miteinander. In Deutschland investieren sie in große Verlagshäuser (vgl. DACHWITZ/FANTA 2020) sowie in journalistische Initiativen wie die »Neuen Deutschen Medienmacher« oder wissenschaftliche Einrichtungen, beispielsweise an der Technischen Universität München (KAHN 2019). Andererseits setzen sich diese Konzerne auf politischer Ebene gemeinsam gegen eine stärkere Regulierung der Technologie- und Digitalwirtschaft sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ein (SEVIGNANI/THEINE/TRÖGER 2025). Mit Elon Musk als Repräsentant der Technologiebranche innerhalb der Trump-Regierung ist anzunehmen, dass die Interessen dieser Unternehmen in der US-Politik noch stärker vertreten werden.

Parallel dazu setzt Donald Trump seine aggressive Rhetorik gegenüber kritischen Medienschaffenden fort. Journalistinnen und Journalisten, die seine Politik hinterfragen, bezeichnet er wiederholt als »Feinde des Volkes« (zit. in SAMUELS 2019). Laut der britischen Tageszeitung *The Guardian* äußerte Kash Patel, damals noch Kandidat, mittlerweile amtierender FBI-Direktor, explizit die Absicht, gezielt gegen Medienschaffende vorzugehen (VINER 2024). Diese Entwicklungen werfen die Frage auf, inwiefern Trumps erneute Präsidentschaft Auswirkungen auf die journalistische Arbeit sowie die Regulierung der Medien und Kommunikation in Deutschland und Europa haben könnte. Im Folgenden besprechen wir drei miteinander zusammenhängende Aspekte, die verdeutlichen, dass Trumps erneute Präsidentschaft weit über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus wirkt. Sie beeinflusst nicht nur politische Strukturen und mediale Diskurse, sondern wirft grundlegende Fragen zur Zukunft der globalen Informationsordnung auf.

Ein zunehmender Druck auf Medien – auch in Europa

Bereits während seiner ersten Amtszeit übte Donald Trump erhebliche Kritik an den etablierten US-amerikanischen Medien. Er deklarierte deren Berichterstattung als unwahr und untergrub damit gezielt die Glaubwürdigkeit journalistischer Arbeit (MEEKS 2020; DOWNIE/SUGARS 2020: 10ff.). Zur Verbreitung seiner politischen Agenda nutzte Trump vorrangig die Plattform Twitter, die ihn letztlich aufgrund von Verstößen gegen ihre Richtlinien, insbesondere im Zusammenhang mit Hassrede und Gewaltaufrufen, im Januar 2021 sperrte (CONGER/ISAAC 2021). Trumps Kommunikation intensivierte die gesellschaftlichen Debatten über Faktizität, Wahrheit und Konsens – beispielsweise in Bezug auf Themen wie die COVID-19-Pandemie, den Klimawandel und strafrechtliche Vorwürfe gegen ihn (SOMMER 2021). Zwar gab es ähnliche Debatten auch zuvor (HONIG 2018), mittlerweile haben sie sich allerdings zu hoch polarisierten medialen Auseinandersetzungen entwickelt, auch in Europa. Ein Report des Committee to Protect Journalists (CPJ) aus dem Jahr 2020 zeigt zudem, wie die damalige Trump-Regierung strafrechtliche Maßnahmen gegen journalistische Nachrichtenquellen forcierte, Einfluss auf US-amerikanische Medienunternehmen nahm und die Einreise von Journalistinnen und Journalisten in die Vereinigten Staaten erschwerte (DOWNIE/SUGARS 2020).

Diese Entwicklungen ereigneten sich während Trumps erster Amtszeit, in der seine Regierung in vielerlei Hinsicht unvorbereitet agierte und interne Widerstände gegen einige der Vorhaben Trumps existierten. In seiner zweiten Amtszeit sind diese Bedingungen grundlegend anders. Das sogenannte »Project 2025« (DANS/GROVES 2023), entwickelt von etwa 400 konservativen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unter der Federführung der konservativen Heritage Foundation, formuliert auf rund 900 Seiten politische Prioritäten und strategische Ziele für die zweite Präsidentschaft Trumps. Obwohl sich Trump öffentlich von dem Dokument distanziert hat, sind viele der Mitwirkenden in einflussreichen Kreisen der Republikanischen Partei vernetzt und übernehmen wohl zentrale Positionen in der neuen Regierung. Schon die erste Trump-Administration stützte sich stark auf die politischen Leitlinien der Heritage Foundation und griff in nur einem Jahr Amtszeit fast zwei Drittel ihrer Vorschläge auf (vgl. TRUMP ADMINISTRATION EMBRACES 2018).

Das »Project 2025« enthält Vorschläge für die Außen- und Innenpolitik sowie für die Bildungs-, Wirtschafts- und Medienpolitik. In Bezug auf die Medienlandschaft fordert das Konzept eine umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) in den USA.¹⁾ Konkret wirft es dem Public Broadcasting

1 In den Vereinigten Staaten hat sich ein überwiegend kommerzielles Rundfunksystem etabliert. NPR (National Public Radio) und PBS (Public Broadcasting Service) ähneln am ehesten den europäischen Modellen des

Service (PBS) und dem National Public Radio (NPR) eine politische Vereinigenommenheit vor. Die Sender würden konservative Positionen benachteiligen und damit nicht zur öffentlichen Bildung beitragen. Deshalb schlägt »Project 2025« vor, ihre staatliche Finanzierung einzustellen, ihnen den Status als nicht-kommerzielle Bildungssender zu entziehen und hohe Lizenzgebühren einzuführen (vgl. MÜNSTER 2024).

Nur zwei Wochen nach seinem Amtsantritt leitete Brendan Carr eine Untersuchung gegen PBS, NPR und deren Mitgliedssender ein. Carr war zuvor von Präsident Trump zum Vorsitzenden der Federal Communications Commission (FCC) ernannt worden. Seine Begründung für die Untersuchung: Die nicht-kommerziellen Sender könnten gegen nationales Recht verstoßen, da sie teilweise auf Einnahmen aus kommerzieller Werbung angewiesen sind (SWERDLOW 2025). Sollte die Untersuchung zu Sanktionen oder neuen Regulierungen führen, könnte dies erhebliche Auswirkungen auf die Medienlandschaft in den USA haben.

Darüber hinaus schlägt »Project 2025« eine generelle Neubewertung des Verhältnisses zwischen Regierung und Presse vor. So soll beispielsweise überprüft werden, inwiefern Journalistinnen und Journalisten weiterhin Zugang zu den Räumlichkeiten des Weißen Hauses erhalten. Zudem beinhaltet das Konzept Vorschläge zur leichteren Überwachung journalistischer Tätigkeiten, etwa durch die verstärkte Beschlagnahme von E-Mail- und Telefonaufzeichnungen (vgl. MÜNSTER 2024). Laut Kelly McBride, Senior Vice President des Poynter Instituts für Journalismus, stellen diese Maßnahmen eine ernstzunehmende Bedrohung dar, insbesondere in Hinblick auf den Schutz journalistischer Quellen (JONES 2024). Eine Schwächung dieses Schutzes wäre ein entscheidender Angriff auf die Pressefreiheit in den USA.

Diese Entwicklungen werden sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf die Medienlandschaften in Europa haben. Einerseits werden Journalistinnen und Journalisten aus diesen Ländern voraussichtlich von den verschärften Zugangsbeschränkungen im Weißen Haus betroffen sein. Dies würde die Berichterstattung über politische Entscheidungsprozesse in den USA erschweren. Andererseits könnte die Debatte über die Finanzierung und politische Ausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den USA als Referenzpunkt für ähnliche Diskussionen in Europa dienen – beispielsweise in Deutschland. Hier fordern rechte und rechtsextreme Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) bereits seit längerem nicht nur eine Reform, sondern die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dazu gehören die Streichung der Rundfunkbeiträge und die Auflösung der Rundfunkräte

ÖRR. Sie werden vor allem aus Spenden und Steuern finanziert und spielen in der Meinungsbildung in den USA nur eine marginale Rolle (GRASSMUCK 2020: 10).

(AfD-Programm 2021: 164ff.). Auch die rechtspopulistischen Medienplattformen *Exxpress* und *Nuis* werden diskursiv gestärkt und können so ihre oft völlig faktenbefreite Kritik an öffentlich-rechtlichen Medien wiederholen (GÜRGEN 2023; GUTSCHI 2024). Die Entwicklungen in den USA könnten diese Argumentationslinien stärken und politische Dynamiken erzeugen, die langfristige Folgen für die Medienlandschaften in Europa haben.

Die Regulierung digitaler Konzerne auf europäischer Ebene unter der zweiten Trump-Regierung

Während seiner ersten Amtszeit hatte Donald Trump eine ambivalente Haltung gegenüber großen Konzernen. Seine Regierung kritisierte wiederholt Big-Tech-Unternehmen und andere Konglomerate – allerdings vor allem dann, wenn es politisch opportun war. Beispiele dafür sind der Versuch, die Fusion zwischen dem Telekommunikationskonzern AT&T und Time Warner zu blockieren (AGATHOKLIS MURINO/MCCORMACK/DRUMMONDS/HSU 2021), die Forderung nach höheren Versandkosten für Amazon bei der US-Post (JOPSON/WATERS 2018) sowie erste Diskussionen über ein mögliches Verbot der Videoplattform TikTok (CHANDER 2023). Trotz dieser Debatten blieben substanzielle ordnungspolitische Maßnahmen aus. Der Medienwissenschaftler Philip Napoli (2021) meint daher, dass die Technologiepolitik während Trumps erster Amtszeit vornehmlich symbolischen Charakter hatte und keine tiefgreifenden strukturellen Veränderungen nach sich zog.

Seitdem hat sich Trumps Haltung zu den großen Technologieunternehmen grundlegend gewandelt. Mittlerweile ist er eng mit Akteuren der Technologiebranche vernetzt, was sich insbesondere in der Finanzierung seiner Wahlkampagne widerspiegelt. Trump erhielt insgesamt 273,2 Millionen US-Dollar an Spenden aus der Technologiebranche, darunter erhebliche Zuwendungen von Elon Musk (242,6 Millionen US-Dollar), Marc Andreessen (5,5 Millionen US-Dollar) und Jan Koum (5,1 Millionen US-Dollar) (vgl. HERNANDEZ/ARATANI/CRAFT 2024). Diese engen Verbindungen zwischen der zweiten Trump-Regierung und führenden Technologieunternehmen wird sich auch auf die künftige Technologie- und Medienpolitik auswirken. Bereits im Wahlkampf kündigte Elon Musk – der mit Abstand größte individuelle Spender für Trumps Kampagne – über seine Plattform x an, dass die Vorsitzende der US-Wettbewerbsbehörde (FTC), Lina Khan, unmittelbar nach einem Wahlsieg Trumps entlassen werde (BANK/DUFFY 2024). Zudem erklärte Andrew Ferguson, der von Trump neu eingesetzte FTC-Vorsitzende, dass er nur eine minimale oder gar keine Regulierung von Digitalkonzernen und Künstlicher Intelligenz anstrebe (GODOY 2024).

Gleichzeitig bleibt die Zukunft der Videoplattform TikTok in den USA höchst umstritten. Während seiner ersten Amtszeit versuchte Trump, die Plattform mit Verweis auf nationale Sicherheitsbedenken zu verbieten. Unter der Biden-Regierung wurde schließlich ein entsprechendes Verbot beschlossen, woraufhin TikTok am 18. und 19. Januar 2025 offline ging. Trumps Zusicherungen, die Umsetzung des Verbots hinauszuzögern, führte zwar dazu, dass die Plattform mittlerweile wieder online ist. Gleichzeitig ist deren Zukunft unklar. Die aktuelle Gesetzgebung zielt darauf ab, TikTok von seiner chinesischen Muttergesellschaft ByteDance abzuspalten (MAHESHWARI 2025). Trump selbst erklärte allerdings erst kürzlich, dass er ein Verbot nicht weiterverfolgen werde, wohl auch weil die Plattform bei republikanischen Influencer:innen sehr beliebt ist (HUYNH 2024). Eine aktuelle Studie zeigt außerdem, dass TikToks Empfehlungsalgorithmus, mit über 170 Millionen Nutzern und Nutzerinnen in den USA, zu republikanischen Inhalten tendiert (IBRAHIM/JANG/ALDAHOUL/KAUFMAN/RAHWAN/ZAKI 2025).

Auf europäischer Ebene wird die zweite Trump-Regierung voraussichtlich die Regulierung digitaler Konzerne erheblich erschweren oder bestehende Regulierungen infrage stellen. Bereits unter der Biden-Regierung drohten die USA Ländern wie Österreich, Frankreich, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich mit Strafzöllen, nachdem diese Digitalsteuern eingeführt hatten, die vornehmlich US-amerikanische Großkonzerne betrafen (siehe USA drohen Österreich 2021). Der im Februar 2024 in Kraft getretene Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union sowie der Digital Markets Act (DMA) und der AI Act werden erhebliche Auswirkungen auf US-amerikanische Plattformunternehmen und Suchmaschinenbetreiber haben. Der DSA sieht insbesondere für sehr große Online-Plattformen und Suchmaschinen verschärfte Regulierungen vor (vgl. DSA 2025).

Angesichts der erheblichen Lobbymacht US-amerikanischer Technologieunternehmen in der Europäischen Union (vgl. *Lobbymacht der Digitalkonzerne* 2023) besteht die Möglichkeit, dass diese ihre engen Verbindungen zur US-Regierung nutzen werden, um europäische Regulierungen abzuschwächen oder zu unterlaufen. Solch eine zunehmende Deregulierung oder Abschwächung regulatorischer Maßnahmen birgt erhebliche Risiken für die Kontrolle über zentrale digitale Infrastrukturen. Dies könnte die Fähigkeit der Europäischen Union weiter einschränken, öffentliche Interessen gegenüber mächtigen transnationalen Akteuren durchzusetzen. Sollte die Regulierung dieser Konzerne auf internationaler Ebene weiter ausgehöhlt werden, würde sich die wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht US-amerikanischer Digitalunternehmen weiter verstärken, was langfristig die Souveränität demokratischer Institutionen im digitalen Raum gefährdet (SEVIGNANI/THEINE/TRÖGER 2025).

Die zunehmende Oligarchisierung der US-Politik und ihre Auswirkungen auf Europa

Die bereits diskutierten Auswirkungen einer zweiten Trump-Regierung auf Medien und Kommunikation in Europa gehen mit einer zunehmenden Oligarchisierung der us-amerikanischen Politik einher. Zwar hatten wohlhabende Einzelpersonen und »Überreiche« (SCHÜRZ 2019) bereits in der Vergangenheit erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse – sowohl in den USA als auch weltweit. Doch unter einer erneuten Präsidentschaft Trumps zeichnet sich eine noch stärkere Konzentration politischer Macht in den Händen weniger extrem vermögender Akteure ab, die in direkter Verbindung mit Trump stehen.

Die Soziologin Brooke Harrington (2024) bezeichnet diese Gruppe als »Broliarchs« – eine Anspielung auf Oligarchen und das englische Wort »bro« (Bruder/Kumpel). Sie beschreibt damit us-Milliardäre, die sich gegen Steuern, Regulierung und demokratische Mitbestimmung wehren (HARRINGTON 2024). In der Trump-Regierung übernehmen diese Akteure de facto regierungsähnliche Funktionen – ohne jedoch offiziell gewählt oder für ein Amt nominiert worden zu sein.

Ein Beispiel für diese Entwicklung zeigte sich bereits im November 2024, als bekannt wurde, dass Elon Musk, ein zentraler Akteur in Trumps Umfeld und nun Regierungsmitglied, sich mit dem UN-Botschafter Irans traf. Solche informellen, aber hochrangigen diplomatischen Aktivitäten deuten darauf hin, dass wirtschaftliche Interessen bestimmter Tech-Milliardäre zunehmend mit der offiziellen us-Außenpolitik verflochten werden. Dementsprechend bezeichnet *The Guardian* Musk als »Trump's shadow vice-president« (ROBINS-EARLY 2024) und verweist damit auf die intransparente Verfügungsgewalt des Tech-Milliardärs in der Regulierung transnationaler Kommunikation. In diesem Zusammenhang erscheint es beispielsweise nicht ausgeschlossen, dass die zukünftige us-Regierung ihre NATO-Politik in Abhängigkeit von regulatorischen Maßnahmen der EU gestalten könnte. So deutete der republikanische Politiker J. D. Vance bereits im Wahlkampf an, dass die weitere NATO-Beteiligung der USA möglicherweise davon abhängt, inwieweit die EU regulatorische Eingriffe in Musks Plattform X vornimmt (vgl. SCHWARZ 2024).

Diese zunehmende Oligarchisierung der us-Politik dürfte dazu führen, dass künftige Regulierungsbemühungen der EU nicht nur auf den Widerstand der Digitalkonzerne selbst stoßen, sondern auch Vergeltungsmaßnahmen der us-Regierung nach sich ziehen könnten. Ein Beispiel hierfür ist Meta: Mark Zuckerberg hatte in einem viel diskutierten Video angekündigt, dass Meta in den USA seine internen Faktencheck-Teams abschaffen werde (DAMPZ 2025). Falls Meta diese Maßnahme auch auf den europäischen Markt ausdehnt, würde dies den neuen regulatorischen Anforderungen im Rahmen des DSA widersprechen.

Angesichts der engen Verbindung zwischen Zuckerberg und Trump wäre es denkbar, dass die zweite Trump-Regierung androht, Strafzölle auf europäische Importe zu verhängen, sollte die EU Meta verpflichten, weiterhin Faktenchecks durchzuführen.

Darüber hinaus hat die Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Interessen nicht nur wirtschaftliche und regulatorische Implikationen, sondern auch direkte Auswirkungen auf den politischen Meinungsbildungsprozess in Europa. Insbesondere Elon Musk nutzt seine Plattform X als strategisches Instrument zur Mobilisierung nationaler und transnationaler rechter Akteure. Ende Dezember 2024 verfasste Musk einen Gastbeitrag in der deutschen *Welt am Sonntag*, in dem er explizit Wahlwerbung für die AfD betrieb. Dabei bezeichnete er die Partei als »den letzten Funken Hoffnung« und widersprach explizit ihrer Einstufung als rechtsextrem (DE RUITER 2024). Anfang Januar 2025 intensivierte Musk sein Engagement weiter, indem er die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel zu einem Live-Gespräch auf X einlud. Wenige Tage später teilte er zudem den Livestream des AfD-Parteitags auf der Plattform und verschaffte der Partei damit eine Reichweite in Millionenhöhe (vgl. *Musk verschafft AfD* 2025).

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass die zunehmende Verflechtung zwischen ökonomischen und politischen Interessen in den USA nicht isoliert betrachtet werden kann. Vielmehr beeinflusst diese Entwicklung auch die politischen Diskurse und medialen Landschaften in Deutschland und Europa. Die direkte Einmischung wirtschaftlicher Akteure in politische Prozesse sowie die wachsende Instrumentalisierung digitaler Plattformen zur Einflussnahme auf demokratische Wahlen werden sich langfristig auf das Gleichgewicht demokratischer Strukturen sowohl in den USA als auch in Europa auswirken.

Die zunehmende Bedeutung unabhängiger Medien und kritischer Forschung

Die Veröffentlichung von Elon Musks politischer Stellungnahme in der *Welt am Sonntag* stieß auf erhebliche Kritik verschiedener Organisationen, unter anderem des Deutschen Journalistenverbandes (DJV). Insbesondere wurde beanstandet, dass Musk durch dieses Interview die Möglichkeit erhielt, seine politische Agenda und die der AfD zu verbreiten. Gleichzeitig wiesen andere Medienschaffende darauf hin, dass nicht nur die *Welt am Sonntag*, sondern auch zahlreiche weitere deutsche und europäische Medien Musks Aussagen aufgriffen, sie verbreiteten und ihnen dadurch zusätzliche Aufmerksamkeit verschafften (SCHULTZ 2024). Diese Entwicklungen werfen grundsätzliche Fragen zur medialen Berichterstattung über die künftige US-Regierung und deren politische Strategie auf.

Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Oligarchisierung der us-amerikanischen Politik sowie einer damit einhergehenden Erosion demokratischer Errungenschaften ist es von zentraler Bedeutung, diese Prozesse kritisch zu analysieren, transparent darzustellen und einzuordnen. Dies gilt sowohl für die mediale Berichterstattung als auch für die Forschung. Denn der Einfluss mächtiger Wirtschaftsakteure auf politische Entscheidungen und öffentliche Diskurse erfordert eine konsequente journalistische und wissenschaftliche Aufarbeitung, die sowohl die Mechanismen dieser Einflussnahme als auch deren gesellschaftliche Implikationen beleuchtet.

Dazu gehört insbesondere eine differenzierte Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen politischer und ökonomischer Macht, Konzentration und Regulierung sowohl klassischer als auch sozialer Medien und digitaler Plattformen. Die zweite Trump-Regierung wird nicht mehr nur auf die Verbreitung von Desinformation als zentrales strategisches Instrument setzen. Vielmehr ist jetzt bereits ersichtlich, dass eine rigorose politische Entmachtung demokratischer Institutionen mit einer Kommunikationsstrategie legitimiert wird, in der politische, wirtschaftliche und mediale Interessen zusammenlaufen. Nicht ohne Grund waren die Chefs aller großen Digitalkonzerne bei Trumps Amtseinführung anwesend und haben im Vorfeld großzügig gespendet: sie erhoffen sich größere politische und ökonomische Macht. Das unterstreicht die Notwendigkeit unabhängiger Medien und wissenschaftlicher Institutionen, die diese Entwicklungen kritisch begleiten, faktenbasiert einordnen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Darüber hinaus müssen unabhängige Medien und Forschung strukturelle Reformvorschläge formulieren, welche Wege aus der Krise demokratischer Institutionen und der zunehmenden Oligarchisierung weisen (TRÖGER/VAN DER ECKER 2023: 269).

Angesichts dieser Herausforderungen kommt der journalistischen Berichterstattung und der wissenschaftlichen Forschung eine essenzielle Rolle zu. Die öffentliche Kontrolle sowie die wissenschaftliche Analyse politisch-ökonomischer Machtstrukturen sind fundamentale Bestandteile eines funktionierenden demokratischen Systems. Allerdings stoßen solche Analysen an Grenzen, wenn Forschende von Technologiekonzernen wie Meta finanziert oder ausgewählt werden und nur eingeschränkter Zugang zu ausgewählten Konzerndaten erhalten (RYAN-MOSLEY 2023). Dies führt zu einer Verzerrung oder Begrenzung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Daher ist es von zentraler Bedeutung, unabhängige Forschung und investigativen Journalismus zu stärken – beispielsweise durch Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem. Nur auf diese Weise kann der politische Diskurs in Europa auf einer faktenbasierten Grundlage geführt werden. Dies ist entscheidend, um demokratische Prinzipien langfristig zu schützen, weiterzuentwickeln und zu institutionalisieren.

Über die Autor:innen

Hendrik Theine, PhD (*1988), ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-Doc) am Linz Institute for Transformative Change und am Institute for Comprehensive Analysis of the Economy, JKU Linz. Er ist außerdem postdoctoral fellow am Media, Inequality & Change Center (MIC) der Annenberg School for Communication, University of Pennsylvania. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit medialen Diskursen zu Klimakrise, Ungleichheit und Transformation sowie mit Konzentration und Macht im digitalen Kapitalismus.

Mandy Tröger, PhD (*1980), ist Walter Benjamin-Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) am Institut für Medienwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Sie hat am Institute of Communications Research der Universität Illinois (USA) studiert und wurde dort 2018 promoviert. Ihre Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen in Medien- und Kommunikationsgeschichte, politischer Ökonomie und internationaler Kommunikation. Seit 2024 ist sie Mitherausgeberin der *Journalistik / Journalism Research*.

Literatur

- AGATHOKLIS MURINO, ANDREA; MCCORMACK, PETER M; DRUMMONDS, KATIE; HSU, EMILY (2021): Populist Instincts: A Trump Administration Antitrust Merger Retrospective. In: *Antitrust*, 35(3), S. 110-126.
- AFD-PROGRAMM (2021): *Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Alternative für Deutschland*. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf (11.1.2025).
- BANK, MAX; DUFFY, FELIX (2024): Trump 2.0: Wie Musk und die Techlobby des Silicon Valley durchregieren wollen. In: *LobbyControl*, 13.11.2024. <https://www.lobbycontrol.de/macht-der-digitalkonzerne/trump-2-0-wie-musk-und-die-techlobby-des-silicon-valley-durchregieren-wollen-118575/> (2.2.2025).
- CHANDER, ANUPAM (2023): Trump v. TikTok. In: *Vanderbilt Law Review*, 55, S. 1145-1175. <https://scholarship.law.vanderbilt.edu/vjtl/vol55/iss5/2> (2.2.2025).
- CONGER, KATE; ISAAC, MIKE (2021): Twitter Permanently Bans Trump, Capping Online Revolt. In: *New York Times*, 12.1.2021. <https://www.nytimes.com/2021/01/08/technology/twitter-trump-suspended.html> (1.2.2026).
- DACHWITZ, INGO; FANTA, ALEXANDER (2020): *Medienmäzen Google. Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt*. Otto-Brenner-Stiftung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/o2_Wissenschaftsportal/o3_Publikationen/AH103_Google.pdf (12.1.2025).

- DANS, PAUL; GROVES, STEVEN (2023): Mandate for Leadership. The Conservative Promise. Project 2025. The Heritage Foundation. https://static.project2025.org/2025_MandateForLeadership_FULL.pdf (1.2.2026).
- DOWNIE, LEONARD; SUGARS, STEPHANIE (2020): The Trump Administration and the Media. Attacks on press credibility endanger us democracy and global press freedom. A special report of the Committee to Protect Journalists. <https://www.courthousenews.com/wp-content/uploads/2020/04/trump-media.pdf> (2.2.2025).
- DAMPZ, NILS (2025): Warum Digitalkonzerne vor Trump einknicken. In: *tagesschau*, 16.1.2025. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/us-techkonzerne-trump-100.html> (9.2.2025).
- DE RUITER, EMMA (2025): Heftige Kritik an Elon Musks Wahlaufufruf für die AfD in der »Welt am Sonntag«. In: *Euronews*, zuletzt aktualisiert am 30.12.2024. <https://de.euronews.com/my-europe/2024/12/29/elon-musk-welt> (9.2.2025).
- DSA (2025): *Very large online platforms and search engines*. European Commission, 22.1.2025. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/dsa-vlops> (6.2.2025).
- GODOY, JODY (2024): How Trump's new FTC chair views AI, Big Tech. In: *Reuters*, 12.12.2024. <https://www.reuters.com/technology/how-trumps-new-ftc-chair-views-ai-big-tech-2024-12-12/> (8.2.2025).
- GRASSMUCK, VOLKER (2020): *Öffentlich-Rechtliche Medien. Auskunft zu einigen häufig gestellten Fragen*. Heinrich Böll Stiftung. <https://www.boell.de/sites/default/files/2020-06/Endf%20O%CC%88ffentlich-Rechtliche-Medien.pdf> (12.1.2025).
- GÜRGEN, MALENE (2023): Rechtes Medienportal »Nius«. Grundprinzip verdrehte Fakten. In: *die tageszeitung*, 18.7.2023. <https://taz.de/Rechtes-Medienportal-Nius/!5945019/> (2.2.2025).
- GUTSCHI, ANDREA (2023): »Plötzlich und unerwartet.« Exxpress mit Falschinformationen zu Impftoten. In: *Kobuk*, 3.12.2024. <https://kobuk.at/2024/12/ploetzlich-und-unerwartet-exxpress-faellt-mit-falschinformationen-zu-impftoten-auf/> (2.2.2025).
- HARRINGTON, BOOKE (2024): The Broligarchs are trying to have their way. In: *The Atlantic*, 4.8.2024. <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2024/08/tech-bro-male-billionaire-anti-democratic/679267/> (2.2.2025).
- HERNANDES, RAPHAEL; ARATANI, LAUREN; CRAFT, WILL (2024): Revealed: The tech bosses who poured \$394.1m into us election – and how they compared to Elon Musk. In: *The Guardian*, 7.12.2024. <https://www.theguardian.com/us-news/2024/dec/07/campaign-spending-crypto-tech-influence> (2.2.2025).
- HONIG, BONNIE (2018): Trump's presidency is not so »unprecedented« after all. In: *ABC.net*, zuletzt aktualisiert am 14.9.2018. https://www.abc.net.au/religion/american-politics-hasnt-changed-under-trump/10235820?utm_campaign=abc_religion&utm_content=link&utm_medium=content_shared&utm_source=abc_religion (10.2.2025).

- HUYNH, ANJALI (2024): The Increasing Trumpification of TikTok. In: *New York Times*, 23.5.2024. <https://www.nytimes.com/2024/05/23/us/politics/trump-biden-tiktok.html> (8.2.2025).
- IBRAHIM, HAZEM; JANG, HYUN SEOK DANIEL; ALDAHOU, NOUAR; KAUFMAN, AARON R.; RAHWAN, TALAL; ZAKI, YASIR (2025): TikTok's recommendations skewed towards Republican content during the 2024 US presidential race. In: *arXiv preprint arXiv:2501.17831*. <https://arxiv.org/pdf/2501.17831> (7.2.2025).
- JONES, TOM (2024): How could Donald Trump actually go after the media? In: *Poynter*, 18.11.2024. <https://www.poynter.org/commentary/2024/donald-trump-freedom-press-attacks/> (2.2.2025).
- JOPSON, BARNEY; WATERS, RICHARD (2018): Trump escalates Amazon clash with US postal price review. In: *Financial Times*, 13.4.2018. <https://www.ft.com/content/4426e160-3ecb-11e8-b9f9-de94fa33a81e> (7.2.2025).
- KAHN, JEREMY (2019): Facebook endows AI ethics institute at German university TUM. In: *Bloomberg UK*, 20.1.2019. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-01-20/facebook-endows-ai-ethics-institute-at-german-university-tum> (29.1.2025).
- LOBBYCONTROL (2023): Lobbymacht der Digitalkonzerne in Brüssel nimmt weiter zu. In: *LobbyControl*, 11.9.2023. <https://www.lobbycontrol.de/pressemitteilung/lobbymacht-der-digitalkonzerne-in-bruessel-nimmt-weiter-zu-111254/> (2.2.2025).
- MAHESHWARI, SAPNA (2025): What We Know About the TikTok Ban. In: *New York Times*, 19.1.2025. <https://www.nytimes.com/article/what-we-know-tiktok.html> (9.2.2025).
- MEEKS, LINDSEY (2020): Defining the Enemy: How Donald Trump Frames the News Media. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 97(1), S. 211-234. <https://doi.org/10.1177/1077699019857676>
- MUENSTER, ROXANNA (2024): Project 2025. What a second Trump term could mean for media and technology policies. In: *Brookings Institute*, 22.7.2024. <https://www.brookings.edu/articles/project-2025-what-a-second-trump-term-could-mean-for-media-and-technology-policies/#project-2025s-complaints-about-big-tech-and-social-media-platforms-343> (2.2.2025).
- Musk verschafft AfD Millionenpublikum. In: *ZDF heute*, 12.1.2025. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-musk-parteitag-weidel-100.html> (2.2.2025).
- NAPOLI, PHILIP. M. (2021): The symbolic uses of platforms: The politics of platform governance in the United States. In: *Journal of Digital Media and Policy*, 12(2), S. 215–230. https://doi.org/10.1386/jdmp_00060_1
- PHILIPPIN, YANN; CANDEA, STEFAN (2024): The hidden links between a giant of investigative journalism and the US government. In: *Mediapart*, 2.12.2024.

- <https://www.mediapart.fr/en/journal/international/o21224/hidden-links-between-giant-investigative-journalism-and-us-government> (7.2.2025).
- ROBINS-EARLY, NICK (2024): How Elon Musk became Donald Trump's shadow vice-president. In: *The Guardian*, 9.11.2024. <https://www.theguardian.com/technology/2024/nov/09/elon-musk-trump-administration> (2.2.2025).
- RYAN-MOSLEY, TATE (2023): Meta: Mehr Daten von Facebook und Instagram für die Wissenschaft. In: *Heise online*, 27.11.2023. <https://www.heise.de/hintergrund/Meta-Mehr-Daten-von-Facebook-und-Instagram-fuer-die-Wissenschaft-9540027.html> (8.2.2025).
- SAMUELS, BRETT (2019): Trump ramps up rhetoric on media, calls press >the enemy of the people<. In: *The Hill*, 5.4.2019. <https://thehill.com/homenews/administration/437610-trump-calls-press-the-enemy-of-the-people/> (2.2.2025).
- SCHÜRZ, MARTIN (2019): Überreichtum. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.
- SCHULTZ, STEFAN (2024): Warum Populisten so leicht die Diskurse kapern. In: *Der Spiegel*, 9.12.2024. <https://www.spiegel.de/kultur/elon-musk-und-die-afd-warum-populisten-so-leicht-unsere-diskurse-kapern-a-a7c7fa02-76ce-4b23-803e-9d8eaeeficc8> (2.2.2025).
- SCHWARZ, FRANZISKA (2024): Trump-Vize Vance drohte Nato-Staaten wegen Musk-Plattform x. In: *Frankfurter Rundschau*, 10.11.2024. <https://www.fr.de/politik/musk-nato-trump-vance-militaer-unterstuetzung-eu-x-twitter-bussgeld-usa-regierung-zr-93403255.html> (2.2.2025).
- SEVIGNANI, SEBASTIAN; THEINE, HENDRIK; TRÖGER, MANDY (2025): Toward Media Environment Capture: A Theoretical Contribution on the Influence of Big Tech on News Media. In: *International Journal of Communication*, 19, S. 804-824.
- SOMMER, ROY (2021): Dolus Trump. Presidential Lies and the 2016 Masterclass on Truth-Bending. In: WEIXLER, ANTONIUS; CHIHAIA, MATEI; MARTÍNEZ, MATÍAS; RENNHAKE, KATHARINA; SCHEFFEL, MICHAEL, SOMMER, ROY (Hrsg.): *Postfaktisches Erzählen?: Post-Truth – Fake News – Narration*. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 47-64. <https://doi.org/10.1515/9783110693065-004>
- STEIN, JEFF (2025): Musk aides gain access to sensitive Treasury Department payment system. In: *The Washington Post*, 1.2.2025. <https://www.washingtonpost.com/business/2025/02/01/elon-musk-treasury-payments-system/> (2.2.2025).
- SWERDLOW, MICHAEL (2025): NPR and PBS Face a Moment of Truth. In: *Columbia Journalism Review*, 3.2.2025. <https://www.cjr.org/analysis/npr-and-pbs-face-a-moment-of-truth.php> (9.2.2025).
- TRÖGER, MANDY (2024): Die unheilige Macht des Elon Musk: Wie aus X eine Plattform für Trump wurde. In: *Berliner Zeitung*, 20.8.2024. <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/die-unheilige-macht-des-elon-musk-wie-aus-x-eine-plattform-fuer-trump-wurde-li.2246021> (2.2.2025).

- TRÖGER, MANDY; VAN DER ECKER, MARLEN (2023): Where's the Critique? On the Dearth of Critical Theory in German Communication Research. In: *Media Theory*, 7/1, S. 257-276.
- Trump Administration Embraces Heritage Foundation Policy Recommendations. In: *Heritage Foundation*, 23.1.2018. <https://www.heritage.org/impact/trump-administration-embraces-heritage-foundation-policy-recommendations> (11.1.2025).
- USA drohen Österreich wegen Digitalsteuer mit Strafzöllen. In: *Der Standard*, 26.3.2021. <https://www.derstandard.at/story/2000125409117/usa-drohen-oesterreich-wegen-digitalsteuer-mit-strafzoellen> (7.2.2025).
- VINER, KATHARINE (2024): How the Guardian will stand up to four more years of Donald Trump. In: *The Guardian*, 6.11.2024. <https://www.theguardian.com/us-news/2024/nov/06/how-the-guardian-will-stand-up-to-four-more-years-of-donald-trump> (6.2.2025).

Initiative Nachrichtenaufklärung

Top Ten der Vergessenen Nachrichten

Medial unterrepräsentierte Themen 2025

Die Nichtregierungsorganisation Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) e.V. präsentiert gemeinsam mit der Deutschlandfunk-Nachrichtenredaktion jährlich eine Liste mit zehn in den (deutschsprachigen) Medien vernachlässigten Themen. Angestrebt ist, Journalistinnen und Journalisten auf Vernachlässigungen, Agenda Cutting und Desinformationen hinzuweisen und Vorschläge für zum Teil exklusive Themen zur weiteren Bearbeitung zu unterbreiten. Da seit längerer Zeit der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Gaza-Krieg, die US-Wahl sowie die deutsche Regierungskrise inklusive Neuwahlen die Berichterstattung beherrschen und gleichzeitig weltweit Journalistinnen und Journalisten wie auch Whistleblower verfolgt, inhaftiert und sogar getötet werden, ist die Suche nach »Vergessenen Nachrichten« besonders wichtig.

Die Top Ten hat auch in diesem Jahr wieder eine Jury mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Kommunikations- und Medienwissenschaften und professionellem Journalismus ausgewählt. Studierende an mehreren deutschen Hochschulen überprüften, ob die vorgeschlagenen Themen und Nachrichten zutreffen und ob sie tatsächlich von den Medien vernachlässigt wurden. Alle Themen, die diese Kriterien erfüllen, werden der Jury mit ausrecherchierten Berichten vorgelegt. In einer eintägigen Sitzung entscheiden die anwesenden Jury-Mitglieder, welche der vorgeschlagenen Themen sie als besonders relevant erachten.

Per E-Mail, Post oder Webformular kann jede und jeder bei der Initiative Nachrichtenaufklärung auf besonders wichtige vernachlässigte Themen hinweisen. Das ist von besonderer Bedeutung, damit konkrete Erfahrungen aus der Bevölkerung und nicht nur Absichten und Programme von Interessenverbänden und anderen Institutionen in den Top-Ten-Listen der INA e.V. zur Nachrichtenaufklärung beitragen.

Top 1: Kindersoldaten kämpfen mit deutschen Kleinwaffen

Weltweit werden über 250.000 Kinder und Jugendliche in militärischen Konflikten und kriegerischen Handlungen eingesetzt, wobei Kleinwaffen eine zentrale Rolle spielen. Deutschland, als zweitgrößter Exporteur von Kleinwaffen, hat trotz internationaler Abkommen seine Rüstungspolitik nicht ausreichend angepasst. Exportgenehmigungen für Kleinwaffen erfolgen oft ohne strenge Kontrollen, sodass der Endverbleib der Waffen unklar bleibt. NATO-, EU- und gleichgestellte Staaten werden bei Exporten bevorzugt, was den weiteren Waffenfluss in Länder mit Kinderrechtsverletzungen erleichtert. Kontrolle und Durchsetzung der Exportregeln sind mangelhaft. Ein Umdenken in der Rüstungspolitik der deutschen Bundesregierung ist bislang nicht in Sicht. In deutschen Medien wird darüber praktisch nicht berichtet.

Top 2: Flüchtlingslager auf Samos ist menschenunwürdig

Nach dem medialen Aufschrei über die Zerstörung des Flüchtlingslagers Moria im Jahr 2020 wurde auf der griechischen Insel Samos ein neues »Closed Controlled Access Centre« (CCAC) errichtet, das angeblich die Lebensbedingungen der Geflüchteten verbessern sollte. Allerdings beanstanden Kritiker:innen die weiterhin menschenunwürdigen Zustände, mangelnde Versorgung und die Perspektivlosigkeit der Geflüchteten. Doch die mediale Aufmerksamkeit für die Missstände in den Lagern ist stark zurückgegangen – die drängenden Probleme sind aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Die Thematik ist auch für Deutschland relevant, da die Situation auf Samos die europäische Flüchtlingspolitik widerspiegelt und die Integration von Geflüchteten, insbesondere als Arbeitskräfte zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, eine entscheidende Rolle in der politischen Debatte über Asylrecht und Arbeitsmarkt spielt.

Top 3: Verbot von Menschenrechtsorganisationen in Äthiopien

In Äthiopien verschärft die Regierung die Repression. Mehrere Menschenrechtsorganisationen wurden im November 2024 verboten. Deutschland hat als Mitglied des UN-Menschenrechtsrates durch seine Enthaltung bei wichtigen Abstimmungen internationale Kontrollmechanismen geschwächt, was die Straflosigkeit im Land begünstigt. Angesichts der geopolitischen Bedeutung Äthiopiens und der anstehenden Wahlen 2026 ist verstärkter internationaler Druck notwendig, um Menschenrechte zu schützen und langfristige Stabilität zu sichern. In den deutschen und internationalen Medien aber ist Äthiopien weitgehend

kein Thema mehr seit dem Ende des großen Krieges, der mit dem Einmarsch der Zentralregierung in Tigray begann und zwischenzeitlich weite Teile Äthiopiens erfasste. Über die Verbote wurde praktisch nicht berichtet.

Top 4: Obdachlos trotz Job

Mehr als eine halbe Million Menschen leben in Deutschland ohne Wohnung – einige, obwohl sie Vollzeit erwerbstätig sind. Die Zahl urbaner, arbeitender Nomaden hat sich in den letzten Jahren verdoppelt, denn nicht einmal in Randlagen der Städte können sie sich ein Zimmer leisten. Das Problem der Obdachlosigkeit hat längst die Mitte der Gesellschaft erreicht, wird von den Medien aber weitestgehend vernachlässigt.

Top 5: Disziplinierung von Beamten: Schnellere Entlassung durch Änderung des Beamtenrechts

Der Bundestag hat ein brisantes Gesetz verabschiedet: Statt eines Entscheidungsprozesses mittels Disziplinarverfahren durch Gerichte sind nun Vorgesetzte durch Disziplinarverfahren dazu berechtigt, über die Entlassung von Beamten mit verfassungsfeindlicher Gesinnung zu entscheiden. Das Bundesinnenministerium verspricht sich davon ein effizienteres Vorgehen gegen Extremismus in Behörden. Doch die Opposition und Beamtengewerkschaften schlagen Alarm – sie sehen darin ein Einfallstor für potenziellen Machtmissbrauch. Das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung werde weiter ausgehöhlt. Während dem Gesetz in den Medien kaum Aufmerksamkeit zugekommen ist und es öffentlich nicht kontrovers diskutiert wurde, bleibt die zentrale Frage: Ist das wirklich der richtige Weg?

Top 6: Bildungsgerechtigkeit für Heim- und Pflegekinder?

Wenn in Familien Missstände herrschen, werden Kinder und Jugendliche häufig in Pflegefamilien untergebracht. Dabei stellt sich die Frage, ob sie dort einen angemessenen Zugang zu Bildung erhalten. Das Thema ist besonders relevant, da es sich um eine vulnerable Gruppe unserer Gesellschaft handelt, die auch in der medialen Berichterstattung mehr Aufmerksamkeit verdient. Zudem wurde dieses Thema bislang in keinem größeren Medium umfassend behandelt.

Top 7: Deutlich weniger Arbeitsunfälle

Eine positive Nachricht, über die nur wenig berichtet wurde: Die Zahl tödlicher Arbeitsunfälle ist in Deutschland zuletzt deutlich zurückgegangen. Auffallend sind zugleich große Unterschiede zwischen den Branchen. Expert:innen betonen, dass langfristige Fortschritte nur durch ein stärkeres Sicherheitsbewusstsein erreicht werden können. In den Medien bekommen Themen aus der Arbeitswelt insgesamt eher wenig Raum, obwohl diese einen wichtigen Bestandteil des Lebens ausmacht.

Top 8: Morbus Mediterraneus – Wenn kulturelle Vorurteile die Diagnose beeinflussen

Stellen Sie sich vor: Sie liegen in einem Krankenhausbett, haben starke Schmerzen, doch diese werden von Ärzten und Pflegepersonal ignoriert. Sie erhalten keine oder nur unzureichende Schmerzmittel, weil das Personal annimmt, Ihre Schmerzen seien übertrieben. Besonders häufig berichten Menschen mit südländischen Wurzeln oder südländischen Namen von solchen Erfahrungen. Der medizinische Ausdruck dafür lautet »Morbus Mediterraneus« – eine abwertende Bezeichnung für vermeintlich übersteigerte Schmerzwahrnehmung bei Menschen aus dem Mittelmeerraum.

Top 9: Betrug an Vertragsarbeitern aus Mosambik – Deutschland stiehlt sich aus der Verantwortung

Seit über 30 Jahren kämpfen sie um das, was ihnen zusteht – und doch drohen ihre Forderungen ins Leere zu laufen: Rund 17 000 Mosambikaner:innen kamen einst als Vertragsarbeitskräfte in die DDR, wurden dafür aber nie vollständig entlohnt. Bis zu 60 Prozent des Gehalts wurden einbehalten und mit Mosambiks Schuldentilgung verrechnet. Das Unrecht, das den Menschen widerfahren ist, wird zwar mittlerweile anerkannt, Entschädigungszahlungen an die Betroffenen erfolgten bislang jedoch nicht.

Top 10: Erdrosselungsgrenzen – Wenn steuerliche Belastungen die Existenz gefährden

Die Erdrosselungsgrenze soll existenzbedrohende Steuern verhindern, doch über ihre genaue Höhe wird von Gerichten im Einzelfall entschieden. Das bedeutet

etwa bei der Erhebung der Grundsteuer, dass die Höhe der Steuer den Steuerzahlenden nicht in seiner freien persönlichen und wirtschaftlichen Entfaltung unverhältnismäßig einschränken darf. Eine Steuer darf keine erdrosselnde Wirkung haben, wenn sie die Existenz der Bürgerinnen und Bürger gefährdet.

Das Thema wird vernachlässigt, weil Medien zwar über Steuererhöhungen und deren Folgen berichten, die Erdrosselungsgrenze als rechtliche Begrenzung dabei jedoch nicht thematisieren.

Weitere Informationen: www.derblindefleck.de

Kontakt: Prof. Dr. Hektor Haarkötter (Hochschule Bonn-Rhein-Sieg)
hektor.haarkoetter@h-brs.de

Rezensionen

Nea Matzen (2024): *Online-Journalismus für die Praxis. Fachwissen für Netzpublikationen*. 4., komplett überarbeitete Auflage. Köln: Herbert von Halem, 420 Seiten, 39,- Euro.

Rezensioniert von Gabriele Hooffacker

Seit der ersten Auflage von 2010, damals noch unter dem Titel *Onlinejournalismus*, hat das Praxis-Lehrbuch von Nea Matzen seinen Umfang mehr als verdreifacht. Mit 420 Seiten liegt es mittlerweile in der vierten Auflage vor. Damit ist es ein umfangreiches Lehr- und Nachschlagewerk für den praktischen Online-Journalismus geworden. Der ursprüngliche Aufbau ist noch zu erkennen. Doch der neue Band bringt mehr als eine reine Aktualisierung.

Das vorgeschaltete Kapitel »Digital publizieren auf allen Kanälen« wird nicht nur der Umstellung auf crossmediales Arbeiten in den Redaktionen gerecht. Es liefert auch einen Überblick über die Tätigkeit einer Online-Redaktion und die praktischen Einsatzmöglichkeiten generativer Sprach-KI. Neu sind die mahnenden Worte zu Algorithmen und Abhängigkeiten – ein Muss in den Zeiten von Meta, Alphabet und Elon Musk.

Aus »Texten fürs Netz« wurde »Texten und Prompten fürs Netz«. Der Beitrag zum eigentlichen Prompting ist knapp und hilfreich, Tipps zum Prompting z. B. für ChatGPT hätte man auch gern mehr gelesen. Eyetracking wird ausführlich dargestellt – überhaupt erfreuen zahlreiche farbige Abbildungen die Leser:innen! – dafür gibt es wenig zu Usability, und wenn, dann unter dem Aspekt User Experience und Suchmaschinen-Optimierung (SEO). Ein wenig verwundert, dass zwar »mobile first« auch unter dem SEO-Aspekt entsprechend gewürdigt, die Entwicklung hin zu Recherche per Sprachein- und -ausgabe und ihre Auswirkung auf SEO aber nicht genannt wird.

Kapitel 3 befasst sich mit Social Media, Kapitel 4 mit den Darstellungsformen im Netz. Im Vergleich zur ersten Auflage ist dieses Kapitel ebenfalls umfangreicher geworden, wenn auch nicht im selben Verhältnis. Partizipative Formate, die Kernkompetenz des Onlinejournalismus, kommen hauptsächlich im Kapitel

zu Social Media vor und später noch einmal kurz auf S. 308 in Bezug auf Cross-media. Im Vergleich dazu eher kurz ist der Abschnitt »Einbinden von Leser:innen« ab Seite 352. Mehr Formate als Chats, Umfragen und Quizzes werden nicht erwähnt.

Ein paar kleinere Monita: Auf Seite 118 wird die großartige »Floskelwolke« empfohlen – leider gibt es sie seit August 2023 nicht mehr. Mehrfach werden die jährlichen Ausgaben der ARD-Onlinestudie zitiert. Die Studie ist 2024 in der ARD-ZDF-Medienstudie aufgegangen – das wurde jedoch erst im September 2024 bekannt gegeben, offensichtlich nach Drucklegung des Bandes.

Im Literaturverzeichnis heißt der Journalist und Buchautor Björn Staschen »J. Staschen« – das kann passieren. Schade, dass der ausgezeichnete Band von Stefan Primbs zu *Social Media für Journalisten* nicht verwendet bzw. zitiert wird. Denn dort wird gut beschrieben, wie man die User:innen zu Verbündeten macht, anstelle die Social-Media-Kanäle einfach als weitere Ausspielorte mit zielgruppenorientierter Ansprache zu begreifen. Überhaupt werden im Literaturverzeichnis, anders als in der Erstauflage, keine vergleichbaren Werke zum praktischen Online-Journalismus mehr genannt, dafür etwas wissenschaftliche Literatur und zahlreiche aktuelle Online-Quellen.

Positiv bei Social Media: Nea Matzen wird nicht müde, die Risiken und Grenzen der Drittplattformen und ihrer Algorithmen darzustellen. Auch das Fediverse wird gleich im einleitenden Überblickskapitel als Alternative vorgestellt (vgl. 75). In die gut strukturierten und klar aufgebauten Kapitel eingestreut sind Perlen wie die Nachrichtenfaktoren oder Hinweise zu Herangehensweise und Haltung (beides im Social-Media Kapitel). Wichtig auch der Hinweis, dass Videos auf Social-Media-Plattformen eben nicht wie im klassischen Fernsehjournalismus funktionieren.

In der ganzen Anlage des Bandes wird die große Erfahrung der Autorin deutlich, anfangs in der Online-Redaktion bei tagesschau.de, sowie in Workshops und Trainings für Redaktionen. Bei all dem ist es fast ein bisschen schade, dass der Schwerpunkt auf dem »How to«, der die erste Auflage von 2010 so handlich und praktikabel machte, vor dem Hintergrund von allerhand Wissenswertem rund um Problematiken von Web und Social Media ein wenig in den Hintergrund gerückt ist.

Insgesamt ist ein umfangreiches Lesebuch entstanden, im dem sich gut schmökern lässt. Optisch gut hervorgehoben sind die zahlreichen Textkästen mit Praxistipps oder Übersichten zu Tools und weiterführenden Infos. Für Online-Redaktionen lohnt sich die vierte Auflage auf jeden Fall, auch wenn die Erstauflage vielleicht schon im Regal steht.

Literatur

- HAARKÖTTER, HEKTOR (2019): Journalismus.online. Das Handbuch zum Onlinejournalismus. Köln: Herbert von Halem.
- HEIJNK, STEFAN (2021): *Texten fürs Web. Planen, schreiben, multimedial erzählen* (3. Aufl.). Hannover: dpunkt Verlag
- HOOFFACKER, GABRIELE (2020): *Online-Journalismus. Texten und Konzipieren für das Internet. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis* (5. Aufl.). Wiesbaden: Springer vs.
- MATZEN, NEA (2010): *Online-Journalismus*. Konstanz: UVK.
- PRIMBS, STEFAN (2015): *Social Media für Journalisten*. Wiesbaden: Springer vs.

Über die Rezensentin

Gabriele Hooffacker, Prof. Dr. phil., (*1959), ist Mitherausgeberin der *Journalistik* und lehrt an der HTWK in Leipzig im Lehrbereich »Medienadäquate Inthaltaufbereitung«. Gabriele Hooffacker gibt die von Walther von La Roche (1936-2010) gegründete Lehrbuch-Reihe »Journalistische Praxis« bei Springer vs sowie die Reihe »Leipziger Beiträge zur Computerspielekultur« heraus.

Diese Rezension erschien zuerst am 17. Januar 2025 in rezensionen:kommunikation:medien, abrufbar unter <https://www.rkm-journal.de/archives/25307>

Lorenz Lorenz-Meyer (2024): *Digitaler Journalismus*. Bielefeld: transcript, 354 Seiten, 29,- Euro.

Rezensiert von Vera Katzenberger

Der Journalismus steckt im Umbruch. Ein hart umkämpfter Werbemarkt, teils nachrichtenmüde Publika, rasanter technologischer Wandel und stetig hoher Innovationsdruck durch Künstliche Intelligenz, Big Data und Co. – das alles sind nur kurze Stichworte für den aktuellen Wandel. Wie verändert sich Journalismus im digitalen Zeitalter? Was sind langfristige Trends, was nur kurzlebige Hypes? In vielen Medienorganisationen setzt die stete Unsicherheit kreative Energie frei, sie experimentieren in der Berichterstattung mit interaktiven Formen und multimedialen Formaten, erproben innovative Strategien zur Refinanzierung ihrer Angebote oder integrieren Algorithmen in ihre redaktionellen Prozesse.

Das ist die Ausgangslage für Lorenz Lorenz-Meyer in seinem Lehrbuch *Digitaler Journalismus*, erschienen im transcript Verlag. Das Einführungswerk erstreckt sich über 354 Seiten und ist in drei Teile gegliedert. Im ersten wird die Entwicklung des Journalismus unter dem Einfluss der Digitalisierung nachgezeichnet. Der zweite Teil konzentriert sich auf verschiedene journalistische Tätigkeiten. Hier behandelt Lorenz-Meyer grundlegende Aktivitäten wie Themenfindung, Recherche, Wissens- und Projektmanagement sowie innovative Bereiche wie Multimedia, Social Media, Datenjournalismus und die Automatisierung der Berichterstattung. Der dritte Teil fokussiert sich auf redaktionelles Marketing und thematisiert Aspekte wie Content Management oder die (Re-)Finanzierung von journalistischen Angeboten. Über alle 17 Kapitel hinweg setzt das Lehrbuch einerseits auf konkrete Anwendungsbeispiele aus der Medienbranche, andererseits auf eine didaktische Aufbereitung der Inhalte. Hier zeigt sich das Profil des Autors, der als Onlineredakteur für den *Spiegel*, die *Zeit* oder die *Deutsche Welle* tätig war und von 2004 bis 2022 als Professor für Onlinejournalismus an der Hochschule Darmstadt lehrte.

Wie wird der Digitale Journalismus in dem Lehrbuch definiert? Lorenz-Meyer geht – wie die meisten Autorinnen und Autoren – davon aus, dass die »Effekte der Digitalisierung« (13) den Journalismus transformiert haben. Während sowohl in der Praxis als auch in der Forschung lange vom Onlinejournalismus die Rede war und das Internet als ein Ausspielkanal unter vielen galt, hat sich mittlerweile der Digitale Journalismus als Schlagwort und mit ihm eine ganzheitlichere Perspektive durchgesetzt. Auch Lorenz-Meyer begreift den Digitalen Journalismus als eine facettenreiche Praxis unter den Rahmenbedingungen der Digitalisierung, die die gesamte Wertschöpfungskette von der Produktion bis

zur Distribution und Rezeption erfasst. Er geht von einem bunten »Medienkosmos« (34) aus, der sich in seiner Vielfalt auf allen digitalen Plattformen ausbreitet und weiterentwickelt. Bestehen muss der Digitale Journalismus dabei in einem dynamischen Spannungsfeld zwischen Kreativität, Konsum, Kommerz und neuen Technologien. Dazu gehört zum Beispiel die Verbreitung von Falschinformationen oder Deep Fakes, aber auch die Abhängigkeit von großen Plattformen wie Facebook, Google, YouTube und Co.

Im ersten Teil blickt Lorenz-Meyer auf die Ursprünge des Digitalen Journalismus zurück. Die erste Dekade der Entwicklung findet ihre Ansatzpunkte demnach im Precision Journalism der 1950er-Jahre (vgl. 18). Den Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung verortet Lorenz-Meyer in der Öffnung des Internets und der Etablierung von Suchmaschinen, sozialen Netzwerken und mobilen Geräten. In der dritten Dekade stehen die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Journalismus ab Mitte der 2010er-Jahre im Zentrum. Ausgerechnet diesen Zeitabschnitt beschreibt Lorenz-Meyer leider nur kurz auf einer halben Seite. Der Einfluss von Künstlicher Intelligenz und Algorithmen bleibt an dieser Stelle unerwähnt. Immerhin widmet Lorenz-Meyer der Automatisierung im Journalismus später ein ganzes Kapitel.

Ein hoher Praxisbezug und eine entsprechende Dichte an Anwendungsbeispielen zeichnen den zweiten Teil aus, der sich mit dem journalistischen Handwerk befasst. Wer lernen möchte, wie man eine Nachricht, einen Kommentar, eine Reportage oder eine Glosse verfasst, wird in diesem Lehrbuch keine Anleitung finden, was Lorenz-Meyer aber gleich zu Beginn selbst ankündigt (vgl. 13). Glücklicherweise gibt es genug andere Einführungswerke, die sich den klassischen Stil- und Darstellungsformen, auch im digitalen Raum, widmen (z. B. Liesem 2014, Hooffacker 2020, Matzen 2024). Stattdessen stellt Lorenz-Meyer neue Verfahren wie Open Source Intelligence (OSINT) (vgl. 62) und Formate bzw. Kanäle wie Social Media Stories (vgl. 123), Newsgames (vgl. 125) und Podcasts (vgl. 179) vor. Ausführlicher diskutiert werden zum Beispiel verschiedene Formate auf Youtube, Instagram oder Tiktok des Content-Netzwerks Funk von ARD und ZDF (vgl. 141), datenjournalistische Stories von der *Zeit* oder der *Berliner Morgenpost* (vgl. 208), aber auch der Austausch mit den eigenen Publika und neue Interaktionsformate wie »Spiegel Debatte« von *Spiegel Online* finden Erwähnung (vgl. 306). Im zweiten Teil ist auch das angesprochene Kapitel zur Rolle von Automatisierung im Journalismus positioniert. Lorenz-Meyer versteht Automatisierung im Journalismus als »die redaktionelle Anwendung von Technologien aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz« (223). Das Kapitel bietet größtenteils definitorische Bestimmungen, z. B. zu symbolischer und sub-symbolischer bzw. diskriminativer und generativer KI (vgl. 225 ff.).

Die strategische Integration von Marketingmethoden in redaktionelle Inhalte, um sowohl die Reichweite als auch die Bindung der Leserinnen und Leser

zu erhöhen, bildet schließlich den Kern des dritten Teils. Lorenz-Meyer spricht Bereiche wie Community Management (vgl. 297), redaktionelle Analytics (vgl. 320) oder digitale Bezahlhalte (vgl. 339) an. Dabei besteht seiner Meinung nach die große Herausforderung darin, eine Balance zwischen informativen Inhalten und werblichen Elementen zu finden, ohne die journalistische Integrität zu gefährden. Wie Medienorganisationen diese Balance meistern können, macht Lorenz-Meyer wieder an anschaulichen Beispielen aus der Praxis plastisch. Hier nennt er zum Beispiel die Krautreporter mit ihrem Crowdfunding in der Gründungsphase (vgl. 343) oder die Riffreporter mit ihrer Mischung aus Vertriebslösen, Privat- und Institutionenspenden (vgl. 344).

Insgesamt kann das Lehrbuch mit seiner didaktischen Aufbereitung punkten. In jedem Kapitel bietet Lorenz-Meyer zu Beginn einen kurzen Überblick über die jeweilige Lerneinheit und die verschiedenen Lernziele. Begriffserklärungen und Merksätze fassen die Darstellungen immer wieder kompakt zusammen. Zu jedem Kapitel stehen Tests auf der Website des Verlags bereit, die über einen Link im E-Book oder über einen QR-Code aufgerufen werden können. Der Zugang zu den Quizzes ist teils noch etwas umständlich (ein entsprechender Account muss angelegt und freigeschaltet werden). Lorenz-Meyer stellt zudem Übungsaufgaben zur Verfügung, die Ideen und Impulse für Dozierende und Studierende bieten. Am Ende der Themenkomplexe findet sich schließlich jeweils eine Liste mit ausgewählten Literaturempfehlungen, mit denen die verschiedenen Themen aus theoretischer bzw. forschungsorientierter Perspektive erschlossen werden können. Für Leserinnen und Leser, die ihr Fachwissen vertiefen möchten, bieten die handverlesenen Empfehlungen einen guten Ausgangspunkt für weitere Recherchen. Denn abgesehen von diesen Literaturhinweisen verzichtet Lorenz-Meyer in seinem Praxisbuch vollständig auf Quellenhinweise.

Die Formate und Tools im Digitalen Journalismus entwickeln sich ständig und in rasantem Tempo weiter. Ein Lehrbuch ist deswegen immer eine Momentaufnahme und kann dementsprechend auch nur den aktuellen Stand abbilden. Lorenz-Meyer hat ein vielseitiges Praxisbuch vorgelegt. Es beleuchtet die zentralen Begriffe und Ansätze, die mit der digitalen Transformation des Journalismus verbunden sind, darunter Interaktivität, Multimedialität und die zunehmende Personalisierung von Inhalten. Die didaktische Aufbereitung und die praktischen Anwendungsbeispiele machen das Lehrbuch zu einer guten Ressource für die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten in einer immer unberechenbareren, schnelleren Medienbranche.

Literatur

LIESEM, KERSTIN (2014): *Professionelles Schreiben für den Journalismus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

HOOFFACKER, GABRIELE (2020): *Online-Journalismus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

MATZEN, NEA (2024): *Online-Journalismus für die Praxis*. Köln: Herbert von Halem.

Über die Rezensentin

Vera Katzenberger ist Juniorprofessorin am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig. Ihre aktuellen Lehr- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen digitaler Journalismus und Podcasts.

Diese Rezension erschien zuerst am 23. Januar 2025 in rezeensionen:kommunikation:medien, abrufbar unter <https://www.rkm-journal.de/archives/25292>

Badura, Laura (2023): *Riskante Rezeption. Der Vertrauens- und Risikoprozess bei Rezipierenden informationsjournalistischer Berichterstattung*. Baden-Baden: Nomos, 407 Seiten, 89,- Euro.

Rezensiert von Beatrice Dernbach

Lässt die Rezensentin ein 400-Seiten-Fachbuch zu lange nach der Lektüre liegen, droht mancher Gedanke verloren zu gehen. Verfasst sie gleich im Anschluss die Rezension, drehen sich noch (zu) viele Details im Kopf und versperren den Blick auf das Wesentliche. Also ein paar Tage zum sortierenden Abkühlen ruhen lassen. Dann ist die Bilanz klar: Laura Badura hat zum einen eine Monographie vorgelegt, in der sie sich ein herausforderndes Ziel gesetzt und erreicht hat. Zum anderen steuert sie einen wesentlichen Teil zum Forschungsfeld »Vertrauen und Kommunikation in der digitalisierten Welt« bei, das vor allem ihr Doktorvater Bernd Blöbaum an der Universität Münster betreut hatte. Während und nach der Projektlaufzeit sind zahlreiche Publikationen erschienen, darunter auch die Dissertationen von Katherine M. Engelke (2018) und Bernadette Uth (2021).

Das Besondere an Laura Baduras Arbeit ist, dass sie theoretisch Journalismus mit den Konstrukten Risiko und Vertrauen koppelt, aber nicht aus der Position der Medienschaffenden betrachtet, sondern aus der Perspektive derjenigen analysiert, die journalistische Informationsangebote nutzen. Risiken versteht Badura dabei nicht als Phänomene, die aus Natur- oder gesellschaftlichen Ereignissen von Journalismus wahrgenommen, bearbeitet und publiziert werden, sondern als Merkmale, »die den journalistischen Inhalten selbst inhärent sind und die mit der Möglichkeit einhergehen, dass ihr Konsum dem Ziel der aufgeklärten Meinungs- und Willensbildung abträglich sind« (19).

Die Autorin legt ein normatives Verständnis von Journalismus zugrunde: Die von ihm verbreiteten Informationen sind relevant, glaubwürdig und demokratiefördernd. Ihnen zu vertrauen, setzt Handlungsautonomie der Rezipierenden voraus, die rational, aber auch reflexiv sein kann. Diese wird bestimmt »durch ein Set an individuellen Einflussfaktoren« (21). Das Verhältnis zwischen Journalismus und Vertrauen ist vergleichsweise häufig beschrieben worden; ein Defizit sieht Laura Badura zu Recht in der Analyse der Beziehung zwischen Journalismus und (einem ihm innewohnenden) Risiko. Diese erste offene Frage ergänzt sie um eine zweite: »Wie hängt die Wahrnehmung des journalistischen Risikos mit einer Vertrauens- bzw. Risikohandlung zusammen?« (23; ausführlicher 201-202).

Nach der überzeugenden Darstellung und kritischen Würdigung des Forschungsstandes und ihres Forschungskontextes entwirft die Autorin schrittweise ihr komplexes Modell riskanter Rezeption (200). Zentral ist die Zeitleiste

des Nutzungsprozesses: Badura betrachtet Ursachen für riskante Rezeption in der Pre-Phase, Risiken während des Rezeptionsprozesses und die Folgen riskanter Rezeption. Die wichtigste Phase ist die mittlere. Denn hier werden zum einen Risiken wahrgenommen und bewertet und die Frage der Risikobereitschaft steuert das Risikohandeln. Auf der anderen Seite spielen die Vertrauens-erwartung, die Vertrauensentscheidung und die Vertrauenshandlung eine wesentliche Rolle. Unterlegt sind Eigenschaften des Journalismus, allen voran Qualität und Reputation, sowie individuelle Eigenschaften der Rezipierenden wie Vertrauens- und Risikoneigung, Erfahrungen, Erwartungen und Bedürfnisse, Mediennutzung und Medienkompetenz.

Wie kann diese Komplexität empirisch nachvollzogen und umgesetzt werden? Laura Badura geht zweigleisig vor: Sie entwickelt einen Online-Fragebogen, den sie breit streut. Nach drei Monaten Laufzeit kann sie 221 ausgefüllte Bögen auswerten. Aus der Zahl derjenigen, die ihre Bereitschaft erklärt hatten, auch an einer qualitativen Befragung teilzunehmen, hat die Forscherin 16 Probanden ausgewählt, die mittels der Methode des lauten Denkens via Zoom qualitativ von ihr befragt wurden.

Die Ergebnisse lassen sich nicht mal eben kurz zusammenfassen. Um mit den Limitationen zu beginnen: Über die verzweigten und reichweitenstarken digitalen Kanäle lassen sich Links zu Fragebögen zwar wunderbar verschicken, aber weder quantitativ noch qualitativ generieren sie ein ideales Sample. So sind 221 Fragebögen durchaus in manchen Aspekten aussagekräftig im Sinne von: Es bestätigen sich Zusammenhänge, die in anderen Studien ebenfalls festgestellt wurden. So korrelieren positiv das Kognitionsbedürfnis und die Selbsteinschätzung der Nachrichtenkompetenz; je geringer die Nutzungsmotivation und das Nachrichteninteresse, desto geringer auch die Nutzungshäufigkeit von Informationsjournalismus. Die quantitative Befragung diente vor allem dem Zweck, eine geeignete Gruppe für den qualitativen Teil zu finden. Darunter waren schließlich neun Menschen, die den Medien eher vertrauen, und sieben, die skeptisch sind. Die Ergebnisse dieser Teilstudie werden anhand vieler Tabellen und Zitate in Kapitel 11 (286-336) dargestellt und im darauffolgenden Abschnitt (337-357) reflektiert.

Nur sehr, sehr cursorisch können hier einzelne Aspekte herausgegriffen werden: Merkmale des Journalismus (Qualität und Reputation) und der Rezipierenden (politische Einstellung, Vertrauen, Involvement) steuern die Risikowahrnehmung vor der Rezeption. Während des Rezeptionsprozesses liegt der Fokus auf dem Risiko verzerrter Information und der wahrgenommenen Parteilichkeit in der Berichterstattung. Laura Badura sieht – wie schon so viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor ihr – die Medienschaffenden zur Transparenz und sowohl Bildungseinrichtungen als auch die Mediennutzerinnen und -nutzer selbst verpflichtet, den Prozess der Mediennutzung wieder ernster zu

nehmen, zu reflektieren und letztlich die Medienkompetenzen zu stärken. Auch sie wird wieder nicht gehört werden, geschweige denn, dass großflächig Maßnahmen für Aufklärung und Medienbildung in Sicht sind.

Über die Rezensentin

Dr. Beatrice Dernbach ist Professorin für Praktischen Journalismus im Studiengang Technikjournalismus/Technik-PR der TH Nürnberg. Zu ihren Schwerpunkten gehören Fachjournalismus, Nachhaltigkeit und Ökologie im Journalismus, Narration im und Vertrauen in Journalismus sowie Wissenschaftskommunikation.

Diese Rezension erschien zuerst am 29. November 2024 in rezensionen:kommunikation:medien, abrufbar unter <https://www.rkm-journal.de/archives/25220>

Anna Sophie Kühne (2023): *Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Identitäts- und Handlungsmuster ostdeutscher Journalist*innen*. Wiesbaden: Springer VS, 93 Seiten, 46,99 Euro.

Rezensiert von Stine Eckert

Anna Sophie Kühnes Studie zu Identitäts- und Handlungsmustern ostdeutscher Journalist*innen ist in der Reihe »BestMasters« bei Springer VS erschienen. In dieser Reihe werden Masterarbeiten veröffentlicht, die an »renommierten Universitäten« in Deutschland, Österreich und der Schweiz mit der Höchstnote bewertet wurden. Dementsprechend ist die 93-seitige Publikation wie eine Masterarbeit strukturiert. Die Leser*innen können sich entlang der Kapitel und zahlreichen Unterkapitel orientieren. Ab Seite 57 finden sie die Auswertung, die den interessantesten Teil des Buches darstellt. Hier kommen die elf Journalist*innen, die Kühne in zwei Fokusgruppen-Diskussionen interviewt hat, mit eigenen Zitaten zu Wort.

Bemerkenswerterweise stimmten die fünf Journalisten der Veröffentlichung ihres Klarnamens zu, während alle sechs Journalistinnen ein Pseudonym wählten (dies wird nicht weiter analysiert). So bleiben die Kurzbiographien der Journalistinnen etwas vage, bieten aber einen Überblick über die beruflichen Stationen der Teilnehmenden. Von Interesse für die Arbeit war für Kühne vor allem das Verständnis der ostdeutschen Identität verschiedener Generationen von Journalist*innen vor und nach der Wende.

In der Gruppe der ab 1986 Geborenen sprach Kühne mit dem MDR-Reporter Thomas Vorreyer, dem Ressortleiter »Streit« der *Zeit* und Mitbegründer der *Zeit im Osten* Martin Machowecz sowie drei Journalistinnen. Sie arbeiten freischaffend oder für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die ältere Gruppe der in der DDR zwischen 1949 und 1972 Geborenen wird durch sechs Teilnehmer*innen vertreten: RBB-Medienjournalist Jörg Wagner, *Zeit*-Autor Christoph Dieckmann, ZDF-Sportjournalist Thomas Skulski, Thüringen-Korrespondent des Deutschlandfunks Henry Bernhard und zwei Journalistinnen, eine in Rente und eine Literaturautorin für das *Neue Deutschland*. Kühnes Auswahl berücksichtigt eine Vielzahl an Medien, in denen ostdeutsche Journalist*innen arbeiten, sowie fast ebenso viele Männer wie Frauen. Sie ist allerdings, wie eine Teilnehmerin und auch die Autorin anmerkt, auf erfolgreiche Journalist*innen beschränkt, während diejenigen, die es nicht in den Beruf schafften oder – vor allem in der älteren Kohorte – nach der Wende nicht mehr in Medienberufen blieben oder bleiben konnten, nicht Teil der Datenerhebung sind.

Kühne fasst ihre Ergebnisse in fünf Thesen zusammen. Diese bestätigen bestehende Forschung zum Thema ostdeutsche Identitäten, bieten aber vor

allem spannende Einblicke in Berufsverständnis und -erfahrung der jüngeren Kohorte. Außerdem arbeitet sie Nuancen in den Erfahrungen der älteren Journalist*innen heraus und zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen beiden Gruppen auf. Vor allem zeigt Kühne durch eine Analyse der Intersektion von Alter mit DDR- bzw. ostdeutscher Herkunft die Komplexität ostdeutscher Identität auf. Beide Gruppen zeigen »spezifisch ostdeutsche Erwartungs- und Deutungsstrukturen, die die Akteur:innen in ihrer Entscheidung beeinflussten, Journalist:in zu werden« (S. 58). Während das bei den jüngeren Journalist*innen ein durch ihr Aufwachsen in der Nachwendezeit der 1990er- und frühen 2000er-Jahre entwickeltes ausgeprägtes Ungerechtigkeitsempfinden ist, so sind es bei den älteren ein geschärfter Sinn für politische Stimmungen, das Elternhaus und Bildungswege in der DDR. Alle Teilnehmenden bestätigen, dass ihre ostdeutsche Identität erst im Westen Gestalt annahm, und drücken ihre besondere Wertschätzung der Pressefreiheit aus. Die älteren Journalist*innen betonen ihr noch heute existierendes Feingefühl für Ideologie. Die jüngere Gruppe zeichnet sich, wie Kühne schreibt, darin aus, dass sie ihre Erfahrung als Ostdeutsche mit Erfahrungen anderer Menschen, die Rassismus erlebt haben, vergleichen: Sie stellen eine Parallele her zwischen People of Color in Deutschland, die Rassismus erklären müssen, und Ostdeutschen, die Ostdeutschland erklären müssen. Außerdem weisen sie auf ihre Solidarität mit marginalisierten Gruppen und ihr Verständnis für die Belastung, die Diskriminierungserfahrungen mit sich bringen, hin. Beide Gruppen sehen sich in einer Vermittlungsrolle zwischen Ost- und Westdeutschland.

In ihrer zweiten These arbeitet Kühne heraus, dass die ältere Gruppe kritisiert, die oppositionelle Arbeit und Tricks der DDR-Journalist*innen, die Zensur zu unterlaufen, seien in der Nachwendezeit nicht genügend gewürdigt worden, und daran habe sich auch bis heute nichts geändert. So erzählt Jörg Wagner, dass Liveschaltungen genutzt worden seien, um spontan kritische Stimmen im Rundfunk unterzubringen, nach dem Motto »Das versendet sich«. In vorproduzierten Beiträgen wäre diese Kritik herausgestrichen worden. Die detaillierten Zitate rücken den Erfahrungsschatz der Journalist*innen in den Vordergrund und beleben die wissenschaftliche Arbeit enorm. Hier liest sich die Studie wie ein spannendes Buch, in dem Zeitzeug*innen, im Rahmen des Forschungskontexts von Kühne, ihre Sicht auf DDR-Journalismusgeschichte lebendig vermitteln können.

Unabhängig vom Alter sehen die interviewten Journalist*innen die Medienlandschaft in Deutschland kritisch. Diese Kritik gilt sowohl der Personalebene wie auch in Bezug auf ostdeutsche Themen. Wieder einmal wird festgestellt, dass ostdeutsche Journalist*innen unterrepräsentiert sind, vor allem in Leitungsfunktionen. Christoph Dieckmann bringt die »verheerenden Folgen für die ostdeutsche Gesellschaft« (S. 67) zum Ausdruck. Kühne fasst seine Sicht

zusammen: »Im Herbst 1989 habe das Volk seine öffentliche Sprache gefunden, doch ›dieser Fund ging wieder verloren, weil die gesamtdeutsche Öffentlichkeit eine bundesdeutsche Öffentlichkeit ist, [...] westdeutsch geprägt, ohne es selbst zu wissen« (S. 67). Jörg Wagner stellt fest: »Die Osis haben in der Medienlandschaft bis heute kaum etwas zu sagen.« (S. 67). Während formell der Beruf seit der deutschen Einheit allen offensteht, bemerken die Teilnehmenden, dass sich nur diejenigen Ostdeutschen den Einstieg in den Journalismus leisten könnten, die aus stabilen ökonomischen Verhältnissen kommen und ein unterstützendes Elternhaus haben. Materielle Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen seien weiterhin ein großes Problem. Der Aufstieg im Medienbereich ist, wie die Teilnehmenden sagten, auch weiter durch sich selbst rekrutierende, westdeutsche Eliten schwer. Ebenso werden fehlende Medienarbeits- und Ausbildungsplätze in Ostdeutschland kritisiert. Inhaltlich resümiert Kühne, bleibe die Berichterstattung über Ostdeutschland zumeist weiter eine Auslandsberichterstattung, die von beiden Gruppen als klischeebehaftet wahrgenommen werde. Ein identitätsstiftendes Medium für die inner-ostdeutsche Verständigung sowie ein im Osten angesiedeltes und überregional wahrgenommenes Medium existiere weiterhin nicht. *Die Zeit im Osten* bleibe das einzige positive Beispiel.

Kühnes vierte These ist, dass die Diskriminierung von Ostdeutschen keine Frage der Generation sei. Vielmehr hätten jüngere und ältere Journalist*innen aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft im Beruf Abwertungserfahrungen durch Westdeutsche gemacht. Nur einige sagten, dass dies nicht auf sie zuträfe. Die Teilnehmenden sprachen ebenso an, dass es in den 1990er-Jahren ein ausgeprägtes Desinteresse westdeutscher Journalist*innen an der journalistischen Realität in den ostdeutschen Ländern gegeben habe. Kühne fasst zusammen, dass Wissen zu Ostdeutschland in westdeutschen Redaktionen weiterhin fehle und hier eine Verknüpfung mit Diskriminierung bestehe. Sie zitiert eine jüngere Journalistin, die sagt, sie habe sich während ihrer Arbeit in Köln ihren sächsischen Dialekt »richtig krass abtrainiert« (S. 78), um nicht mehr darauf angesprochen zu werden. Kühne zieht das Fazit, dass Ostdeutsche weiterhin nach einem »westdeutschen, vermeintlich universellen Maßstab be- und verurteilt« (S. 78) werden.

These fünf verbreitet etwas Hoffnung. Die jüngere Kohorte habe durch ein neues Bewusstsein für ihre ostdeutsche Identität einen langsamen Wandel in Gang gesetzt. Hier blitzt, wie an einigen anderen Stellen der Arbeit, das Geschlecht als wichtige Dimension in Gesellschaft und Medien auf. Nur so kann Martin Machowecz, den Kühne direkt zitiert, sagen, dass ostdeutsch ein »geiles Label« ist: »Für mich als weißen Mann gibt es kein anderes Alleinstellungsmerkmal, als Ossi zu sein« (S. 79). Eine Journalistin der jüngeren Generation spekuliert auch, ob ihre ostdeutsche Herkunft vielleicht entscheidend für eine erfolgreiche Bewerbung war. Doch leider dringt die Autorin hier, wie auch an

anderen Stellen, in denen es um Elternzeit, Geburt, Kinder, Kinderbetreuung, Arbeitsverlust und die Stellung der arbeitenden Frau in der deutschen Gesellschaft geht, nicht weiter in die Tiefe. Wenn auch nicht Fokus der Arbeit, so stechen doch Beispiele hervor, die klare Unterschiede zwischen ostdeutschen Journalistinnen und Journalisten zeigen. Eine Teilnehmerin der älteren Gruppe erzählt etwa, dass sie Ende der 1980er-Jahre beim *Thüringer Tageblatt* in Elternzeit ging, nur um zur Zeit des Wiedereinstiegs zu erleben, dass es mit der Zeitung vorbei war. Ihre Bemühung, bei der kirchlichen Presseabteilung zu arbeiten, waren erfolglos. Dort bekam, wie die Teilnehmerin beschrieb, ein ehemaliger Chefredakteur trotz Stasikontakten die Stelle. Die Geschlechterkomponente wird hier nicht weiter untersucht.

Nach ihrem Fazit, dass ostdeutsche Identität ihren Ausdruck auch im journalistischen Wirken findet, bietet Kühne als Ausblick Handlungsempfehlungen. Während es für Jüngere kein Makel mehr sei, ostdeutsch zu sein, und dies Berufseinsteiger*innen eventuell sogar zum Vorteil gereiche, stünden strukturelle und materielle Barrieren weiterhin im Weg. Kühne empfiehlt, ostdeutschen Nachwuchs mit Stipendien, Mentoring und mehr Präsenz von journalistischen Vorbildern in Schulen und Ausbildungsinstitutionen zu fördern. Westdeutsche Medienhäuser sollten ostdeutsche Talente gezielter rekrutieren und fördern. Es müsse auch mehr wirkmächtige Medien aus Ostdeutschland geben, um den Diskurs nachhaltig zu verändern. Sie schließt mit dem Appell, mehr miteinander zu reden, unter ostdeutschen und westdeutschen Journalist*innen, aber auch unter verschiedenen Generationen ostdeutscher Medienschaffender, da auch hier mitunter Verständnislücken bestünden.

Kühne legt eine weitere wichtige Arbeit vor, die hilft, das asymmetrische deutsche Mediensystem und die anhaltenden Auswirkungen der Wende- und Nachwendezeit nicht aus den Augen zu verlieren. Während ihre Handlungsempfehlungen bestehende Forschung bestätigen, ist Kühnes Plädoyer vor allem deshalb stark, weil es auch eine jüngere Generation anspricht und aufzeigt, dass ostdeutsche Identitäten in den Medien weiterhin eine entscheidende Rolle spielen. Sie müssen komplex mit anderen Identitätsdimensionen wie zum Beispiel Alter verhandelt werden. Um der Verstetigung eines »ungleich vereinten« Deutschlands (Mau 2024) etwas entgegenzuhalten oder verfestigte Unterschiede zumindest zu verstehen, braucht es kontinuierliche Forschung zur Intersektion mit ostdeutscher bzw. westdeutscher Identität in allen Bereichen. Für die Journalismusforschung sollte gelten, dass wissenschaftliche Arbeiten konsequent die historische innerdeutsche Herkunft als Faktor berücksichtigen. Denn auch für nachfolgende Generationen von Journalist*innen ist sie identitätsstiftend und dementsprechend relevant für ihre Arbeit. Die jüngeren Ostdeutschen fordern klar einen neuen Diskurs und neue Medien. Ihr

Zukunftspotenzial sollte genutzt werden. Dies kann auch für die Demokratie nur förderlich sein.

Literatur

MAU, STEFFEN (2024): *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.

Über die Rezensentin

Stine Eckert, Jahrgang 1982, ist Associate Professor of Journalism im Department of Communication an der Wayne State University in Detroit und Mitherausgeberin der *Journalistik/Journalism Research*.

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses



PETER SEELE

**Künstliche Intelligenz und
Maschinisierung des Menschen**
2020, 200 S., 190 x 120 mm, dt.

ISBN 78-3-86962-512-6

MICHAEL MÜLLER

**Politisches Storytelling.
Wie Politik aus Geschichten
gemacht wird**

2020, 168 S.,
Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN 978-3-86962-499-0

STEPHAN RUSS-MOHL (Hrsg.)

**Streitlust und Streitkunst.
Diskurs als Essenz der Demokratie**

2020, 472 S.,
Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN 978-3-86962-552-2

STEPHAN RUSS-MOHL /
CHRISTIAN PIETER HOFFMANN (Hrsg.)

**Zerreißproben.
Leitmedien, Liberalismus und Liberalität**

2021, 256 S.,
Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN 978-3-86962-535-5

MARCO BERTOLASO

**Rettet die Nachrichten!
Was wir tun müssen, um besser
informiert zu sein**

2021, 358 S.,
Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN 978-3-86962-493-8

ISABELLE BOURGEOIS

**Frankreich entschlüsseln.
Missverständnisse und Widersprüche
im medialen Diskurs**

2023, ca. 270 S., Broschur,
190 x 120 mm, dt.

ISBN 978-3-86962-643-7

TOBIAS ENDLER

**Demokratie und Streit.
Der Diskurs der Progressiven in den USA:
Vorbild für Deutschland?**

2022, 208 S., Broschur,
190 x 120 mm, dt.

ISBN 978-3-86962-645-1

SEBASTIAN TURNER /
STEPHAN RUSS-MOHL (Hrsg.)

**Deep Journalism.
Domnenkompetenz als redaktioneller
Erfolgsfaktor**

2023, 316 S., Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN 978-3-86962-660-4

HERMANN VON ENGELBRECHTEN-ILOW

**Was läuft da schief im Journalismus?
Warum es mit den Medien bergab geht und
wie man ihnen aufhelfen kann**

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, 7
2023, 290 S., 30 Abb., Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN 978-3-86962-672-7

THOMAS PETERSEN

**Das Gesicht des Totalitären.
Woran man radikales Denken erkennt**

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, 11
2024, 168 S., 13 Abb., Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN 978-3-86962-695-6



HERBERT VON HALEM VERLAG

Boisseréstr. 9-11 · 50674 Köln

<http://www.halem-verlag.de>

info@halem-verlag.de

Journalismus



VOLKER LILIENTHAL (Hrsg.)

»Sagen, was ist«.

**Journalismus für eine offene Gesellschaft –
Rudolf Augstein zum 100. Geburtstag**

2024, 264 S., Broschur m. Klappe, 213 x 142 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-698-7 | 28,00 EUR

ISBN (PDF) 978-3-86962-699-4 | 23,99 EUR

ISBN (ePub) 978-3-86962-700-7 | 23,99 EUR

Rudolf Augstein (1923–2002) war ein brillanter Journalist und auch als Verleger des Spiegel höchst erfolgreich. Das Leitmotiv seiner publizistischen Arbeit »Sagen, was ist« liest sich heute wie ein Aufruf zu konsequenter Sachlichkeit. Dabei war Augstein stets auch ein meinungsstarker Kommentator.

Wie kann diese Sentenz heute und in Zukunft verstanden werden? Wie sollten Medien und Berichterstattung beschaffen sein, damit sie die freiheitliche Gesellschaft bewahren helfen? Darf sich Journalismus gegen Krieg und Klimawandel engagieren? Falls ja, wie?

In diesem Sammelband äußern sich prominente Journalist:innen und Wissenschaftler:innen. Mit dabei sind Sonia Mikich, Nicole Diekmann, Melanie Amann, Armin Wolf, Christian Stöcker, Albrecht von Lucke und viele andere.



HERBERT VON HALEM VERLAG

Boisseréstr. 9-11 · 50674 Köln

<http://www.halem-verlag.de>

info@halem-verlag.de

Kommunikationswissenschaft



HANS POERSCHKE

Das Prinzip der Parteiliteratur. Partei und Presse bei und unter Lenin 1899 - 1924

2020, 240 S., Broschur, 213 x 142 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-565-2 | 26,00 EUR

ISBN (PDF) 978-3-86962-566-9 | 22,99 EUR

ISBN (ePub) 978-3-86962-568-3 | 22,99 EUR

Es ist eine Tatsache, dass die Presse im Staatssozialismus von der jeweils herrschenden Partei kontrolliert wird. Oft wird behauptet, diese Einschränkungen der Pressefreiheit seien darauf zurückzuführen, dass Lenins Ideen von den sozialistischen Führern fehlinterpretiert worden seien. Der vorliegende Band widerlegt dies. Eine genaue Betrachtung von Lenins Schriften zeigt, dass die strikte Kontrolle der Presse bereits im 1905 ausformulierten Prinzip der ›Parteiliteratur‹ angelegt ist.

Davon zeugen die unter Lenin geschaffenen Tatsachen – von der Zerstörung demokratischer Öffentlichkeit in Russland durch rigorose Unterdrückung Andersdenkender bis zum Verbot der gesamten Presse. Aus dem so geschaffenen System konnte wenige Jahre später der Stalinismus erwachsen.



HERBERT VON HALEM VERLAG

Boisseréstr. 9-11 · 50674 Köln

<http://www.halem-verlag.de>

info@halem-verlag.de

Open Source

BLexKom blexkom.halemverlag.de
BIOGRAFISCHES LEXIKON DER KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT

BLexKom möchte der Kommunikationswissenschaft im deutschsprachigen Raum ein Gesicht geben. Vorgestellt werden die zentralen Akteure: Professoren, Habilitierte und andere Personen, die einen gewichtigen Beitrag für das Fach geleistet haben – von Karl Bücher bis zu den frisch Berufenen.

<http://blexkom.halem-verlag.de>

r:k:m *rezensionen:kommunikation:medien*

rezensionen:kommunikation:medien (r:k:m) versteht sich als zentrales Rezensionsforum für die Kommunikations- und Medienwissenschaften. *r:k:m* will seinen Lesern einen möglichst vollständigen thematischen Überblick über die einschlägige Fachliteratur ermöglichen und Orientierung in der Fülle des ständig wachsenden Buchmarkts bieten. Aktuelle Rezensionen erscheinen in regelmäßigen Abständen.

<http://www.rkm-journal.de>

Journalistikon

Das Wörterbuch der Journalistik

<http://www.journalistikon.de>

Das *Journalistikon* ist das erste deutschsprachige Lexikon der Journalistik. Dabei handelt es sich um die Wissenschaft, die den Journalistenberuf durch Ausbildung und Innovationen unterstützt und kritisch begleitet. Das Wörterbuch der Journalistik wendet sich nicht nur an Wissenschaftler oder Studierende entsprechender Fachrichtungen, sondern an jeden, der sich für Journalistik und praktischen Journalismus interessiert und sich als Mediennutzer oder Medienhandwerker an einem reflektierenden Zugang versuchen möchte. Das *Journalistikon* lohnt sich für alle, die Informationen zur Thematik suchen, ohne dabei ein zweites Lexikon zum Verständnis der Ausführungen daneben legen zu müssen.

<http://www.journalistikon.de>



WOLFGANG REISSMANN / REBECCA VENEMA / ULLA AUTENRIETH / NIELS BRÜGGEN (Hrsg.)
Visual Literacy.
 Bildkompetenzen in den digitalen Medien
 2025, 336 S., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-701-4
 ISBN (PDF) 978-3-86962-702-1



CARSTEN BROSDA / DANIEL MÜLLER
Horst Pöttker:
 Beruf zur Öffentlichkeit.
 Ausgewählte Schriften zu Theorie, Ethik, Geschichte und Perspektive des Journalismus
 2025, 416 S., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-717-5
 ISBN (PDF) 978-3-86962-718-2



LEIF KRAMP / STEPHAN WEICHERT
Resilienz in der digitalen Gesellschaft.
 Mediennutzung in Zeiten von Krisen, Kriegen und KI
 2024, 198 S., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-666-6
 ISBN (PDF) 978-3-86962-665-9



KATHARINA SCHMIDT
Der Wundermann Ludwig Erhard.
 Myths, Selbststellung und Öffentlichkeitsarbeit
Öffentlichkeit und Geschichte, 14
 2024, 628 S., 47 Abb., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-680-2
 ISBN (PDF) 978-3-86962-679-6



RUDOLF STÖBER
Deutsche Pressegeschichte.
 Von den Anfängen bis zur Gegenwart
 2025, 460 S., 27. Abb., 64 Tab., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-7445-2108-6
 ISBN (PDF) 978-3-7445-2109-3



VOLKER LILIENTHAL (Hrsg.)
»Sagen, was ist«.
 Journalismus für eine offene Gesellschaft – Rudolf Augstein zum 100. Geburtstag
 2024, 264 S., Broschur m. Klappe
 ISBN (Print) 978-3-86962-698-7
 ISBN (PDF) 978-3-86962-699-4
 ISBN (ePub) 978-3-86962-700-7



ERNST TRADINIK (Hrsg.)
Inklusive Medienarbeit.
 Menschen mit Behinderung in Radio, Journalismus, Moderation und Film
 2024, 440 S., 71 Abb., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-676-5
 ISBN (PDF) 978-3-86962-678-9
 ISBN (ePub) 978-3-86962-677-2



THOMAS WIEDEMANN
Deutscher Kinospießfilm.
 Akteurskonstellationen und Wirklichkeitskonstruktion im Zeichen des Filmförderungsfilms
 2025, 442 S., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-735-9
 ISBN (PDF) 978-3-86962-736-6



KEVIN PAULIKS / JENS RUCHATZ
Bildkritik durch Bilder.
 Soziale Medien als Ort einer praxeologischen Medienphilosophie
 2025, 228 S., 70 Abb., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-649-9
 ISBN (PDF) 978-3-86962-650-5

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses



SEBASTIAN TURNER / STEPHAN RUSS-MOHL (Hrsg.)
Deep Journalism.
 Domänenkompetenz als redaktioneller Erfolgsfaktor
 2023, 316 S., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-660-4
 ISBN (PDF) 978-3-86962-658-1
 ISBN (ePub) 978-3-86962-659-8



HERMANN VON ENGELBRECHTEN-ILOW
Was läuft da schief im Journalismus?
 Warum es mit den Medien bergab geht und wie man ihnen aufhelfen kann
 2023, 290 S., 30 Abb., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-672-7
 ISBN (PDF) 978-3-86962-673-4
 ISBN (ePub) 978-3-86962-674-1



THOMAS PETERSEN
Das Gesicht des Totalitären.
 Woran man radikales Denken erkennt
 2024, 172 S., 13 Abb., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-695-6
 ISBN (PDF) 978-3-86962-696-3
 ISBN (ePub) 978-3-86962-697-0



koelner-mediengespraeche.de

Journalistikon
 Das Wörterbuch der Journalistik
<https://journalistikon.de>

BLexKom
 BIOGRAFISCHES LEXIKON DER KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT

blexkom.halem-verlag.de